

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE



SEDUTA
99.
SITZUNG
8-3-1967

Presidente:

Vicepresidente BERTORELLE

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

INDICE

Disegno di legge n. 82 :

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino-Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1967 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 82 :

**« Haushaltseinnahmen- und -ausgaben-
voranschlag der Region Trentino-Tiroler
Etschland für das Rechnungsjahr 1967 »**

Seite 3

Ore 10.18.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Bertorelle).

PRESIDENTE: La seduta ha inizio. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 7.3.1967.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Informo i signori consiglieri che la seduta di oggi, 8 marzo, prosegue nel pomeriggio, stamattina fino alle 12.30, pomeriggio dalle 15 alle 18,30; domani, giovedì, egualmente, seduta al mattino dalle 10 alle 12,30, pomeriggio dalle 15 alle 18,30, venerdì orario uni-

co dalle 10 alle 14. La settimana prossima è stato chiesto da parte del gruppo della S.V.P. di non far seduta il martedì, perché il gruppo è impegnato nel suo comitato provinciale. La Presidenza sarebbe orientata per non far seduta e quindi le sedute della prossima settimana sarebbero: mercoledì, giovedì e venerdì; mercoledì e giovedì con orario spezzato, venerdì con orario unico.

Poi bisognerà riunire i capigruppo per definire il programma dei lavori.

Sono iscritti a parlare Spögler, Odorizzi e Preve Ceccon. Prego i signori consiglieri che intendono prendere la parola dar mi i nominativi per poter fare un programma della discussione generale.

Prego i signori consiglieri di fumare il meno possibile, è un favore che si fa a tutti, l'invito naturalmente è esteso anche alla stampa, la sala non contiene più aria sufficiente per tutti i consiglieri, quindi o ci limitiamo nel fumare o dobbiamo abolire assolutamente il fumo.

La parola al cons. Spögler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Kollegen! Ich habe mir vorgenommen, mehr oder weniger nur zur Haushaltsdebatte

zu sprechen und besonders den Wirtschaftszweig des Fremdenverkehrs unter die Lupe zu nehmen. Damit will ich nicht gesagt haben, daß die Interventionen politischer Natur nicht auch nützlich oder sogar notwendig seien, um den Standpunkt der Parteien zu fixieren. Vor allem wären diese politischen Interventionen nützlich, wenn sie nicht zur Versteifung der Fronten führten, sondern dazu beitragen würden, ein Gespräch zwischen den Parteien und Volksgruppen herbeizuführen. Diese Zweisprache, wenn ich so sagen darf, unter den Parteien soll sicher nicht im Regionalrat allein in « *co-ram populo* » begrenzt bleiben, sondern sie müßte meines Erachtens außerhalb dieses Rahmens periodisch und in aufgelockerter Atmosphäre ihre Fortsetzung finden.

Ich möchte mich zunächst kurz mit dem Gesetz 614 befassen, das in diesem Hause schon seine Wellen geschlagen hat. Dieses Gesetz sieht Begünstigungen für die Bergzonen, vor allem für den Fremdenverkehr dieser so klassifizierten Gebiete vor. Die massiveren Interventionen sind jedoch den unterentwickelten Zonen vorbehalten, vor allem zur Förderung der Landwirtschaft und der Industrie. Nun haben die beiden Provinzen, was dieses Gesetz betrifft, bei der Klassifizierung der Zonen ziemlich verschiedene Maßstäbe angelegt. Entweder die beiden Landesausschüsse von Trient und Bozen waren sich nicht ganz im klaren über die Interpretierung des Gesetzes oder die eine Provinz wollte schlauer sein als die andere, um für sich möglichst große Vorteile herauszuholen, auch auf die Gefahr hin, den Sinn und den Zweck des Gesetzes etwas zu mißbrauchen.

Wenn zum Beispiel die Provinz Trient zum Unterschied von der Provinz Bozen auch die Städte Trient und Rovereto zu unterentwickelten Gebieten erklärt hat, so wird der

Regionalausschuß, der ja schließlich zuständig ist, untersuchen müssen, ob eine solche Klassifizierung zulässig ist. Mit diesem Gesetz soll ja das Gleichgewicht hergestellt werden zwischen den Gebieten mit geringerem Pro-Kopf-Einkommen, mit größeren Abwanderungsziffern, mit niedriger industrieller Densität usw., und den besser gestellten Gebieten der Region. Auch was die Belassung von Gebieten als Bergzonen betrifft, bestand, so schien mir, keine besondere Klarheit. In der Provinz Bozen käme mit der vorgenommenen Klassifizierung die Förderung des Fremdenverkehrs zu kurz. Um Diskriminierungen zu vermeiden, die in der Bevölkerung berechtigterweise böses Blut erzeugen, muß der Regionalausschuß seine ihm gestellte Aufgabe der Koordinierung erfüllen. Ich akzeptiere jedoch auch sehr gerne die von einigen Kollegen — ich glaube vom Kollegen Carbonari und auch vom Kollegen Corsini — vorgeschlagene paritätische Regionalkommission zur Klassifizierung der Zonen. Diese müßte eine dem Geiste und dem Buchstaben des Gesetzes entsprechende Interpretierung vornehmen, und zwar auf Grund präziser, unwiderlegbarer Unterlagen. Ich hoffe, daß sich der Regionalausschuß von sich aus bereit erklärt, eine solche Kommission einzusetzen. Ich glaube, es wäre diesbezüglich auch keine Zeit mehr zu verlieren. Der Regionalausschuß muß die Interessen beider Provinzen in gerechter Weise vertreten. Sollte dieser Vorschlag der Bildung einer paritätischen Regionalkommission nicht vom Regionalausschuß aufgegriffen werden, so müßten wir meines Erachtens in diesem Sinne eine Tagesordnung einbringen.

Die Region Trentino-Südtirol hat durch den Minister für Fremdenverkehr, Corona, was die Unwetterschäden im Fremdenverkehrssektor betrifft, den Betrag von 60 Millionen Lire zugeteilt bekommen. Sicher wird es so sein,

daß wir als Region diese 60 Millionen Lire in besonderer Weise den persönlichen Bemühungen des Assessors Raffaelli zu verdanken haben, dem es gelungen ist, diesen Betrag von Rom nach Trient zu bekommen. Soviel mir bekannt ist, hat der Regionalausschuß nun diese 60 Millionen folgendermaßen aufgeteilt: 45 Millionen Lire für das Landesfremdenverkehrsamt von Trient und 15 Millionen Lire an das Landesfremdenverkehrsamt Bozen. Nun, der Assessor ist nicht anwesend; ich möchte aber trotzdem die Frage stellen, nach welchen Kriterien diese Aufteilung erfolgt ist. Wenn die Aufteilung des Betrags auf Grund der eingetreten Schäden auf dem Sektor Tourismus erfolgt ist, so muß der Assessor meines Erachtens dafür auch den Beweis bringen, daß in der Provinz Trient im Jahre 1966 bei den Unwettern vom August und November die Schäden auf diesem Sektor effektiv größer gewesen sind. Meiner persönlichen Meinung zufolge sind die Schäden in der Provinz Bozen zwischen August und November 1966, was den Fremdenverkehr betrifft, wohlgemerkt, wenigstens genau so groß gewesen wie in der Provinz Trient, abgesehen von den 5 bis 6 Millionen Direktschäden an den Einrichtungen des Landesfremdenverkehrsamtes in Trient. Die Unwetter im Sommer und Herbst 1966 haben in Südtirol besonders den höher gelegenen Fremdenverkehrsorten, die sowieso schon mit der Existenz zu kämpfen haben, empfindlichen Schaden zugefügt. Aber sogar die Stadt Bozen hat einen merklichen Rückgang an Übernachtungen im Sommer 1966 wegen der ständigen Unterbrechungen an den Hauptstraßen aufzuweisen. Der Rückgang an Übernachtungen bloß in den vier Sommermonaten weist in der Provinz Bozen folgende Zahlen auf: Sterzing weniger 24% an Übernachtungen im Vergleich zu 1965, Innichen weniger 20%, St. Ulrich

weniger 5%, Gossensaß weniger 3,6%, Corvara weniger 1,7% und Bozen weniger 3,1%. Das sind die Daten, die wir hinsichtlich des Rückganges des Fremdenverkehrs in den vier Sommermonaten 1966 zur Verfügung haben. Es würde mich interessieren, wie vergleichsweise, immer diese vier Monate 1966 betreffend, die diesbezüglichen Statistiken in der Provinz Trient aussehen. Vielleicht kann uns der Assessor hierüber Aufklärung geben und damit auch die Gründe anführen, warum die Aufteilung in dieser Weise erfolgt ist. Zu diesem empfindlichen Schaden, den der Fremdenverkehr im Sommer 1966 erlitten hat, kommt noch der der Wintersaison 1966-67 hinzu, hauptsächlich wegen der schlechten Straßenverhältnisse, besonders im Grödnertal, im Gaderal und im Eggenal, wenn es auch glücklicherweise gelungen ist, diese Straßen bis zum Beginn des Fremdenverkehrs im Winter notdürftig instandzusetzen. Ich weiß nun nicht, ob die Aufteilung dieser Gelder bereits endgültig erfolgt ist oder ob auf Grund näherer Untersuchungen noch eine Revision dieser Aufteilung möglich sein wird.

Nun noch einige Ausführungen, was die Förderung des Fremdenverkehrs im allgemeinen betrifft. In der Regionalbilanz stehen für den Wirtschaftszweig Fremdenverkehr für das laufende Jahr etwas mehr als rund 400 Millionen Lire zur Verfügung. Vergleicht man diese Ausgaben mit jenen, die für andere Wirtschaftszweige getätigt werden, so wird einem von Jahr zu Jahr klarer, daß der Fremdenverkehr für den Regionalausschuß immer noch ein Aschenbrödel-Dasein zu führen hat, obwohl gerade, wie wir alle inzwischen erkannt haben, die Förderung des Fremdenverkehrs gleichzeitig fast allen anderen Wirtschaftszweigen zugute kommt. Ich erwähne in diesem Zusammen-

hang auch dieses Jahr wieder die Beiträge, die an die Kurverwaltungen und an die Verschönerungsvereine gegeben werden. Wir haben in der Provinz Bozen allein 15 Kurverwaltungen und 59 Verschönerungsvereine. Ich habe voriges Jahr anlässlich der Bilanzdebatte den Wunsch ausgesprochen, daß in der Bilanz des heurigen Jahres die Beiträge für die Kurverwaltungen und Verschönerungsvereine mindestens eine Verdoppelung erfahren möchten. Heuer ist der Beitrag an die Kurverwaltungen und Verschönerungsvereine um 40 Millionen Lire erhöht worden. Leider — und wer sich auf diesem Sektor irgendwie auskennt, weiß es — ist auch diese Erhöhung immer noch viel zu gering. Die Gelder, die hiefür zur Verfügung stehen, reichen immer noch bei weitem nicht aus, so daß die Kurverwaltungen und die Verschönerungsvereine nicht in der Lage sind, ihren gestellten Aufgaben nachzukommen. Es fehlen die Gelder für wirksame Propaganda, es fehlen die Gelder, Kurorchester zu erhalten, und zwar nicht nur während der unbedingt notwendigsten Zeit der Hochsaison hindurch; es fehlen die Gelder für Veranstaltungen aller Art. Diese Veranstaltungen der Kurverwaltungen und der Verschönerungsvereine werden immer weniger. Der Veranstaltungskalender müßte hingegen immer reichhaltiger werden, wenn wir auf die Dauer der großen Konkurrenz außerhalb unserer Region gewachsen sein wollen. Veranstaltungen aller Art wären in größerem Ausmaße notwendig, auch um in unserer Region die Jugend als Gäste anzuziehen. Und wenn man die Jugend anziehen will, dann muß man bekanntlich etwas bieten, da muß man sich etwas einfallen lassen, da müssen Veranstaltungen aufgezogen werden, die eben auch der Jugend entsprechen. Wir wissen ja, daß die privaten Veranstaltungen in den Hotels, Gasthöfen, Restaurants usw. wegen der anachroni-

stischen Autorensteuer unmöglich oder fast unmöglich gemacht werden. Um so notwendiger wären eben die Veranstaltungen, die von den Kurverwaltungen und den Verschönerungsvereinen aufgezogen werden. Nun haben die Vertreter dieser Kurverwaltungen und Verschönerungsvereine im vergangenen Jahr beim Assessor in dieser Angelegenheit vorgesprochen, und es ist gesagt worden, daß unbedingt neue Einnahmequellen gefunden werden müßten. Die anderen Regionen bekommen ja meines Wissens — ich glaube, richtig informiert zu sein — vom Staat Anteile von den öffentlichen Darbietungen (*pubblici spettacoli*); unserer Region sind diese Anteile durch die Durchführungsbestimmungen genommen worden, da die Region eben primäre Zuständigkeit auf dem Sektor des Fremdenverkehrs hat. Entweder gelingt es nun, vom Staat diese Anteile wieder zu bekommen, oder sonst muß die Region eben aus eigener Tasche mehr Mittel zur Verfügung stellen. Ich möchte den Herrn Assessor fragen, ob er in dieser Sache in Rom etwas unternommen hat und wie die Dinge diesbezüglich liegen. Eine weitere Einnahmequelle für die Kurverwaltungen wäre die Einführung einer 1,5% igen Zusatzsteuer auf die Kursteuer. Damit wäre eine Einnahme von rund 300 Millionen Lire zusätzlich gesichert. Im übrigen, was die Kurverwaltungen und Verschönerungsvereine ganz im allgemeinen betrifft, hat der Regionalausschuß seinerzeit zu Beginn dieser Legislaturperiode auch versprochen, eine Reorganisation dieser touristischen Körperschaften durchzuführen, d.h. mit einem Gesetz herauszukommen, das eine Neuordnung dieser « *enti turistici* » vorsieht. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Assessor fragen, was diesbezüglich in Vorbereitung ist und mit welchen Neuheiten man in der Zukunft rechnen könne.

Im Bericht des Präsidenten zum Haushalt werden über 20 Gesetzentwürfe angekündigt. Für den Sektor Fremdenverkehr ist der Bericht — was die Ankündigung neuer Gesetzentwürfe betrifft — allerdings mehr als enttäuschend. Nur rund 50 Millionen Lire sollen für neue Gesetze auf dem Sektor Fremdenverkehr bereitgestellt werden. Das wichtigste scheint jetzt zu sein, für eine bessere Beschilderung Sorge zu tragen und in diesem Zusammenhang ein neues Gesetz herauszubringen, das Beiträge hierfür gewähren soll. Aber, meine Damen und Herren, was geschieht denn mit den anderen Gesetzen, die endlich wiederum eine Refinanzierung erfahren müßten? Was geschieht mit dem Regionalgesetz Nr. 19 vom 1. Juli 1963, das Beiträge für Anlagen von sportlichem und fremdenverkehrsmäßigem Interesse zugunsten von Kurverwaltungen und Gemeinden vorsieht? Wir wissen alle, daß eine Refinanzierung dieses Gesetzes dringend notwendig wäre und es muß mit einiger Enttäuschung festgestellt werden, daß diesbezüglich kein neuer Gesetzentwurf bzw. keine Refinanzierung im Bericht des Präsidenten angekündigt wird. Was geschieht mit dem Gesetz für öffentliche Betriebe vom 22. November 1961? Im vergangenen Jahr wurde den Kommissionsmitgliedern vom zuständigen Assessor Segnana versprochen, daß er im heurigen Jahr nicht nur eine Refinanzierung dieses Gesetzes, sondern daß er eine Neufassung desselben vornehmen würde, in dem Sinne, daß die zugelassene Summe von 3 Millionen auf 5 bis 10 Millionen Lire erhöht würde, so daß auch neue öffentliche Betriebe dieses Gesetz in Anspruch nehmen können. Und dann wollte man im Gesetz seitens des Assessors besonders charakteristische Lokale und Betriebe in bestimmten Fremdenverkehrszonen berücksichtigen. Nun, wir alle wissen, welch große Bedeutung natürlich außer den

Beherbergungsbetrieben auch die öffentlichen Betriebe und Lokale haben und wie wichtig es ist, in einem Fremdenverkehrsland charakteristische Lokale, gerade im Alpenraum, zu schaffen. Und wenn es Kredite, Beiträge für Beherbergungsbetriebe gibt, wenn auch in ungenügendem Maße, dann ist es notwendig, auch auf diesem Sektor der öffentlichen Lokale Kredite zu geben, und zwar in größerem Maße als bisher.

Ich möchte noch etwas über die Propagandatätigkeit des Assessorates für Fremdenverkehr sagen. In den programmatischen Richtlinien des Regionalausschusses für die Vierjahresperiode 1965-1968 hat der Präsident Dalvit am 6. Mai 1965, was die Werbetätigkeit auf dem Sektor Fremdenverkehr betrifft, erklärt: « Freilich wird die Lebensfähigkeit der Fremdenverkehrsindustrie weitgehend von einer angemessenen Werbetätigkeit bestimmt, durch die man mit dem Einsatz der verschiedensten, durch die Erfahrung erprobten Mittel sowohl alte als auch neue Gäste zu gewinnen sucht. » Nun, was tut das Regionalassessorat für Fremdenverkehr auf dem Sektor Werbetätigkeit? Es steht in denselben programmatischen Richtlinien des Regionalausschusses darüber zu lesen: « Es läßt sich von allgemeinen Gesichtspunkten und Richtlinien leiten, indem es die weiträumige Verbreitung von Schriften und Bildern über die immer zugkräftige Dolomitenlandschaft betreibt. » In diesem Zusammenhang hat das Regionalassessorat für den Fremdenverkehr auch verschiedene Schriften herausgegeben: z.B. « I laghi del Trentino », « Die Brenta-Dolomiten », « Die Zentral-Dolomiten », « Autofahrten in den Dolomiten » usw. Diese Art der Werbetätigkeit, indem man eben Schriften und Bilder besonders über die Dolomitenlandschaft verbreitet, ist sicher eine sehr wertvolle Initiative. Ich glaube aber, daß

diese Art der Propaganda verhältnismäßig ja nur wenige Personen anspricht, ich meine, wenn da eine Auflage von maximal 10.000 Exemplaren vorgesehen ist, dann sind eben nur soundsoviel Personen mit dieser Art der Werbung anzusprechen. Es ist uns allen klar, daß diese Art der Propaganda gut aber ungenügend ist. Was die Werbetätigkeit im allgemeinen betrifft, hat das Regionalassessorat durch das DIVO-Institut eine allgemeine Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen lassen. Das Ergebnis dieser DIVO-Untersuchung ist folgendes: Wenn man bedenkt, daß vielen Bundesdeutschen nicht einmal der Name unserer Region bekannt ist, kann man sich vorstellen, wie notwendig eine wirksamere Werbetätigkeit ist. Das ist eines der Ergebnisse dieser DIVO-Untersuchung, nämlich, daß der Name unserer Region Trentino-Südtirol im deutschsprachigen Ausland noch viel zu wenig bekannt ist.

RAFFAELLI (P.S.U.): Malgrado il Kulturwerk Südtirol!

SPÖGLER (S.V.P.): Nonostante tutto! Non si fa mai propaganda abbastanza, come si vede. Andererseits wissen wir aus dieser Untersuchung, daß die Hälfte der Befragten den Urlaub im eigenen Land verbringt, daß ein Viertel den Urlaub teils im In- und teils im Ausland und daß nur ein Viertel den Urlaub immer im Ausland verbringt. Das besagt natürlich für uns sehr viel. Wenn nur höchstens ein Viertel — jedenfalls der Befragten — den Urlaub immer im Ausland verbringt, dann geht daraus hervor, daß das Urlauberpotential in der Bundesrepublik Deutschland enorm groß ist. Aus der Untersuchung geht auch die Tatsache hervor, daß die bayrischen Alpen, die Schweiz

und vor allem Österreich den größten Teil der Urlauber anziehen. Das hat für die Region Trentino-Südtirol natürlich zur Folge, daß sie auf Grund ihrer landschaftlichen Ähnlichkeit mit den genannten Gebieten mittels einer gezielten und intensiven Werbung die Aufmerksamkeit dieser Urlauber auf sich lenken könnte. Daraus geht hervor, daß die Österreich-Besucher auch die potentiellen Südtirol-Besucher sind. Nun glaube ich, wenn dem so ist, dann könnten wir vielleicht noch einiges von unseren Nachbarn jenseits der Grenze lernen. Es ist hier schon vom Kollegen Steger erwähnt worden, daß Nordtirol allein zwischen 17 und 19 Millionen Übernachtungen aufzuweisen hat und Südtirol nur zwischen 7 und 8 Millionen, obwohl — das kann man in diesem Zusammenhang auch sagen — Südtirol um ein Viertel mehr Sonne hat als Nordtirol und an landschaftlichen Reizen wahrscheinlich auch nicht nachsteht. Ich glaube, daß andere Gründe vorliegen müssen, wenn solche große Unterschiede zwischen den benachbarten Regionen bestehen. Ich glaube, ein Grund, warum man in Nordtirol so hohe Übernachtungsziffern aufzuweisen hat und dort eine viel bessere Ausnützung der Bettenkapazität erreicht, liegt darin, daß dort eine viel wirksamere und intensivere Propaganda betrieben wird. Ein weiterer Grund wird sicher auch darin bestehen, daß dort bedeutend bessere Straßenverhältnisse bestehen. Es ist in diesem Zusammenhang ja schon des öfteren gegen die katastrophalen Straßenverhältnisse protestiert worden, die wir in unserer Region, ja besonders auf der Brennerstraße haben. Solange sich dieser Zustand nicht ändert, bzw. sich jährlich wiederholt, glaube ich, kann man nicht umhin, auch in diesem Hause immer wieder auf diese beschämenden Zustände der Straßen hinzuweisen. Wie soll eine wirksame Propaganda von einem Erfolg be-

gleitet sein, wenn dann den Gästen Straßenverhältnisse zugemutet werden, die einfach nicht tragbar sind.

Entscheidend ist also, um noch einmal auf die Werbetätigkeit zurückzukommen, das Urlauberpotential auszunützen, das sich aus Besuchern der Alpenländer zusammensetzt und das etwa zwei Drittel der gesamten deutschen Inlandurlauber ausmacht. Das Urlauberpotential des Alpenraumes ist größer als das Potential des gesamten Mittelmeerbereichs. Ich glaube, das ist auch eine wichtige Feststellung, die aus der Untersuchung hervorgeht, weil daraus die Folgerung gezogen werden kann, daß die Chancen für den Fremdenverkehr in der Region Trentino-Südtirol an und für sich sehr groß sind.

Um eine wirksamere Propaganda durchzuführen, gibt dieses DIVO-Institut auch einige Werbemittel an: Wintersportübertragungen im Rahmen der Eurovision, alpine Meisterschaften und nordische Kombinationen von internationalem Niveau, Dokumentarfilmvorspann in den Kinos der Großstädte usw. usf., Fernsehfilme ebenfalls nicht zu vergessen. Ich glaube, daß man in diesem Zusammenhang behaupten kann, daß die Werbung, die unsere Region durchführt, vielleicht immer noch zu wenig auf wissenschaftlicher Basis betrieben wird. Das Regionalassessorat für den Fremdenverkehr hat heuer mehr Gelder für eigene Propaganda zur Verfügung als im vergangenen Jahr; ja der Betrag ist erfreulicherweise bedeutend erhöht worden und zwar von 40 Millionen auf 100 Millionen Lire. Ich möchte den Herrn Assessor fragen, welche Art der Propaganda mit diesem Betrag von 100 Millionen Lire das zuständige Regionalassessorat durchzuführen gedenkt. Ich will jetzt nicht kritisieren und sagen, daß das Regionalassessorat diesbezüglich nichts getan hätte, ich will

auch nicht sagen, daß es nicht eine wirksame Propaganda gemacht hätte, ich möchte nur unterstreichen, daß man in Zukunft, seitens des Regionalassessorates für den Fremdenverkehr, sich mehr der Filme bedienen muß. In diesem Zusammenhang möchte ich vom Herrn Assessor hören, ob Filme, als Dokumentarfilmvorspann in den Kinos der Großstädte vorgesehen sind. Wahrscheinlich aber wären Fernsehfilme, die ja eine viel größere Anzahl von Personen anzusprechen vermögen, noch wirksamer.

Ein anderer Punkt, der immer wieder auch von mir berührt worden ist, ist der bezüglich des Ausbaus der Winterurlaubsmöglichkeiten in unserer Region. Heute spricht man ja nicht nur von Wintersport, sondern schon ganz allgemein von Winterurlaub. Der Aufenthalt in den Berggebieten im Winter hat heute nicht mehr nur sportlichen, sondern ganz allgemein touristischen, der Erholung dienenden Charakter. Deswegen haben wir uns nicht nur damit zu befassen, wie die Berggebiete unserer Region als Wintersportorte ausgenützt werden können, sondern auch wie man die Gäste für den Tourismus im Winter gewinnen kann. Dabei muß allerdings meines Erachtens davon ausgegangen werden, daß ein Ort, ein Gebiet nur dann zum Winterkurort werden kann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen für ein Wintersportzentrum gegeben sind oder geschaffen werden können. Ein Gebiet, das diese Voraussetzungen nicht hat, oder das nichts tut, um diese Voraussetzungen zu schaffen, kann meines Erachtens nie für den Wintertourismus gewonnen oder entwickelt werden. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch nicht uninteressant, einmal zu sehen, wie stark das Potential der Winterurlauber aus jenen Staaten Westeuropas ist, die uns am meisten interessieren. Es sind natürlich nur Schätzungen gemacht worden und somit keine verbindlichen

Zahlen, aber ich glaube, man kommt mir solchen Schätzungen der Wirklichkeit schon ziemlich nahe. Aus diesen Schätzungen geht hervor, daß es im Jahre 1965 in den wichtigsten Staaten Westeuropas 3.700.000 Schifahrer gegeben hat. Man schätzt, daß von den Italienern 1,5% Wintersport betreiben, von den Franzosen 3% der Bevölkerung, von den Deutschen 1,5%, von den Schweizern und von den Österreichern 4% der Bevölkerung. Von den Touristen, welche im Winter Berggebiete besuchen, fahren von den Italienern nur 50% Ski, bei den Franzosen sollen es 80% sein, von den Deutschen ebenfalls nur 50%. Ich glaube, daß diese Zahlen schon irgendeine Bedeutung für uns haben, denn auf Grund dieser Zahlen und auf Grund dieses Urlauberpotentials ist in den betreffenden Staaten auch die richtige Werbung zu unternehmen. Diese Zahl der Wintersportler, wenn man sie so nennen kann, wird ja, wie man sieht, ständig zunehmen. Aber es geht in diesem Zusammenhang nicht nur um die Unterbringung und um die Befriedigung der Schifahrer. Wir wissen alle, daß erstens die Schifahrer oft von Familienangehörigen begleitet werden, die nicht Ski fahren, weil sie entweder zu jung oder zu alt sind, oder weil sie einfach unспортlich sind; zweitens noch die Gäste hinzukommen, welche überhaupt nicht Sport betreiben, sondern sich nur zur Erholung in ein Wintersportzentrum begeben. Man schätzt, daß im Jahre 1965 2.900.000 Touristen, Schifahrer und Nichtschifahrer, sich in den Winterorten aufgehalten haben bzw. Winterurlaub gemacht haben. Man schätzt, daß es im Jahre 1970 bereits 4.800.000 Winterurlauber sein werden und im Jahre 1975 7.700.000. Ich glaube, diese Zahlen sind gar nicht so unrealistisch, wenn man bedenkt, daß der Wintersport immer mehr zur Mode wird. Aber ich glaube, es handelt sich

nicht nur um eine Modeerscheinung, sondern es handelt sich darum, daß die Unterbrechung des Arbeitsprozesses auch im Winter immer notwendiger wird, besonders in den industriellen Ballungszentren. Ein Sommerurlaub allein genügt, glaube ich, heute nicht mehr und in Zukunft noch weniger.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nun fragen, was die Region zur Potenzierung der Wintersaison tut. Sie hat sicher schon sehr viel dadurch getan, daß eben verschiedene sportliche Anlagen finanziert worden sind; sie hat sehr viel zur Finanzierung von Seilbahnen und von Schiliften usw. getan. Aber für das Jahr 1967 ist die Situation enttäuschend für diejenigen, die sich auch für den Fremdenverkehr interessieren und denen besonders auch der Fremdenverkehr im Winter am Herzen liegt. Wir wissen alle, daß der Fremdenverkehr im Winter in unserer Region noch mehr ausgenützt werden könnte; wir kennen das Potential, das in den westeuropäischen Ländern vorhanden ist. In der regionalen Gesetzgebung ist aber für das Jahr 1967 in diesem Zusammenhang nichts vorgesehen. Ich verweise zum x-ten Male wiederum auf das Gesetz Nr. 7, das Finanzierungen für Seilbahnen usw. vorsieht. Der zuständige Assessor hat noch vor wenigen Monaten versprochen, daß eine Refinanzierung dieses Gesetzes erfolgen würde und hat sogar einen Betrag von 40 Millionen Lire genannt, den man für das Jahr 1967 zur Verfügung stellen wolle. Nun ist aber im Bericht des Präsidenten über die Gesetzgebung im Laufe des Jahres 1967 von einer solchen Refinanzierung gar keine Rede, geschweige denn eine Neufassung dieses Gesetzes vorgesehen. Das ist sicher eine ziemlich große Enttäuschung für viele, die schon begonnen haben, solche Anlagen, vor allem Seilbahnen, zu bauen, und die schon seit längerer Zeit auf

eine Finanzierung seitens der Region warten. Es gäbe eine Menge neuer Initiativen zu verwirklichen — aber leider muß man feststellen, daß der Regionalausschuß auf diesem Sektor nicht eingreifen will.

Zusammenfassend kann ich nur sagen, daß man ziemlich enttäuscht sein muß, was das Programm des Regionalausschusses auf dem Sektor Fremdenverkehr für das Jahr 1967 betrifft. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß im Laufe des Jahres doch noch einige dieser von mir genannten Gesetze, besonders das Seilbahngesetz, refinanziert werden und möchte in diesem Sinne dringend an den Regionalausschuß appellieren.

(Signor Presidente! Cari colleghi! Mi sono ripromesso di limitare le mie argomentazioni, più o meno, al tema sul bilancio e di rivedere attentamente quanto concerne il ramo dell'industria alberghiera. Con ciò non intendo dire che interventi di natura politica non possano essi pure dimostrarsi utili o addirittura necessari a stabilire quale sia, in merito, il punto di vista dei Partiti. Tali interventi politici sarebbero utili soprattutto qualora non portassero ad un irrigidimento dei fronti, bensì contribuissero a spianare la via ad un dialogo fra i partiti ed i gruppi etnici. Tale dialogo a due — se così posso dire — non dovrebbe certamente restare circoscritto nell'ambito del Consiglio Regionale, ma dovrebbe — a mio avviso — trovare, periodicamente, una possibilità di prosecuzione anche al di fuori di quest'ambito, ed in un clima di minor tensione.

Desidero, per prima cosa, occuparmi brevemente della legge 614 la quale è stata in questa sede già motivo di contrasti. Quella legge prevede agevolazioni per le zone montane, soprattutto per quanto riguarda, in quelle zone,

il turismo. Gli interventi massicci sono comunque riservati alle zone sottosviluppate, principalmente per l'incremento dell'agricoltura e dell'industria. Ora, per quanto concerne questa legge, le due Province, classificando le zone, hanno adottato metri e misure alquanto diversi per cui, o la Giunta di Trento o quella di Bolzano non hanno interpretato la legge nel suo giusto verso, oppure l'una Provincia ha tentato di battere « in astuzia » l'altra, nell'intento di tirarne fuori per sé quanti più vantaggi possibili, anche a rischio e pericolo di far un po' abuso della legge. Allorquando ad esempio la Provincia di Trento ha dichiarato zone sottosviluppate anche Trento e Rovereto, la Giunta, cui in definitiva compete la questione, avrebbe dovuto verificare le validità di una tale classificazione. Questa legge deve servire a ristabilire l'equilibrio fra quelle zone che lamentano un minor reddito procapite, un maggior numero di emigranti, una minore densità industriale etc., e quelle che invece sono, nella Regione, più fiorenti. Anche per quanto concerne la classificazione delle zone montane, mi è parso che non vi si fosse proceduto con sufficiente chiarezza. In base a tale classificazione la Provincia di Bolzano verrebbe a trovarsi svantaggiata in campo turistico per cui, allo scopo di evitare discriminazioni che, a buon diritto, susciterebbero del mal contento fra la popolazione, la Giunta Regionale deve adempiere ai compiti di coordinamento, affidatili. Tuttavia io accetto di buon grado anche questo proposto da alcuni colleghi — credo il collega Carbonari ed il collega Corsini — e cioè affidare la classificazione delle zone ad una Commissione Regionale paritetica, la quale dovrebbe procedervi attenendosi strettamente alle norme di legge ed in base ad

esatte ed irrefutabili documentazioni. Spero che la Giunta Regionale, dal canto suo, acconsenta a nominare una tale Commissione, e ritengo che, eventualmente, si dovrebbe provvedervi senza perdere altro tempo prezioso. La Giunta Regionale deve rappresentare equamente gli interessi di entrambe le Province. Qualora non intendesse prendere in considerazione la proposta di istituire una Commissione Regionale paritetica dovremmo — a mio avviso — presentare all'uopo un ordine del giorno.

Per quanto concerne i danni provocati dall'alluvione al settore turistico della Regione Trentino-Alto Adige, è stato assegnato, tramite il Ministro al Turismo, Corona, un contributo di 60 milioni di lire. Credo e deve essere proprio così, che noi, quale Regione, lo si debba particolarmente all'interessamento personale dell'Assessore Raffaelli, se quei 60 milioni sono approdati da Roma a Trento. Per quanto mi consta, la Giunta Regionale ha suddiviso questo importo in misura seguente: 45 milioni di lire all'Ente Provinciale per il Turismo di Trento e 15 milioni di lire a quello di Bolzano. Pur non essendo qui presente il signor Assessore, vorrei chiedere ugualmente su cosa si fonda una tale ripartizione. Se vi si è proceduto in base ai danni da maltempo subiti nel settore turistico, ebbene, in tal caso l'Assessore deve, in merito, anche poter dimostrare che i danni provocati dall'alluvione nell'agosto e settembre 1966 sono stati in Provincia di Trento effettivamente più rilevanti. Personalmente ritengo che, eccezion fatta per i 5 o 6 milioni di danni causati direttamente agli impianti dello stabile in cui è insediato l'Ente per il Turismo, per il rimanente, i danni subiti in Provincia di Bolzano siano stati ingenti perlomeno quanto quelli in Provincia di Trento. Le alluvioni dell'estate ed autunno 1966 hanno apportato al Sudtirolo un grave danno, specie nelle zone

turistiche, ove la lotta per l'esistenza è di per sé già abbastanza dura. Ma anche Bolzano ha dovuto registrare un sensibile regresso nei pernottamenti dell'estate 1966, e ciò a causa delle continue interruzioni sulle arterie stradali. In Provincia di Bolzano, per i soli 4 mesi estivi, si segnalano in merito a quel regresso le seguenti cifre: Vipiteno il 24% in meno rispetto al 1965, San Candido il 20%; Ortisei il 5%; Colle Isarco il 3,6%; Corvara 1,7% e Bolzano 3,1%. Questi sono i dati a nostra disposizione, relativi al regresso del movimento turistico nei quattro mesi estivi del 1966. Mi interesserebbe conoscere, a mò di confronto e sempre in relazione a quei quattro mesi, cosa risulti in merito, dalle statistiche della Provincia di Trento. Forse il signor Assessore potrà darci un chiarimento al riguardo e contemporaneamente illustrarci i motivi che hanno determinato una ripetizione in tal senso. A questi sensibili danni subiti in campo turistico nell'estate 1966, si aggiungono quelli della stagione invernale 1966-1967, dovuti principalmente alla pessima condizione delle strade, in particolare nella Val Gardena, Val d'Ega e Val Marebbe anche se, fortunatamente, si è riusciti seppure a stento a ripristinare quelle strade prima che avesse inizio il movimento turistico invernale. Ora non so se la ripartizione di questo denaro sia ormai cosa fatta oppure se più approfonditi esami renderanno possibile una revisione in merito.

E adesso ancora qualche cosa su quanto concerne lo sviluppo turistico in generale. Nel bilancio regionale figurano a disposizione dell'economia turistica per l'anno in corso, tondi tondi qualcosa più di 400 milioni di lire. Confrontando questo importo con quelli, messi a

turismo, per quanto riguarda la Giunta Regionaldisposizione per altri settori economici, ci si rende, anno per anno, sempre più conto che il male si trova ancor sempre a dover fare la parte di Cenerentola sebbene — come tutti nel frattempo abbiamo potuto constatare — il suo sviluppo si ripercuota favorevolmente anche su quasi tutti gli altri settori dell'economia. A tal proposito faccio menzione — come già feci l'anno scorso — ai contributi concessi alle Aziende di Soggiorno e alle Pro Loco. Nella sola Provincia di Bolzano abbiamo 15 Aziende di Soggiorno e 59 Pro Loco. L'anno passato, in occasione del dibattito sul bilancio, avevo espresso il desiderio che per l'anno a venire, sia le Aziende di Soggiorno che le Pro Loco, potessero contare su contributi per lo meno raddoppiati. Infatti questo anno il loro contributo ha fruito di un aumento di 40 milioni. Purtroppo — e chi ha un po' di esperienza in materia lo sa — purtroppo dicevo, questo aumento è del tutto insufficiente, per cui il denaro a disposizione è ben lungi dal consentire alle Aziende di Soggiorno ed alle Pro Loco di poter fronteggiare i compiti loro assegnati. Manca il denaro per un'efficace propaganda, manca il denaro per provvedere alle orchestre, e ciò non solo limitatamente alle necessità del periodo di alta stagione; non vi sono disponibilità finanziarie per alcun genere di manifestazioni, per cui le possibilità organizzative delle Aziende di Soggiorno e delle Pro Loco vanno via via restringendosi. A lungo andare, qualora si voglia che la nostra Regione possa tener testa alla forte concorrenza, si dovrà poter arricchire il calendario delle manifestazioni, poterle organizzare in larga misura e di ogni genere, onde allettare ed attirare la gioventù. Ai giovani si sa, bisogna poter offrire qualcosa di adatto; occorre pensare, ascogitare, organizzare trattenimenti che corrispondano alle loro

esigenze. Lo sappiamo bene che organizzare trattenimenti privati negli alberghi, pensioni, ristoranti etc. è divenuto, causa la anacronistica tassa d'autore impossibile o quasi; per questo sarebbe allora tanto più necessario che le manifestazioni potessero venire indette dalle Aziende di Soggiorno e dalle Pro Loco. L'anno scorso i rappresentanti di questi uffici hanno esposto la questione all'Assessore ed è emersa l'assoluta necessità di trovare un nuovo cespite d'entrata. Le altre Regioni — per quanto mi consta e credo ciò sia esatto — ricevono « una tantum » devoluto dallo Stato al settore dei « pubblici spettacoli »; a noi invece, in base alle norme di attuazione, quella quota è stata tolta, avendo la Regione la competenza primaria in materia di turismo. Quindi, o riusciamo a farci riassegnare dallo Stato quella quota, oppure la Regione deve provvedere di tasca propria a mettere a disposizione maggiori mezzi finanziari. Vorrei chiedere al Signor Assessore se egli abbia, in merito alla questione, intrapreso qualcosa a Roma, e come, in tal caso, stiano le cose. Un altro cespite di entrata per le Aziende di Soggiorno potrebbe consistere nell'applicazione di una tassa supplementare in ragione dell'1,5%, sulla normale tassa di soggiorno, il che assicurerebbe un'entrata in più di toni 300 milioni. Del resto per quanto concerne, nel complesso, le Aziende di Soggiorno e le Pro Loco, la Giunta Regionale, a suo tempo, aveva anche promesso all'inizio di questa legislatura, di procedere ad una riorganizzazione di quegli enti turistici mediante la emanazione di una legge che preveda il riordinamento degli enti stessi. A tal proposito vorrei chiedere all'Assessore come si prevede di agire in merito, e su quali innovazioni si possa contare per il futuro.

Nella relazione del Presidente sul bilancio, vengono preannunciati altri 20 progetti di

legge. Per quanto concerne i nuovi progetti di legge relativi al settore del turismo la relazione, a dire il vero, è più che deludente. Infatti per tali nuove leggi è previsto uno stanziamento di soli 50 milioni. Credo pertanto che ora la cosa più importante da fare sia di preoccuparsi per migliorare l'applicazione di cartelli indicatori ed in tal connessione ottenere la progettazione di una nuova legge che preveda, per questo, i necessari contributi. Ma signori miei che ne è di quelle altre leggi che penso sarebbe finalmente ora venissero rifinanziate? Che ne è della legge regionale nr. 19 del 1-7-1963 la quale, nell'interesse del turismo, prevede contributi per impianti sportivi e turistici, a favore delle Aziende di Soggiorno e dei Comuni? Sappiamo tutti che un rifinanziamento di questa legge sarebbe oltremodo necessario; non si può invece che prendere atto con una certa delusione come nella relazione del Presidente non figurì, in merito, alcuna nota su di un nuovo progetto di legge, nella fattispecie su di un rifinanziamento. Che ne è della legge del 22.11.1961 relativa alle imprese pubbliche? Lo scorso anno il competente Assessore Segnana promise ai membri della commissione che quest'anno avrebbe provveduto non solo al rifinanziamento, ma alla rielaborazione di quella legge, nel senso che la cifra di tre milioni sarebbe stata portata a cinque e fino a dieci milioni, cosicché ci si potesse avvalere di questa legge anche per nuove imprese pubbliche. Inoltre l'Assessore voleva, nella rielaborazione della legge, tenere in conto la possibile creazione, in determinate zone turistiche, di locali ed esercizi pubblici particolarmente caratteristici. Bene, noi tutti sappiamo quanto valore abbiano, naturalmente oltre alle aziende alberghiere, anche i pubblici esercizi e quanto importante sia per un paese turistico, specie in zona alpina, poter disporre

di locali caratteristici. E se si concede credito, se si concedono contributi alle aziende alberghiere, vuoi pure in misura insufficiente, ebbene è d'uopo allora concederne anche per il settore dei pubblici esercizi, ma in misura maggiore di quanto non sia stato fatto finora.

Vorrei dire ancora qualcosa sull'attività propagandistica dell'Assessorato al Turismo. Nelle dichiarazioni programmatiche per il quadriennio 1965-1968, della Giunta Regionale, il Presidente Dalvit, in merito a quanto concerne la propaganda nel settore del turismo, ha dichiarato il 6.5.1965: « Senza dubbio l'impulso vitale dell'industria turistica è ampiamente subordinato ad una appropriata propaganda mediante la quale, impiegando i mezzi più svariati, quei mezzi già collaudati dall'esperienza, si cerca di conservare gli ospiti di vecchia data e di attirarne dei nuovi ». Ebbene che fa l'Assessorato Regionale al Turismo per il settore della propaganda? Sempre nelle dichiarazioni programmatiche della Giunta Regionale si può leggere: « Egli si ispira a punti di vista e criteri generali provvedendo alla diffusione su vasta scala di stampati e di illustrazioni sul sempre più avvincente paesaggio dolomitico ». In merito l'Assessore Regionale al Turismo ha pubblicato anche diversi opuscoli, quali ad esempio: « Laghi del Trentino », « Le Dolomiti del Brenta », « Die Zentral Dolomiten », « Autofahrten in den Dolomiten » etc. Questo tipo di propaganda che comprende appunto anche la diffusione di opuscoli ed illustrazioni relativi soprattutto alla Regione dolomitica, è senz'altro una pregevole iniziativa. Io credo però che essa non sia proporzionata alle esigenze, intendo dire che se per tale diffusione è prevista una tiratura massima di diecimila esemplari, il numero delle persone che potrebbero sentirsi attratte da questa pubblicità resterebbe piuttosto limitato. Insomma, a noi

tutti è chiaro che tale sistema pubblicitario è buono sì, ma insufficiente. Per quanto riguarda l'attività propagandistica nel suo complesso, lo Assessorato Regionale ha incaricato l'Istituto DIVO di procedere, nella Repubblica Federale Tedesca, ad una inchiesta generale. L'esito è il seguente: numerosi tedeschi non conoscono neppure di nome la nostra Regione; se si considera ciò, ci si può immaginare quanto necessaria sia una più efficace propaganda. Questo è dunque uno dei risultati dell'inchiesta DIVO, e cioè che il nome della nostra regione Trentino-Sudtirolo è ancora assai poco conosciuto in territorio tedesco.

RAFFAELLI (P.S.U.): Malgrado il Kulturwerk Südtirol!

SPÖGLER (S.V.P.): Nonostante tutto! Non si fa mai propaganda abbastanza come si vede. D'altro canto, sempre da quella inchiesta, abbiamo anche rilevato che la metà degli interpellati trascorre le ferie in territorio nazionale, che un altro quarto le trascorre parte nella propria terra e parte all'estero, e che solo un quarto di essi le trascorre sempre all'estero. Ciò è per noi ovviamente molto indicativo. In ogni caso anche se soltanto un quarto degli interpellati trascorre sempre le ferie all'estero, se ne può dedurre che il loro numero raggiunge un potenziale altissimo. Dall'inchiesta emerge altresì che per la maggior parte questi turisti sono attratti dalle Alpi Bavaresi, dalla Svizzera e soprattutto dall'Austria. Per la Regione Trentino-Sudtirolo ne consegue naturalmente che in considerazione dell'analogia del suo paesaggio con quello dei citati Paesi, potrebbe, avvalendosi di una indovinata quanto intensa propaganda, richiamare a sé l'attenzione di quei turisti. Sempre dall'inchiesta risulta

che i visitatori che si recano in Austria sono potenziali ospiti per il Sudtirolo. Se così fosse, credo che noi avremmo ancora qualcosa da imparare da quei nostri vicini che stanno al di là del confine. È già stato qui accennato dal collega Steger che il solo Nordtirolo può vantare da 17 a 19 milioni di pernottamenti, mentre nel Sudtirolo essi si limitano a 7 o 8 milioni malgrado — in tal connessione ciò si può ben dire — il Sudtirolo sia una regione più calda e soleggiata del Nordtirolo e probabilmente anche le sue bellezze naturali non siano da meno. Credo che uno dei motivi per cui il Nordtirolo possa vantare una così alta percentuale di pernottamenti che gli consentono in tal modo di sfruttare al massimo la capienza letti, risieda nella sua più intensa ed efficace propoganda. Un altro motivo potrebbe pure ricercarsi nelle migliori condizioni della viabilità in quella Regione. A questo proposito sono già state avanzate reiterate proteste contro le catastrofiche condizioni stradali che lamentiamo nella nostra Regione, in particolare per quanto riguarda l'arteria del Brennero. Fintanto che una tale situazione rimarrà immutata, nella fattispecie che continui a ripetersi di anno in anno, io credo non si possa fare a meno, in questa sede, di richiamare l'attenzione ancora ed ancora su tale umiliante situazione viaria. Come può una fattiva efficace propaganda essere coronata dal successo, qualora i turisti debbano poi vedersi costretti a transitare su strade le cui condizioni sono semplicemente impossibili?

Tornando all'attività propagandistica, determinante è dunque cercare di sfruttare quel potenziale turistico connesso ai visitatori delle zone alpine, quel potenziale che raggruppa in sé i due terzi del totale dei tedeschi che trascorrono le ferie in territorio nazionale. Il potenziale in cifra di quei tedeschi che per le fe-

rie scelgono le zone montane, supera quello che si raggiunge nelle complessive zone balneari mediterranee. Ritengo che anche questo sia un importante dato di fatto, in quanto da esso si può dedurre che le possibilità di sviluppo turistico nel Sudtirolo sono assai rilevanti.

L'Istituto DIVO indica alcuni validi sistemi per lo svolgimento di una propaganda veramente efficace: trasmissioni eurovisive sugli sports invernali; campionati sportivi; combinazioni nordiche a livello internazionale; proiezioni di documentari nei cinema dei grandi centri etc. e, da non dimenticarsi, telefilms. A tal riguardo vien fatto di constatare come la propaganda svolta nella nostra Regione sia ancora troppo scarsamente fondata su basi scientifiche. L'Assessorato Regionale al Turismo ha messo a disposizione quest'anno per la propria propaganda più denaro che non l'anno passato; infatti la cifra è stata fortunatamente portata da 40 a 100 milioni di lire. Vorrei chiedere al signor Assessore quale tipo di propaganda il competente Assessorato pensi di poter svolgere con quei cento milioni. Non intendo con ciò fare della facile critica nel dire che lo Assessorato Regionale non si è dato finora molto da fare in merito, né intendo dire che la sua propaganda sia stata del tutto inefficace; desidero soltanto sottolineare che in futuro lo Assessorato dovrebbe per la sua propaganda, grafiche ed in merito desidererei appunto servirsi maggiormente di proiezioni cinematografiche dal signor Assessore se la proiezione di films e di documentari sugli schermi dei grandi centri è prevista nel programma. Potrebbe darsi però che i telefilms, di cui potrebbero godere un numero di persone assai più rilevante, fossero più efficaci allo scopo.

Un altro punto che ho già sfiorato in passato è quello che interessa l'ampliamento delle possibilità di sports invernali nella nostra Re-

gione. Oggi non si parla più tanto di sports invernali quanto, più generalmente di soggiorno invernale. Pertanto il nostro interessamento non deve essere volto solo al miglior modo in cui poter sfruttare, quali località sportive invernali, le zone montane della nostra Regione, ma tendere altresì ad incrementare il numero delle presenze. A mio avviso comunque, resta inteso che una zona possa divenire località climatica invernale soltanto qualora sussista o possa essere creato quanto si presuppone adeguato allo scopo. Mancando i necessari presupposti e se nulla vien fatto per ovviare a tale mancanza, una località, a mio avviso, non potrà mai evolversi turisticamente. A tal riguardo non è male, forse, soffermarsi un momento a considerare quanto grande sia il potenziale dei turisti invernali provenienti dagli Stati dell'Europa Occidentale, quei turisti cioè, a cui siamo maggiormente interessati. Sono state fatte delle valutazioni approssimative, ovviamente nulla di certo, comunque io credo che tali valutazioni rispecchino abbastanza fedelmente la realtà. Dalle stesse risulta che nel 1965 le presenze di sciatori nei più importanti Stati dell'Europa Occidentale hanno raggiunto la cifra di 3.700.000. Si valuta che l'1,5% degli italiani, il 3% dei francesi, l'1,5% dei tedeschi, il 4% degli svizzeri e degli austriaci si dedichino agli sports invernali. Fra i turisti che in inverno si recano in località montane per praticare lo sport sciistico, degli italiani solo il 50% pratica lo scii, dei francesi dovrebbe essere l'80% e dei tedeschi il 50%. Ritengo che queste cifre rivestano di per sé una certa importanza per noi poiché, in base alle stesse ed in base al potenziamento dei turisti invernali, si potrà svolgere l'adeguata propaganda negli Stati che ci interessano. Il numero degli sportivi invernali — se così vogliamo chiamarli — è, come si vede, in fase di au-

mento. Ma qui non si tratta solo di sistemarli e farli divertire questi sciatori! Sappiamo tutti che, in primo luogo, essi giungono spesso in compagnia di familiari che non sciano, in quanto o troppo giovani o troppo vecchi o semplicemente perché non dediti allo sport; in secondo luogo vi sono ospiti i quali, completamente disinteressati allo sport, si portano nelle località climatiche invernali solo a scopo di riposo. Si calcola che nel 1965 2.900.000 turisti, fra sciatori e non, abbiano trascorso in inverno le ferie in zone di villeggiature montane. Si calcola altresì che nel 1970 il numero dei turisti invernali salirà a 4.800.000 ed a 7.700.000 nel 1975. Ritengo che queste cifre non siano poi tanto utopistiche se si considera che gli sports invernali stanno diventando sempre più di moda. Penso comunque che non si tratti di un fenomeno passeggero ma del fatto che si sta rendendo via via sempre più necessario un periodo di riposo anche durante l'inverno particolarmente per quanto riguarda gli abitanti dei centri maggiormente industrializzati. Se le ferie estive oggi come oggi non sono più sufficienti, con l'andar del tempo lo diverranno sempre meno.

In tal connessione vorrei dunque chiedere che cosa stia facendo la Regione per il potenziamento del turismo invernale. Finanziando diversi impianti sportivi ha indubbiamente già fatto parecchio. In tali impianti, come sappiamo, sono comprese molte funivie, skilift etc. Per quanto riguarda il 1967 la situazione si prospetta deludente per coloro che sono interessati anche al movimento turistico, specie a quello invernale. Sappiamo tutti che nella nostra Regione il turismo potrebbe in inverno venire assai più sfruttato; siamo altresì al corrente del potenziale turistico di cui godono gli Stati dell'Europa Occidentale. La nostra legislatura però non prevede per il 1967 nulla a

tal proposito. Per la ennesima volta faccio presente che la legge nr. 7 prevede finanziamenti per impianti funiviari etc. Il competente Assessore aveva già promesso alcuni mesi fa che si sarebbe proceduto al rifinanziamento di questa legge, ed aveva fatto cenno addirittura ad un importo di 40 milioni, che si intendeva mettere a disposizione per il 1967. Ma ora nella relazione del Presidente, relativa alla legislatura dell'anno 1967, non vi è alcun cenno su tale rifinanziamento e tanto meno vi è prevista una rielaborazione di questa legge. Ciò è certamente una delusione non indifferente per molti di coloro che hanno iniziato a costruire tali impianti funiviari, e che già da tempo attendono un finanziamento dalla Regione. Vi sarebbe molto da realizzare ma purtroppo dobbiamo constatare che la Giunta Regionale non intende intervenire a favore di questo settore.

Ricapitolando posso soltanto dire che, per quanto riguarda il settore turistico, il programma della Giunta Regionale per il 1967 è abbastanza deludente. Desidero esprimere la speranza che durante l'anno in corso si voglia rivedere la faccenda e che, malgrado tutto, si voglia procedere al rifinanziamento di almeno alcune di queste leggi, specie a quella relativa alle funivie, ed in tal senso faccio urgentemente appello alla Giunta Regionale.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Le dichiarazioni programmatiche e la relazione del Presidente della Giunta regionale, così ricca di contenuti, di informazioni, di notizie, di argomenti, anche nuovi, la relazione del nostro assessore alle finanze, gli allegati alle relazioni che ci sono stati distribuiti, ultimamente, offrono a tutti noi

una amplissima gamma di argomenti sui quali poter intervenire. Ci si impone dunque una scelta: mi sono proposto di trattare argomenti che prevedibilmente non vengano trattati da altri colleghi, per evitare ripetizioni; quindi non una scelta di priorità per motivi di importanza, ma una scelta di argomenti che non annoino il Consiglio con inutili ripetizioni.

Dirò innanzitutto che a me piace dichiarare pubblicamente che sono soddisfatto del continuo miglioramento che la Giunta regionale, il Presidente, l'assessore alle finanze pongono nell'opera di illustrazione, e della nostra situazione economica e finanziaria in senso generale, e del nostro bilancio e delle attività che con la presenza della Regione nel nostro paese sono connesse. Vedo un continuo affinamento che è apprezzabile nei documenti fondamentali che accompagnano il bilancio. Sono, è vero, aspetti formali, ma anche la forma ha una grande importanza, anche la forma di questi documenti espone la Regione, nel giudizio obiettivo di chi guarda a queste cose, ad una valutazione favorevole.

In modo particolare dirò che nella relazione del signor assessore alle finanze, mi è piaciuta la misura che egli ha adottato nel darci notizia della nostra situazione economica-finanziaria; egli si è limitato ai dati essenziali, ha evitato tutto ciò che poteva apparire notizia di dettaglio e ci ha messo così in grado di avere, in non molte pagine, la sintesi della situazione, e di metterci in grado di conoscere con maggiore evidenza quella realtà sulla quale siamo chiamati ad operare.

Io penso che questo metodo sia senz'altro da incoraggiare: noi abbiamo bisogno proprio di questo. Di solito le pubblicazioni di statistica economica abbondano di notizie e di dati che disperdono il giudizio, che sono valide soltanto quando qualcuno ha bisogno di ap-

profondire certi aspetti di dettaglio. Noi invece dobbiamo ragionare per grandi linee, ed a questa nostra esigenza risponde molto di più il metodo sobrio adottato dal signor assessore alle finanze nella sua relazione.

Dirò che, come è noto e come è detto anche nella relazione stessa, la scienza, la dottrina economica e statistica, nonostante i continui sforzi di perfezionamento nella rilevazione e nella interpretazione dei dati, lamentano la parziale inefficienza della attività di ricerca e di studio. Si tenta di arrivare gradualmente ad una presentazione dei dati che sia atta a centrare realmente la realtà. Da questo punto di vista i miglioramenti che si sono fatti in campo nazionale e internazionale sono noti. Mi ha fatto piacere la notizia, che ho trovata confermata nella relazione, che anche il nostro istituto centrale di statistica si va uniformando agli schemi di elaborazione della contabilità nazionale, così come sono stati suggeriti dall'ufficio statistica delle nazioni unite.

In questo sforzo di maggiore perfezionamento degli strumenti di rilevazione delle notizie da dare a coloro che sono chiamati, per compiti pubblici o per altre ragioni, ad occuparsi di problemi economici, io mi permetterei di fare alcune brevi esortazioni.

Nei dati statistici uno degli elementi che richiama senz'altro la nostra attenzione, è rappresentato dal movimento finanziario così come appare attraverso i bilanci degli istituti di credito. Si è potuto constatare che anche per l'anno 1965, (non possiamo disporre naturalmente dei dati del 1966 perché siamo a troppo breve distanza della chiusura dell'anno finanziario), è confermata l'ascesa del movimento dei depositi presso le casse e gli istituti di credito in genere. A me interesserebbe, e interesserebbe certo a tutti, il tenere costantemente sotto controllo questo fenomeno, so-

prattutto allo scopo di stabilire di quale provenienza è il risparmio che va gradatamente accumulandosi. Avrò fatto piacere, penso, a tutti, certamente ha fatto piacere a me, la constatazione della larghissima diffusione del piccolo risparmio, ed è stato per me senza dubbio significativo il constatare come la diffusione del piccolo risparmio si è accentuata proprio nel momento della maggior recessione economica. Segno evidente che ci siamo imposti minori consumi e maggiore previdenza. Segno evidente che esiste ancora nel nostro popolo il senso del risparmio, il senso della previdenza. Ora, questa analisi delle provenienze del risparmio che va accumulandosi presso gli istituti di credito, ci dirà molte cose sulle condizioni economiche, sui comportamenti economici delle diverse categorie sociali, il che ci aiuterà a prendere poi provvedimenti e decisioni che siano più conformi ad utilità di carattere generale.

Un'altra indicazione che mi permetto di fare è questa: un tema che va anch'esso tenuto sempre sotto controllo e che è oggetto di commenti qualche volta sfavorevoli, come dirò, è il rapporto impieghi - depositi. Abbiamo spesso lamentato che l'ascesa dei depositi abbia coinciso con una riduzione degli investimenti. Ora, nei dati che ci sono stati messi a disposizione abbiamo appreso che la discesa degli impieghi è notevolmente rallentata; non siamo ancora in una situazione che possa essere dichiarata soddisfacente, prendiamo atto però che la situazione è andata già migliorandosi e continua a migliorarsi. Però io non sono convinto che i dati che ci si mettono a disposizione a questo riguardo ci diano veramente la realtà del fenomeno, perché i dati considerano soltanto gli impieghi così detti diretti. Non considerano gli impieghi indiretti, che vanno invece messi in evidenza proprio per non

trarre conclusioni sbagliate su un fenomeno così rilevante come questo, del rapporto impieghi-depositi. Faccio l'esempio che mi è più vicino; è quello delle nostre casse rurali; non ho dati aggiornati per quanto riguarda le casse rurali della provincia di Bolzano, ma per quanto riguarda le casse rurali della provincia di Trento posso dire che, grosso modo, la massa fiduciaria raccolta raggiunge i 50 miliardi. Quando andiamo a vedere il rapporto che esiste tra questa massa fiduciaria raccolta da questi modesti istituti di credito cooperativo, rurale e artigiano, con gli impieghi, noi vediamo che gli impieghi rappresentano appena il 50% di detta massa fiduciaria. Il che ha fatto dire a parecchi commentatori che le Casse Rurali servono a drenare il risparmio, ma non sono in grado di farlo giungere agli investimenti; quindi esse sarebbero quasi strumenti frenanti per il settore degli investimenti, comunque non saprebbero rendersi sufficientemente attive per far sì che la massa di danaro raccolta fluisca veramente nella circolazione finanziaria della Regione. Orbene, questo non è vero. Anche se il rapporto depositi-impieghi contabilmente è quello che abbiamo detto cioè circa il 50%, bisogna tener presente la vasta gamma di impieghi *indiretti* che questo risparmio va ad alimentare. Quando le casse rurali acquistano, ad esempio, le cartelle fondiari del nostro istituto di credito fondiario, fanno un'operazione che non va classificata come « impiego » nel loro bilancio, ma tuttavia mettono l'istituto di credito fondiario in condizione di poter disporre dei mezzi necessari per fare *esso, direttamente*, l'investimento. Quando le nostre casse rurali acquistano obbligazioni del Mediocredito Trentino e Alto Adige, ad esempio, non fanno esse un'operazione di investimento diretto, ma indirettamente rendono possibili notevolissimi, essenziali investimenti nel campo produttivo

fatti dal Mediocredito. Così è di tutte le operazioni simili di trasformazione del denaro liquido in valori mobiliari, in obbligazioni, e così via.

Ora, io vorrei che su questo tema, che, come ripeto, ha indotto molte volte i commentatori a trarre delle conclusioni che non sono giustificate, vorrei che, nelle successive rilevazioni, si ponesse maggiore attenzione a porre in evidenza anche gli investimenti indiretti che gli istituti di credito riescono a realizzare.

Queste le brevi indicazioni, intese a provocare un ulteriore perfezionamento nei nostri metodi di rilevazione e di informazione su questi fenomeni.

In un giudizio di sintesi la nostra situazione economica, almeno per quanto riguarda ciò che si è potuto accertare nell'anno 1965, e con le riserve di qualche possibile rettifica che già l'assessore alle finanze ha posto nella sua relazione, secondo me può considerarsi soddisfacente. Quando io penso che nel 1965 l'aumento del reddito netto da noi fu del 10%, mentre il reddito nazionale ha avuto nello stesso anno un incremento del 7%, debbo dire che, anche se molti problemi rimangono ancora davanti a noi per essere risolti, e anche se la situazione è suscettibile di ulteriori miglioramenti, quello che si è fatto va considerato come un'acquisizione positiva e soddisfacente. Anche il fatto della migliorata posizione occupata dalle due Province nella graduatoria in ordine decrescente delle Province italiane in base al reddito pro capite, è un dato che va sottolineato con soddisfazione, essendo la provincia di Bolzano, come dice la relazione, passata dal 26° posto al 21° posto nella graduatoria decrescente; e la provincia di Trento dal 39° posto al 35° posto. Ed essendo il reddito pro capite in provincia di Bolzano incrementato in modo da superare la media nazionale di 17 punti (117

per cento rispetto alla media nazionale) ed essendo il reddito pro capite in provincia di Trento praticamente uguale, pressappoco, alla media nazionale, avendo raggiunto il 99% di tale media. Sono dati, ripeto, che vanno presi in considerazione perché sono una realtà essenziale, non marginale, e controbilanciano certe valutazioni, che io non posso condividere e che sono, secondo me, esageratamente negative.

Il nostro bilancio, signori. Quest'anno il nostro bilancio ha assunto, io dichiaro, un'imponenza che ci dispone ad avere tutto il dovuto riguardo per coloro che hanno faticato per portarci a queste conclusioni. È senza dubbio il bilancio più robusto che noi abbiamo avuto a disposizione nella lunga serie di anni di vita regionale. Le entrate tributarie ed extra tributarie, insieme considerate, superano largamente le spese correnti. È un dato che va tenuto costantemente sotto controllo. Nella relazione dell'assessore il rapporto è indicato in 18 miliardi a 9 miliardi, un rapporto perfettamente soddisfacente. Le modifiche lievi apportate dalla commissione alle finanze non spostano questo rapporto. Bisogna fare ogni sforzo per conservarlo e possibilmente per migliorarlo; certo bisogna mantenersi in una linea di condotta amministrativa che non costringa a peggiorarlo. Io dichiaro che dobbiamo dare atto all'amministrazione, all'esecutivo del nostro Consiglio, di aver saputo operare in maniera tale da darci ora, ripeto, uno strumento amministrativo, un bilancio, che deve essere considerato soddisfacente, specialmente se lo poniamo in rapporto con quella che è la situazione generale della nostra economia nazionale.

Tra le entrate tributarie molto notevole l'incremento, veramente eccezionale, di 2 miliardi in conto art. 60; e debbo compiacermi

con il negoziatore di questa annuale transazione con lo Stato, per il risultato veramente insolito.

A questo proposito io debbo esprimere molto chiaramente il mio modo di valutare i rapporti della Regione con lo Stato in materia finanziaria. Perché, non tanto e non solo in occasione della discussione generale di bilancio, ma in molte altre discussioni, anche recenti, ho sentito voci in questo Consiglio, intese a spronare l'amministrazione regionale affinché assuma nei confronti dello Stato un atteggiamento rivendicatorio, con continue presentazioni di nuove richieste al fine di ottenere nuovi mezzi a disposizione. Io debbo dichiarare che dissento nettamente da questo atteggiamento. Noi ci troviamo di fronte, e lo dobbiamo dire, a una continua crescente aggressione allo Stato un po' da parte di tutti. Ora, noi siamo tenuti a considerare inseparabile il bene e l'interesse della Regione dal bene e dall'interesse dello Stato, non tanto perché questo sia un impegno che abbiamo assunto con una formula di giuramento alla quale di tanto in tanto bisognerebbe pure far qualche richiamo, ma perché nella scelta questo bene dello Stato e della Regione, sono inseparabili. Se ci trovassimo di fronte a una situazione finanziaria nazionale che andasse in crisi, inevitabilmente le conseguenze si scaricherebbero anche su di noi; siamo realmente indissolubilmente legati con gli interessi nazionali. Ora nelle sedi più autorevoli si va ripetendo, con accenti sempre più seri, sempre più gravi, sempre più ansiosi, che si deve contenere la spesa pubblica. Ogni volta che in altri ambienti, nel Parlamento e altrove, dobbiamo prendere coscienza dell'aggravarsi della situazione di bilancio dello Stato, e sentiamo ripetere l'esortazione al contenimento della spesa pubblica, sottoscriviamo ed approviamo, e ci diciamo consenzienti con un indi-

rizzo che ci pare necessario. Ma la stranezza è che magari il giorno dopo noi italiani (non intendo riferirmi qui particolarmente all'attività dell'uno o dell'altro di noi), noi italiani andiamo a chiedere il giorno dopo altre assegnazioni di mezzi, altri incrementi di spesa pubblica. Ci si trova in questo campo in una contraddizione permanente: si riconosce la necessità del contenimento della spesa e contemporaneamente si chiedono continue spese nuove, aggravamenti di spese, aumenti di spese. Questo atteggiamento contraddittorio, per me, non è cosa seria. Il rilevarlo da parte mia nasce solo dalla convinzione che non possiamo andare avanti così, a lungo. Penso che, siccome in questa contraddittorietà di atteggiamenti vengono a trovarsi anche persone che debbo ritenere, per tante ragioni, serie, il fenomeno vada spiegato così: probabilmente c'è una mentalità, (d'altronde me la son sentita dichiarare esplicitamente in molte occasioni) c'è una mentalità diffusa che è questa: è sempre un po' stato così, il bilancio dello Stato è sempre stato un bilancio dissestato, eppure si è sempre saputo andare avanti senza gravi guai, e si potrà andare avanti all'infinito in questo modo.

Ora, secondo me, non è assolutamente possibile accettare una convinzione così diletantistica delle cose. Noi siamo uomini responsabili ed abbiamo un grave compito nello svolgimento delle nostre funzioni nei confronti dello Stato.

Un'altra ragione, per la quale persone anche serie si mantengono disinvoltamente in questo atteggiamento contraddittorio (applaudire, approvare il proposito di contenimento della spesa pubblica, ma poi contemporaneamente chiedere aumenti di spesa) è probabilmente la seguente: non si approfondiscono, non si vogliono conoscere i dati esatti della situazione finanziaria dello Stato, ci si limita a

prendere atto e a ritenere che il bilancio dello Stato è un bilancio deficitario, ma non si va più in là. Noi dobbiamo andare più in là, perché solo quando ci saremo convinti che realmente le finanze dello Stato non consentono un continuo ricorso agli incrementi di spesa e ce ne persuadiamo attraverso la conoscenza degli elementi essenziali di questa finanza, potremo con maggiore convinzione dare a noi stessi il giusto orientamento nelle nostre relazioni finanziarie con lo Stato. Io apro qui una breve parentesi (non occuperò di più di 10 o 15 minuti, io penso) per stare con voi nella malinconica compagnia del bilancio dello Stato. Voi avrete a disposizione, immagino, lo stato di previsione per l'anno finanziario 1967. Alcune cifre bastano a dirci con quanta maggiore attenzione dobbiamo considerare questo tema. Il bilancio del 1967, signori, si chiude con un deficit di 1.164 miliardi. In questo bilancio le cifre che meritano di essere considerate sono 3: la voce relativa agli oneri per il servizio di ammortamento dei mutui già contratti dallo Stato, 423 miliardi; la voce relativa all'onere degli interessi che lo Stato deve pagare per i mutui già contratti, 350 miliardi, totale 773 miliardi. Il rapporto fra gli oneri dipendenti dai debiti già contratti, e il deficit, ci dice che già in questa situazione, pressappoco tutto il deficit è costituito dal servizio dei debiti già contratti.

Ma noi vediamo che per conseguire, nel bilancio 1967, il risultato di un disavanzo limitato a 1.164 miliardi lo Stato dovrà contrarre mutui, nell'esercizio finanziario in corso, per 1.540 miliardi, per cui, se prescindessimo da questi 1.540 miliardi di mutui, il disavanzo dello Stato per il 1967 si porterebbe su circa 2.700 miliardi! Ora i 1.540 miliardi che lo Stato dovrà prendere a mutuo per ottenere questo risultato di bilancio, cioè un bilancio con

un deficit di 1.164 miliardi, grosso modo importeranno un ulteriore onere sul bilancio del 1968 e così via, di altri 130 miliardi, il che vuol dire che gli oneri del servizio dei debiti contratti dallo Stato nell'anno 1968 saliranno a 903 miliardi, ne consegue che quasi tutto il deficit di bilancio sarà rappresentato da questi oneri. In altre parole è evidente che Parlamento e Governo, sotto la costante pressione di richieste che vengano da tutte le parti, enti locali, enti parastatali, aziende a partecipazione statale, aziende municipalizzate, sindacati, dipendenti dello Stato e così via, hanno già messo il bilancio dello Stato in una situazione debitoria che non è compatibile con un bilancio equilibrato, e che impone allo Stato il continuo ricorso ad espedienti per tirare avanti. Se poi, signori, da questi alcuni dati essenziali del bilancio dello Stato, voi passate a considerare qualche altro aspetto della situazione finanziaria nazionale, voi vedrete che le considerazioni che debbo fare, per un bisogno di serietà e di responsabilità, in questo Consiglio, si aggravano. Sapete quante sono le spese ripartite e i limiti di impegno concernenti la applicazione delle leggi che il Parlamento ha già votato per gli esercizi finanziari prossimi? 10.808 miliardi. Prendo il dato da un libretto, di non molte pagine ma di molto contenuto, che è di Carlo Marzano, il ragioniere generale dello Stato « I soldi di tutti ». 10.808 miliardi di impegni già presi.

Dallo stesso libro vi porto i dati al 30 settembre 1966 della posizione debitoria contratta dallo Stato: 6.492 miliardi, senza i debiti patrimoniali, che ammontano ad altri 878 miliardi. Per fortuna noi non abbiamo debiti con l'Estero. I debiti dello Stato sono tutti debiti interni. All'estero non abbiamo che un solo debito, che è in via di estinzione, il già vecchio prestito Morgan, che attualmente è vi-

vo ancora per un residuo di appena 12 miliardi. Ma già questi dati, signori, vi dicono che noi abbiamo già consumato, prima del tempo, almeno 2 o 3 altri esercizi finanziari dello Stato. E un dato altrettanto preoccupante è quello relativo agli impegni indiretti che lo Stato ha assunto, sotto la pressione delle forze d'ogni genere che lo aggrediscono continuamente, crescentemente. Lo Stato ha dovuto infatti adottare il metodo di far fare i debiti ad altri, prestando garanzia per i debitori. Il volume delle garanzie prestate dallo Stato in ordine a debiti contratti da enti pubblici è relevantissimo; io ho cercato di averne una stima attendibile, ma non ci sono riuscito. Certo è che le leggi che hanno disposti questi interventi dello Stato in forma di garanzia sono numerosissime, e per importi tutti relevantissimi. Dobbiamo augurarci (e così sarà delle realtà, spero) che molte di queste operazioni, per le quali lo Stato ha prestato garanzia, vadano a buon fine per conto loro e che quindi la garanzia non scatterà, ma, signori, anche questo è un aspetto della nostra situazione che sicuramente va tenuto presente.

Tutte queste cose lo ho volute dire per giustificare il mio convincimento che, ripeto, secondo me, noi abbiamo ottenuto dallo Stato quanto si poteva ottenere, *largamente*. E non possiamo mantenerci così, alla leggera, dilettantesco, in un atteggiamento costantemente rivendicatorio, come se lo Stato fosse un qualche cosa che si possa aggredire impunemente.

La situazione della finanza statale è molto seria. Abbiamo invece una situazione economica generale, che, per fortuna, è più soddisfacente ed anche dà sintomi di costante miglioramento, e questo in virtù della capacità di lavoro del popolo italiano, che avrà tanti difetti ma è un buon popolo, che sa lavorare, ed anche in virtù della capacità e volontà di lavoro

e del coraggio delle categorie imprenditoriali e dirigenziali del settore pubblico e del settore privato, categorie spesso vituperate più a torto, secondo me, che a ragione. Ma la finanza dello Stato, ripeto, impegna ormai tutta la nostra responsabilità in un atteggiamento, che deve essere di consapevole moderazione.

Ci sono delle mentalità da correggere, che hanno fatto scuola un po' in questi anni del dopoguerra. Ad esempio: il buon amministratore nel concetto corrente (e questo riguarda un po' tutti gli enti locali), è quello che sa fare molta amministrazione straordinaria. Io dico invece che questo è il momento, quando si prenda conoscenza anche dello stato della finanza locale, questo è il momento di rimettere in prestigio la buona amministrazione ordinaria. Bisogna fermarsi un po' e vedere veramente di fare il punto alla situazione.

Un'altra mentalità da combattere è quella che afferma che il buon amministratore è quello che sa chiedere ed ottenere molto a Roma o altrove; mentalità un po' sorniona. Il buon amministratore, secondo me, è quello che si propone anzitutto di risolvere coi mezzi dell'ente che amministra i problemi che lo riguardano, fin dove almeno è possibile, in uno sforzo veramente responsabile e cosciente; per l'eccedenza potrà prospettare a chi di ragione, allo Stato in modo particolare, i reali bisogni, per chiedere una assegnazione di mezzi nei limiti delle effettive possibilità dell'ente erogatore, (ripeto, in modo particolare, dello Stato), e in proporzione dei bisogni altrui, equamente bilanciati e confrontati. Questo deve essere il concetto di un amministratore che vuole operare coscientemente ed equilibratamente, altrimenti è inutile poi lamentarci tutti assieme del continuo aggravarsi della situazione. Del resto, sentite, noi abbiamo tutti dimenticato (ed è un rimprovero che rivolgo anche a me stesso,

in quanto non posso mai dimenticare di avere per una certa serie di anni, presieduto l'organo esecutivo della Regione), abbiamo tutti dimenticato l'art. 119 della Costituzione e l'art. 75 dello Statuto, norme che autorizzano le Regioni a istituire con leggi tributi propri, in armonia coi principi del sistema tributario dello Stato. Preferiamo naturalmente rivolgerci allo Stato, e quindi abbiamo una ben strana concezione dell'autonomia che è questa: rivendichiamo il potere di deliberare, di decidere delle nostre iniziative, di predisporre e di organizzare i nostri interventi e le nostre spese, poi i mezzi li deve dare lo Stato. La formula si traduce in questo dialogo: io decido e provvedo, tu, Stato, paga. Ora, la realizzazione dell'ordinamento regionale, con questi criteri, sarebbe una iattura da scongiurare. Ho partecipato recentemente ad un convegno di enti locali, in cui anche il tema dell'attuazione dell'ordinamento delle Regioni a Statuto ordinario è stato ripreso e considerato. Ho provato un autentico disagio nel vedere come la concezione fondamentale di coloro che si rivolgevano per informazioni a me, sapendo che io provenivo dalla Regione Trentino - Alto Adige, era questa: « vogliamo le Regioni, certamente perché chiederemo anche noi allo Stato quei soldi che voi siete riusciti per tanti anni ad avere in più di quello che abbiamo avuto noi ». Regionalismo visto come buona occasione per ottenere dallo Stato ancora di più. Io ho letto recentemente cosa ebbe a dire Tanassi a proposito della inopportunità della realizzazione immediata delle Regioni a Statuto normale. Guardate, espongo idee personali, sia ben chiaro. Tanassi ha affermato la inopportunità della realizzazione attuale delle Regioni a statuto normale, perché l'Italia non avrebbe ancora la compattezza sufficiente a questa esperienza. Aggiungo subito che considero assolutamente impru-

dente la costituzione delle autonomie regionali a statuto normale, se non correggiamo prima questa mentalità per cui le autonomie diventano strumenti per chiedere allo Stato sempre di più e per ottenere sempre maggiori vantaggi economici, quasi in una gara a chi più sa fare per avere. Quindi, signori, concludo questa parte, nella quale ho voluto soprattutto dare sfogo a un mio tormentato senso di responsabilità come pubblico amministratore, concludo questa parte dicendo: discrezione, prudenza, moderazione e anche coraggio nel rinunciare, se occorre, a qualche cosa, ma cooperare lealmente un po' alla volta all'effettivo sanamento delle finanze dello Stato, delle quali non abbiamo il diritto di lamentarci quando poi ci comportiamo continuando a contribuire anche noi all'aggravamento della situazione.

Ed ora passerei a un altro argomento: delle finanze dei comuni. Guardate, ah, non intendo qui rifare le altre melanconiche considerazioni che da tempo si ripetono a proposito del cattivo andamento della finanza degli enti locali. Ho visto che la commissione finanze se ne è occupata diffusamente. Gli argomenti di diagnosi e anche di terapia di questo fenomeno sono stati più volte dibattuti in questo Consiglio. Io riprendo il tema perché certe rilevazioni, certi studi che ho potuto fare, anche con la collaborazione dell'assessorato agli enti locali, mi persuadono che può essere giunto finalmente il momento per introdurre una novità nel nostro sistema bancario: la creazione di un apposito istituto di credito regionale per gli enti locali. È un'idea che più o meno abbiamo avuto in passato, un po' in nebulosa. In me l'idea ha finito col prendere corpo quando due anni fa in Consiglio regionale abbiamo dovuto constatare che l'onere del servizio interessi che le tesorerie, (in modo particolare le due

Casse di risparmio e gli altri istituti che esercitano l'attività di tesoreria per gli enti locali) incassano dagli enti locali che hanno bisogno di anticipazioni, ammonta complessivamente a più dell'importo che noi stanziamo in bilancio per i ripianamenti dei disavanzi economici degli enti locali stessi. Il che è veramente un assurdo. Ed allora io ebbi a dire, rivolgendomi alla Giunta: vedete un po' se questi istituti che esercitano l'attività di tesoriere, non potrebbero, all'interno dell'economia complessiva degli enti locali, esercitare una specie di funzione di stanza di compensazione, (il termine lo uso impropriamente, ma dà l'idea) e cioè mettere le giacenze di cassa che molti comuni hanno, a disposizione dei comuni che hanno bisogno di anticipazioni, senza che siano costretti a pagare interessi così rilevanti come sono quelli che vengono attualmente percepiti sulle anticipazioni. Mi si rispose allora, e la risposta era anche abbastanza ovvia e prevedibile, che evidentemente gli istituti che esercitano servizi di tesoreria, una proposta del genere non la accettano. Ma allora, mi son detto, perché non pensare a creare noi lo strumento che faccia questa funzione di mediazione tra le finanze comunali attive e le finanze comunali passive?

Ed ecco che io ho fatto condurre un'indagine intesa ad accertare: 1) l'ammontare delle anticipazioni in un anno considerato; 2) l'ammontare delle giacenze di cassa, per vedere se tra questi due dati c'era la possibilità di una integrazione. La possibilità c'è, signori. È risultato dalla rilevazione che le anticipazioni di cassa sono globamente inferiori alle disponibilità di cassa liquide, che si accumulano presso i tesoriere nell'anno finanziario. Bisognava anche vedere se corrispondevano i termini di durata delle rispettive operazioni, perché evidentemente se le giacenze di cassa dei comuni che

hanno disponibilità liquide avessero una durata media di due mesi e le anticipazioni di cassa che i comuni richiedono, avessero la durata di sei mesi, è evidente che l'operazione si incepperebbe. Orbene, una attenta rilevazione, spinta fino all'accertamento della durata media per mesi, entro l'arco di dodici mesi, delle giacenze e delle anticipazioni, ci ha fatto concludere che per fortuna le giacenze vengono ad avere mediamente una durata maggiore delle anticipazioni, per cui evidentemente potrebbero senz'altro essere utilizzate per effettuare le anticipazioni. In questo studio, signori, sono stati esclusi i bilanci dei comuni di Trento, Rovereto e Bolzano, perché questi grossi comuni possono costituire un problema a sè stante. Ma siccome abbiamo visto, dalla relazione che ci è stata distribuita in questi giorni, che nonostante la valida azione delle due Giunte provinciali di Trento e di Bolzano per il contenimento dei disavanzi economici dei bilanci e soprattutto per impedire che i comuni che chiedono interventi per il ripianamento dei loro disavanzi economici aumentino di numero, siccome abbiamo visto da questa relazione che nonostante questo valido sforzo, di cui dò atto volentieri alle Giunte provinciali, i Comuni dissestati continuano ad aumentare di numero (in provincia di Trento sono ormai il 50% dei comuni, e in provincia di Bolzano siamo arrivati a 45 comuni, mentre ricordo benissimo che nel 1950 non ne avevamo che uno, ed era il comune di Merano), allora io affermo che bisogna avere il coraggio di affrontare il problema un po' da tutti i lati. Uno di questi lati è, secondo me, la creazione del nuovo istituto che propongo. Già quanto ho detto può essere sufficiente a giustificare una iniziativa del genere. Ma va da sè che se di istituto di credito per gli enti locali si deve parlare, il suo campo

di azione nel tempo può venire di molto allargato e utilmente. Tenete presente che ente locale è la Regione, tenete presente che cosa vorrà dire poter mettere a disposizione di tutto il sistema degli Enti locali quel plafond stabile di disponibilità liquide, che la Regione ha. Ma una volta creato l'istituto, avverrebbe di esso ciò che avviene in genere di iniziative similari: strada facendo si allargano, si potenziano, si aprono altri orizzonti, altre possibilità utili di azione e di intervento. Guardate, io avrei così previsto la definizione statutaria dei compiti di un istituto del genere: questa raccolta delle disponibilità liquide, le operazioni di anticipazioni di cassa, poi l'autorizzazione all'emissione di obbligazioni, il che porterebbe alla possibilità di erogazione di mutui ai comuni, senza dubbio a condizioni migliori di quelle che possano essere praticate dai normali istituti di credito, anche perché l'Istituto regionale proposto non avrebbe bisogno di darsi una organizzazione molto complessa, avrebbe bisogno di una direzione centrale, non avrebbe bisogno di organizzazione periferica, non avrebbe bisogno di sportelli per la raccolta del risparmio. Avverrebbe di esso quello che avviene in campo nazionale per gli istituti specializzati. Potrebbe inoltre fare la raccolta dei depositi cauzionali, sono numerosissimi, potrebbe assumere le funzioni di tesoriere per gli Enti locali; direi meno quelle di esattore, perché si sa che l'attività esattoriale è molto più complessa e richiede un'organizzazione tecnica che non si può certo creare nel tempo breve. Potrebbe inoltre curare l'acquisto e la custodia dei titoli, per conto degli Enti locali e, ripeto, il finanziamento graduale alle opere pubbliche. Una volta posto in essere un organismo così vitale, capace di agire in un settore così importante per la vita locale, io sono convinto che avverrebbe di esso ciò che è avvenuto per il

nostro istituto di credito a medio e lungo termine, che, partito da origini relativamente modeste per quanto riguardava l'entità del capitale conferito, è arrivato, nel volgere degli anni, a svolgere una sua presenza attiva nel mondo economico, che è di grandissima rilevanza, quando pensiamo che il Mediocredito è a pressappoco 45-50 miliardi di operazioni già poste in essere fino ad ora.

Io affido con passione e con convinzione questo argomento alla Giunta regionale, perché voglia reconsiderarlo, vada se non è giusto il momento di passare dalle idee ai fatti.

Nella relazione programmatica del Presidente ho trovato anche l'accenno relativo alle finanziarie. La Giunta regionale, dice la relazione, conferma la sua intenzione di partecipare a società finanziarie di sviluppo economico e conta di poter eventualmente accendere un mutuo fino a 1 miliardo di lire per rendere possibili le iniziative. Ho poi visto che cosa ha detto la commissione alle finanze a questo riguardo, almeno per quanto si può apprendere dalla relativa relazione; la commissione finanze si è cioè espressa positivamente su questa iniziativa ed ha parlato di due società finanziarie, ciascuna a carattere provinciale. Io incomincio col chiedere, e il Presidente o l'assessore competente potranno anche non rispondermi, perché sono cose che potranno essere dette anche più avanti nel tempo; ma incomincio col chiedere: l'intenzione di « partecipare » a società finanziarie, « partecipare » o « promuovere »? Perché io sono convinto, signori, che se non si pensa a promuovere società di questo genere è inutile pensare a parteciparvi, perché nessuno le creerà. L'attività delle finanziarie, come è noto, è l'attività più difficile e più rischiosa che si possa pensare; gli istituti di credito locale certamente non si vorranno mettere su questa strada, perché sanno di do-

ver affrontare un settore di attività assai difficile, anche se utile. Quindi io esorterei la Giunta regionale, se possibile, a sostituire quel verbo « partecipare » con un altro, più penetrante, « promuovere ». Per quanto riguarda le due società finanziarie, secondo le due concezioni provinciali; sì, capisco, ci possono essere delle ragioni, che però francamente io non so individuare. Qui si tratta, signori miei, di pensare alla difesa di interessi generali, che devono essere comuni a tutti noi, e non ci devono dividere (chissà per quali ragioni). Dovunque sono sorte finanziarie che si siano poi rivelate vitali, sono sorte non solo a respiro regionale, ma interregionale; la possibilità di sopportare i rischi che negli interventi delle finanziarie sono all'ordine del giorno, nasce solo dalla possibilità di disporre di rilevanti mezzi e di avere per base una consistenza vasta, organica, forte. Se riduciamo l'iniziativa a dimensioni provinciali, secondo me, incominciamo già con l'adottare un criterio che non è conforme alle esperienze che in questo campo sono state fatte e si vanno facendo in altri territori del nostro Stato.

Per quanto riguarda quel miliardo da prendere a mutuo, capisco che una soluzione del genere può forse essere resa necessaria dalla mancanza di disponibilità di somma di questo genere; però vorrei che si prendesse coscienza che nessuna finanziaria potrà per una discreta serie di anni di avviamento, corrispondere interessi al capitale conferito. Potere prevedere 4-5 anni di gestione nei quali pretendere di ricavare un qualche cosa dall'investimento è mettersi in una posizione al di fuori della realtà. Ora, se un mutuo vi costa ad esempio l'8% e lo dovete mantenere infruttifero per 5 anni, vuol dire che al termine di questo periodo quel mutuo ha già perso il 40%

del suo valore. Se fosse possibile ricorrere a un altro metodo, la cosa sarebbe migliore. Ecco, queste sono le concezioni sulle quali richiamo l'attenzione della Giunta e che in ogni caso espongo, perché la Giunta ne tenga poi quel conto che crede. Deve essere chiaro che la finanziaria o le finanziarie devono sorgere come organizzazioni e strumenti di propulsione di attività produttive, valide sul piano economico. Ci si può ingannare nel giudizio della validità, ma il principio deve essere questo: tendere esclusivamente alla promozione di attività valide. Meglio naturalmente se alle operazioni economicamente valide possono sposarsi considerazioni di indole sociale; ma il dar vita o alimentazione, per considerazioni sociali, ad attività economicamente non efficienti, vuol dire distruggere ricchezza a tutto danno dell'economia e della società, in definitiva. Io poi non concepirei assolutamente una finanziaria in mano ad enti pubblici locali; essi devono avere una loro presenza nella finanziaria, perché è utile che gli enti pubblici locali possano seguire lo svolgimento dell'attività di questi strumenti, e possano anche vedere come utilizzarli; ma una finanziaria che fosse esclusivamente o prevalentemente in mano di enti pubblici locali assai difficilmente potrebbe operare secondo le leggi, purtroppo molto ferree, alle volte, dell'economia. Gli enti pubblici vi abbiano, ripeto, una loro presenza, ma il nerbo sia dato da altre forze finanziarie, raccolte dal sistema bancario o dal sistema produttivo privato. Certo è, prendiamone coscienza, che queste altre forze per aderire ad una iniziativa del genere vogliono sentirsi tranquille, ed esitano, — vedrete quanto esiteranno — perché temono che si amministrino con criteri politici. Questa è la realtà signori, quindi se volete che l'iniziativa parta, vedete di tener conto di questa mentalità.

Inoltre, agli operatori economici, ai quali l'idea potrà essere sottoposta per lo studio ed eventualmente per la concretazione, bisogna offrire un piano concreto di azione; se si parlerà genericamente di una finanziaria o di finanziarie, senza offrire contemporaneamente un piano minimo di azione valutabile nella sua validità e nella sua consistenza economica, la risposta sarà certamente negativa. Voi sapete che le finanziarie attuano partecipazioni e promuovono filiazioni di organismi normalmente sotto forma di società per azioni, per singole iniziative. C'è qualche idea concreta nell'una o nell'altra direzione? Del resto è evidente che l'adeguazione dei mezzi dipende naturalmente dall'entità delle iniziative in programma; 1 miliardo può voler dire qualche cosa, o voler dire anche poco. Ritengo che una finanziaria, per svolgere veramente una sua presenza attiva e incidente nella nostra economia, avrà bisogno di disporre di mezzi che vadano molto più su; il che non vuol dire che tutti detti mezzi debbano essere conferiti fin dall'inizio. Anzi sarei assolutamente contrario. Può non essere necessario che si tratti di mezzi immediatamente disponibili. Devono essere mezzi *assicurati* in partenza, ma conferiti soltanto mano a mano che lo esiga lo sviluppo dell'attività dell'azienda. In questi ultimi periodi, come non sarà certamente sfuggito alla Giunta, si sono andate un po' moltiplicando le finanziarie, e sarà certamente opportuno che quando, dalla enunciazione programmatica del Presidente si vorrà passare ad una attività concreta, si prenda contatto con le altre Regioni, — l'ultima finanziaria che abbiamo visto costituita è quella della Regione Friuli-Venezia Giulia —. Importanti, mi dicono, sono le esperienze della finanziaria che si è costituita in Piemonte; molto meno quelle della finanziaria che si è costituita nell'Italia centrale. Sarà opportuno prende-

re contatto con queste finanziarie per vedere che cosa insegnano le esperienze da loro fatte.

Ecco le considerazioni che ho creduto di voler esporre su questi temi. Concludo esprimendo di nuovo la mia soddisfazione per questo bilancio, che molto volentieri approverò.

PRESIDENTE: Sono iscritti a parlare ancora diversi consiglieri, tutti però con un tempo superiore alla mezz'ora o addirittura all'ora, per cui non è possibile proseguire adesso. Sono iscritti a parlare Mitolo, Ceccon, Jenny, Volgger, Corsini. Chi si iscrive ancora? Dobbiamo fare un po' di censimento degli interventi, anche per disciplinare l'ora, perché se rubiamo mezz'ora ad ogni seduta va a finire che non si conclude, quindi occorre che la Presidenza sia in grado di poter programmare gli interventi, anche nel tempo presunto da coloro che parleranno.

Io ho fatto distribuire adesso il programma per i lavori di questa settimana e della prossima, però al principio della prossima settimana faremo una riunione dei capigruppo per vedere quando vogliamo concludere l'esame del bilancio. Mercoledì faremo la riunione dei capigruppo e stabiliremo i tempi, sia della conclusione della discussione generale, — può darsi che sia già conclusa per allora —, sia della discussione articolata, perché a fine mese scade l'esercizio provvisorio. Quindi, se il bilancio non è approvato in tempo dobbiamo chiedere la proroga dell'esercizio provvisorio. Dopo pranzo il primo che parla è Jenny, poi il cons. Ceccon.

La seduta è sospesa e riprende alle ore 15.

(Ore 12.15)

(Ore 15.15)

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Jenny.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit zunehmender Enttäuschung und Bitterkeit verfolge ich die sich hier entwickelnde Diskussion über Südtirol, die ja bisher im Rahmen der Bilanzdebatte einen sehr breiten Raum eingenommen hat. Ich bin der Meinung, daß über das Südtirolproblem sehr wenige konkrete Meinungen vorgebracht worden sind, und daß man parteipolitische Aspekte in den Vordergrund geschoben und eigentlich sehr viele leere Phrasen gedroschen hat, ganz zu schweigen von den ordinären Schimpfkanonaden faschistischer Maulhelden und Rabauken. Viele Redner haben den Kern der Frage angedeutet, nur wenige haben es gewagt, über die vielen Vorurteile und Tabus zu sprechen, die eigentlich den Kern der Südtirolfrage umhüllen. Nun wären meiner Ansicht nach besonders wir Regionalräte berufen, Ordnung in die Gedanken zu bringen, aufzuklären, Vorschläge zu machen und nicht gaffende Zuschauer bei jenen Entscheidungen zu bleiben, die unser Schicksal und unser Leben in der Zukunft bestimmen sollen. Ich werde deshalb im Namen und im Auftrag meiner Partei, der Sozialen-Fortschritts-Partei Südtirols, versuchen, mit Tatsachen und nicht mit Worten zu argumentieren.

Ich kann dem Herrn Präsidenten Dalvit den Vorwurf nicht ersparen, daß gerade die Debatte über das Kernproblem der Region, über Südtirol, von ihm von vorneherein in sehr abwegige Bahnen geleitet worden ist. Was Sie da in diesen fünf Seiten gesagt haben, Herr Präsident, ist eigentlich sehr be-

scheiden. Es ist eine vollendete wortreiche Erklärung, aus der hervorgeht, daß Sie und die Regionalregierung zu diesem Problem nicht viel beitragen können oder beitragen wollen. Ist es möglich — frage ich mich —, daß der Präsident der Regionalregierung, daß die Regionalregierung selbst nicht mehr Einfluß in einer Angelegenheit hat, die die Region selbst betrifft? Ich habe letztes Jahr, glaube ich, Ihren Vorgänger, Abg. Odorizzi, als den Totengräber der Autonomie Südtirols bezeichnet und ich bin heute noch der Meinung, daß er das mit einem gewissen System und einer gewissen Kohärenz betrieben hat, wobei er vielleicht nicht der einzige ist. Aber was machen Sie, was macht die jetzige Regionalregierung in dieser Angelegenheit? Nach meiner Ansicht wenig, und das Wenige macht sie in konfuser, unkoordinierter Form. Sie sprechen von einer « coerenza costante », aber ich sehe nichts davon in den Taten, in jenen wesentlichen Entscheidungen, die die Regionalregierung auch in dieser Frage treffen sollte. Ist es nicht seltsam, daß in einem Moment, in dem die Zentralregierung in Rom praktisch über das Schicksal der Region bestimmt und man eigentlich, Herr Präsident, in Rom an Ihrem Stuhl säßt, daß Sie da keine anderen Argumente vorbringen als ein Achselzucken, ein Zur-Kenntnis-Nehmen, daß die Dinge eben so gehen wie sie gehen müssen, ohne daß sich die Regionalregierung irgendwie aktiv beteiligt. Man möchte sagen, Sie nehmen von einer Operation Kenntnis, die an Ihrem Leibe vollbracht wird, ohne sich da aktiv einzuschalten. Sie wissen, ich bin kein großer Verteidiger der Region und ich werde die Gründe hierfür auch in meinen weiteren Ausführungen noch genauer dokumentieren. Ich sehe in der Region eine gewisse Gefahr für uns Südtiroler, die immer augenscheinlicher wird. Was bedeutet das, wenn man in Rom

die Zuständigkeit, die Autonomie dieser bestehenden Region so entwertet? Bedeutet das nicht, daß, wenn man schon die Trentiner, die immerhin maßgebend in der Regierungspartei vertreten sind, jetzt in diesen Entscheidungen, die unsere Angelegenheiten betreffen, so wenig in Betracht zieht, dies in noch viel stärkerem Maße zutreffen wird, wenn es darum geht, die autonomen Befugnisse Südtirols zu verteidigen? Und ich möchte dazu noch sagen: Niemand hat bisher in dieser Debatte scharf und klar die Verantwortung der Zentralregierung hervorgehoben. Wir streiten uns untereinander, wir erheben Polemiken, aber wir sind nicht imstande, dieser Zentralregierung klare, entschiedene Vorwürfe und auch klare entschiedene Alternativen zu bieten. Sie spechen hier von einer « disponibilità ad ogni soluzione ». Ich empfinde das geradezu als Hohn. Denn eine Region kann nicht, wenn sie effektiv eine gewisse Kohärenz, eine gewisse Stärke hat, wenn sie ein anerkannter Organismus des Staates ist, « disponibile ad ogni soluzione » sein. Das gibt es nicht, denn wir sind nicht ein Diskutierklub, sondern eine gesetzgebende Körperschaft, welche den Willen der hier lebenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt und überall vertreten muß. Deshalb erhebe ich — obwohl ich kritisch die ganze Rolle der Region noch beleuchten möchte — den Anspruch und fordere, daß dieser Wille der Region in der Zentralregierung, in den entscheidenden Organismen vertreten und gesagt werden muß. Und, Herr Präsident Dalvit, Sie sind der berufene Sprecher, Sie sind derjenige, der dieses zur Kenntnis nehmen muß und durchführen soll! Auch wenn Sie und die Regionalregierung der Meinung sein sollten, daß Sie keinen Einfluß auf die Entscheidungen hätten, die die Zentralregierung in Sachen Südtirol trifft, daß Sie also nicht imstande wären, sich durchzu-

setzen, so müßten Sie trotzdem mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Ihre Stimme erheben und müßten ankämpfen und die Stimme des Protestes und der Mißbilligung über eine Entwicklung kundtun, in der scheinbar die Region vollkommen ignoriert wird. Wenn Sie mir entgegenhalten, daß man uns nicht hören will, dann entbindet uns das nicht von der Verantwortung, das zu sagen, was wir von unseren eigenen Dingen halten, wie wir uns die Lösungen vorstellen und was wir dazu vorzubringen haben. Warum geschieht das nicht? Ich glaube, Sie haben im Herbst einmal etwas angedeutet und einen privaten Brief vorgelesen. Ist das alles, was zwischen Rom und der Regionalregierung geschehen ist? Das ist zu wenig! Das ist kein Erheben der Stimme unserer Bevölkerung! Das können wir nicht akzeptieren! Ich frage mich: Wenn Sie mit denselben Worten und Phrasen, die hier geschrieben sind, die Behauptung aufstellen, die gesamte Region zu vertreten, so wird das gerade durch Ihre Haltung und die Haltung des Ausschusses in dieser Frage vollkommen in Abrede gestellt und praktisch in ganz eklatanter Form dementiert. Aber offenbar glauben Sie schon nicht mehr an diese Fiktion der einheitlichen Region. Denn gerade diese Fiktion, das wissen wir alle, und die Art, in der diese Fiktion aufrechterhalten worden ist — und das ist eine der präzisen Anklagen, die meine Partei erhebt —, hat ja gerade die Beziehungen zwischen den beiden Provinzen seit dem Jahre 1948 in zunehmenden Maße vergiftet und ist im wesentlichen schuld am Auseinanderleben der hier lebenden Bevölkerungen. Ich habe es schon einmal gesagt, aber ich möchte es wiederholen: sicherlich hat Herr Degasperi diese Lösung nicht, wie manchmal behauptet wird, aus « malafede » vorgeschlagen und gefunden. Vielleicht hat er gehofft oder geglaubt, dadurch die nationalen Gegen-

sätze, die in dieser Region existieren — und zwar nicht erst seit 1918, sondern schon vorher — zu entschärfen und damit eine europäische Lösung vorwegzunehmen. Ich sage « vielleicht », denn wenn er jemals daran geglaubt haben sollte, so ist seine Idee und sein Traum zerschlagen worden und zwar von denjenigen, die dieser Idee zum Durchbruch hätten verhelfen sollen, nämlich von Ihrer Partei, Herr Präsident, von der DC. Sicherlich kann man darauf hinweisen, daß auch auf Südtiroler Seite Kräfte interessiert waren und interessiert sind, diese bestehenden Gegensätze auszuspielen. Aber der Vorwurf trifft in erster Linie diejenigen, die praktisch seit der Gründung dieser Einheitsregion alle Hebel und Mittel in der Hand gehabt haben, um die Politik dieser Region zu bestimmen und nach unserer Ansicht, d.h. der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols diese Mittel selten oder überhaupt nicht für eine echte Partnerschaft von Trentinern und Südtirolern gebraucht, sondern im Sinne einer einseitigen Beherrschung des schwächeren Partners mißbraucht haben. Man kann natürlich Politik verschieden auffassen. Man kann sie auffassen als Realisierung großer Aufgaben, als Verfolgung großer Ziele; man kann sie auch auffassen als Kampfmöglichkeit um lokale Machtpositionen, als den Ausbau einer gewissen Vorzugsstellung; man kann sie betrachten als das Verfolgen rein parteipolitischer, kirchentumspolitischer Ziele, als eine Art kleiner « sacro egoismo ». Nun, wir stellen fest, daß seit zwanzig Jahren dieser Weg besonders von der DC gegangen worden ist gegen jede Vernunft, aber auch, was für uns sehr schwerwiegend ist, gegen jede historische Perspektive und Rechtfertigung. Sie selber und wir alle wissen, daß es sicherlich nicht leicht ist, eine starke völkische Minderheit, die bis zum Jahre 1945 einem maximalen Druck und einem intensiven

Assimilierungsprozeß ausgesetzt war, wieder zurückzugewinnen; eine Minderheit, die man damals bewußt in den Zustand der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedeutungslosigkeit hinunterstoßen wollte, nunmehr in den Staat einzubauen, der sie bisher so behandelt hatte. Ich glaube, dies sind Dinge, die hier von grundsätzlicher Bedeutung sind. Es wäre eine große, historische Aufgabe gewesen, den Graben des Mißtrauens aufzufüllen und diese Minderheit in ihrer demokratischen Entwicklung zu fördern, zu unterstützen, ihr die Glaubwürdigkeit der Institutionen wieder zu vermitteln.

Ich kann nicht umhin zu betonen, daß das die Aufgabe der Trentiner gewesen wäre, die ja diese Dinge gekannt haben. Sie, die fast 600 Jahre lang im Habsburger Staat, in einem multinationalen Staat gelebt haben, wußten sehr gut, wie die Dinge liegen oder lagen und wie die nationalen Gegensätze in dieser Zeit entstanden sind, wie sie auch entschärft werden könnten, wie man ein Vertrauen des andern Partners gewinnen kann. Sie allein wären meiner Ansicht nach berufen gewesen, denn, wie gesagt, der Nachbar weiß über die Dinge des Nachbarn besser Bescheid, und in diesem Falle hätten die Trentiner besser als alle übrigen Italiener über die Entwicklung Tirols — jenes Tirols, das einmal von Kufstein bis Borghetto ging — Bescheid gewußt. Ich wünschte manchmal — glauben Sie mir, daß das nicht eine akademische leere Phrase ist —, daß so mancher Regionalabgeordnete den Weg zum « Museo del risorgimento » finden möge, um sich über die Dinge zu informieren, die sich in der Vergangenheit getan haben. Denn ich glaube und ich denke, daß aus den Erkenntnissen der Geschichte und der Vergangenheit wertvolle Hinweise für die Behandlung der Zukunft und

auch der Gegenwart gewonnen werden könnten. Es sind nicht nur alte Geschichten, wie es so oft gesagt wird, sondern in diesen alten Geschichten spiegeln sich immer wieder die Beziehungen wider, die die Trentiner und Südtiroler verbunden haben, ihre Antagonismen, wie auch ihre Gemeinsamkeiten.

Gestatten Sie, daß ich ganz kurz in diesen Rahmen auch etwas Aktuelles hineinfüge: Erst letztes Jahr hat man, besonders in Trient, und auch bei uns hier eines großen italienischen Patrioten des Trentino gedacht: Cesare Battisti. Ich möchte es gleich vorwegsagen, es soll nicht die Figur Battisti erhalten, um hier polemische Aussagen zu untermauern; das liegt mir absolut fern und das wäre eine Entwertung seiner Person. Aber wenn man — und ich habe gerade in diesen Tagen ein interessantes Buch gelesen, das ein bekannter österreichischer Journalist, Klaus Gatterer, über Cesare Battisti geschrieben hat — das Leben dieses Mannes betrachtet, so findet man darin so viele aktuelle und nützliche Erkenntnisse, wenn auch nicht gerade für die jetzige Gegenwart, aber immerhin für das Verständnis der Gegensätze, die sich zwischen Trentinern und Südtirolern ergeben haben. Es ist ja nur der Irredentist Battisti, der den großen Massen bekannt ist; es wird auch nur für den Irredentisten und den Märtyrer Battisti die Trommel geschlagen. Aber ich glaube, die italienischen Sozialisten, die Trentiner Sozialisten werden es sicherlich besser wissen als ich, daß Battisti ja derjenige war und mit ihm seine Partei, die Sozialistische Partei des Trentino, die die Autonomiefrage des Trentino am entschiedensten und zum ersten Mal in die Debatte geworfen haben. Es war der Autonomist Battisti, der in unzähligen Reden, in seinen konkreten Initiativen immer wieder die Forderung auf eine echte Autonomie des Trentino erhoben hat. Seine Partei

war es, die gegen den Willen der Trentiner Bourgeoisie, und des Adels, diese Forderung überall und stets vertreten hat. Ich kann noch kurz daran erinnern, daß im September 1897 — ich habe es aus diesem Buch entnommen — der erste Kongreß der Trentiner Sozialisten auf lokaler Ebene jene Prinzipien verkündet hat, die zwei Jahre später das Brünner Programm der österreichischen Sozialisten bestätigen sollten. Was haben diese damals gefordert: Unter anderm die Umwandlung Österreichs, dieses multinationalen Staates, in eine demokratische Nation, in einen Bundesstaat; sie haben die Abschaffung jedes nationalen Vorrechtes verlangt usw. Sprecher waren besonders Cesare Battisti und sein Kampfgenosse Antonio Buchez. Am 11.10.1899 hat Cesare Battisti folgendes in Trient ausgesprochen: « Im nahen Tirol sitzt eine herrische Bourgeoisie, welche die italienische Sprache in den äußeren Gebirgsgegenden unserer Region bedroht. Überdies verhindert sie jede wirtschaftliche Entwicklung im Trentino, indem sie uns wie Säuglinge bevormundet, die verwaltemäßige Unabhängigkeit verweigert und hohen Zoll an Geld und Blut abfordert. » Er hat damals kein großes Echo gefunden. Sie wissen, die konservativen Parteien haben alles getan, um diese Autonomiebestrebung der Sozialistischen Partei des Trentino zu unterdrücken und hintanzuhalten. Im selben Geiste — ich sage dies nur und ich will es unterstreichen — führte Battisti den Kampf um die echte kulturelle Freiheit der Trentiner. Seine großen Bemühungen waren die Durchsetzung und die Errichtung einer italienischen Universität in Triest, Kämpfe, die ihn zum ersten Mal seinerzeit mit Degasperi zusammengeführt hatten, der sich allerdings in dieser Frage nicht engagierte. Und Sie wissen, daß es der sturen Kurzsichtigkeit sogenannter deutsch-nationaler Krei-

se und konservativer Kreise zu verdanken ist, daß die parallelen Lehrstühle in Innsbruck des Jahres 1901 scheiterten. Studentenkrawalle verhinderten die italienischen Professoren daran, diese Parallelstühle einzunehmen. Und weiter glaubten die Tiroler Landesregierung damals und die Zentralregierung in Wien, mit kleinlichen, falschen und unechten Konzessionen der Behandlung des Problems zu entgehen. Sie wissen, ich möchte das nicht irgendwie polemisch in die Waagschale werfen, aber es ist wesentlich zu unterstreichen, was Cesare Battisti noch im Jahre 1912 gesagt hat: « In der Autonomiefrage vertraue ich auf die Aktion der Volksvertreter. Meine Ansicht wird durch die Tatsache bestärkt, daß nicht im Bürgertum, sondern im deutschen Proletariat die aufrichtigen Verfechter der Autonomie des Trentino zu finden sind. Die Frage der Autonomie des Trentino wird nie » ad acta.« gelegt werden. » Und weiter sagt er in der Sitzung vom 6. November 1913 im Tiroler Landtag in Innsbruck: « Nur eine autonome Verwaltung wird das Trentino wirtschaftlich heben und den nationalen Streitigkeiten ein Ende setzen. » Ich möchte diesen Satz betonen, ich werde ihn später noch einmal gebrauchen. « Das wird nicht nur zum Nutzen des Trentino und Tirols gereichen, sondern zum Nutzen des ganzen Staates. » Und noch später — das war am 26. Juli 1912, zwei Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges — hat er ebenfalls im Tiroler Landtag folgendes gesagt: « Wir Sozialisten, mein Kollege Abram und ich, haben hier nicht von Tschechen und Deutschen geredet, sondern von Tirol und dem Trentino, zwei Gebieten, die sich leicht trennen lassen, weil der von der Natur der italienischen Bevölkerung zugeteilte Boden klar von jenem der deutschen Bevölkerung geschieden ist. Unser Problem ist unter den vielen nationalen Fragen

Österreichs das am leichtesten zu lösende. » Ich habe diese Zitate hier gebracht, um zu zeigen — und das wird die italienischen Sozialisten « ich werde später auch in der Behandlung ihrer Einstellung noch darauf zurückkommen) sicherlich interessieren —, daß dieser Mann mehr war als Irredentist, was ja nur die spätere Folgerung, möchte ich sagen, einer Verneinung war, zu der er sich bekannt und wofür er mit seinem Leben bezahlt hat. Ich bin mir natürlich im klaren, daß die Geschichte in den letzten 50 Jahren weitergegangen ist, daß sich neue politische Konstellationen gebildet haben, daß auch in unserem Gebiet bevölkerungspolitisch manches geschehen ist — aber sicherlich sind die Erkenntnisse, die damals Battisti hinsichtlich der nationalen Gegensätze im Trentino-Südtirol, im sogenannten gemeinsamen Tirol zwischen Trentinern und Südtirolern oder Tirolern im allgemeinen gewonnen hat, auch heute noch in vieler Hinsicht gültig, und man sollte sich doch daran erinnern, wenn man sich mit diesen Problemen befaßt. Diese Erkenntnisse zeigen uns, daß ein echtes Zusammenleben verschiedener Volksgruppen, wie wir es alle wünschen — man soll ja nicht versuchen, mir eine Anti-Trentiner-Stimmung zu unterschieben; ich würde mich entschiedenst dagegen wehren — möglich ist. Aber gerade diese Worte, dieser Kampf, den die Sozialistische Partei des Trentino geführt hat, zeigen uns, daß dieses Zusammenleben nur möglich ist, wenn größte gegenseitige Toleranz, Freizügigkeit und eine echte Selbstverwaltung der verschiedenen Volksgruppen gegeben ist. Aber, wenn wir objektiv sind — und jetzt kommt eigentlich die entscheidende Frage —, hat sich die Zentralregierung in Rom, und ich fürchte auch die Region, diesen Erkenntnissen durchwegs verschlossen. Man hat, wenn man objektiv ist

und auch unvoreingenommen die Dinge betrachtet, immer mit Mißtrauen, mit einer gewissen Arglist und mit « furberia » die Autonomiebestrebungen der Südtiroler abzulenken, abzufangen und zu verfälschen versucht. Wäre es nicht möglich gewesen im Jahre 1948, die Verbrechen, die der faschistische Staat an den Südtirolern begangen hat, durch eine großzügige Autonomie der Südtiroler auszugleichen? Wäre es nicht möglich gewesen, aus den Landtagsreden Battisti's Erkenntnisse zu entnehmen, um den Südtirolern aus dem wirtschaftlichen und sozialen Rückstand herauszuhelfen? Ich fürchte, besonders in Rom hat man das nie erkannt und nie gewollt, und ich glaube, auch die Region hat das niemals ernstlich verfolgt. Man hat sogar im Gegenteil vieles getan, um eine gutgläubige und sicherlich anständige Führerschicht der Südtiroler auszuschalten, um den Gegner zu bekommen, den man braucht, um die eigene Politik zu rechtfertigen. Es sind Dinge von gestern und ich kann z.B. daran erinnern, wie man mit dem Perassi-Brief und dergleichen umgegangen ist, wie man also einen von durchaus nicht extremistischen Südtirolern gegebenen Vertrauensvorschuß mißbraucht hat. Ich finde — und das ist eine traurige und schmerzliche Erkenntnis, glauben Sie es mir —, daß man heute noch, besonders in Rom, die Südtirolpolitik der italienischen Regierungen mit jenem etwas stupiden, aber durchaus echten Zitat kennzeichnen muß, das einmal — ich kann mich gar nicht mehr erinnern, wer es war; das ist auch uninteressant — ein kleiner Mann, ein Politiker, zynisch ausgesprochen hat: « Sorridere e tener duro ». Man hat allerlei Ausflüchte und Sprachregelungen gefunden und hat in den vergangenen zwanzig Jahren stets das betrieben, was man eigentlich als Symptomkur bezeichnen könnte. Man hat nie die Krankheit richtig beurteilt;

man hat nur versucht, sie einzuschläfern, und mit Teilkonzessionen, die man gerne wieder zurücknehmen wollte und es auch getan hat, wieder die ganze Sache zu verdrehen. Und ich muß das zitieren, was Klaus Gatterer erst kürzlich in einem sehr interessanten Artikel vom 1. März 1967 gesagt hat: « Die Geschichte gerade Tirols und des Trentino hätte Beispiele parat, die lehren könnten, daß die Einschläferung, so groß die Dosen an Konzessionen auch sein mögen, stets nur auf mehr oder minder lange Zeitabstände erfolgen kann. » Er hat auch ein Zitat von Ernesto Battisti hinzugefügt, das ich mir für später aufhebe. Und sehen Sie, all dies sind Symptomkuren. Das ist ja die Frage, die uns beschäftigen muß, weil sie unser Leben und unsere Existenz in entscheidendem Maße beeinflusst, und da gebe ich den Trentinern das volle Mitspracherecht, im Gegensatz zu dem was manchmal Dr. Volgger von der SVP gesagt hat. Das muß uns doch irgendwie interessieren. Wir müssen uns fragen: Was geschieht? Was tun wir? Was können wir machen? Wie gestalten wir das Ganze? Sie wissen, ich brauche es gar nicht so ausführlich zu wiederholen, daß diese Symptomkur in einer Menge von vor allem Sprachregelungen bestanden hat. Es ist immer wichtig, daß man die Sache sprachlich so gestaltet, daß sie einem paßt. Man hat gesagt: Es ist alles sehr gut, die Südtiroler sind mit der Autonomie zufrieden, es ist nur die Agitation einzelner, das Ganze wird nur von außen hereingetragen, der Pariser Vertrag ist erfüllt, usw. usf. Wenn Sie die Realität heute betrachten — und ich glaube, jeder von uns, ob er in Trient lebt oder in Bozen, ist imstande das zu tun —, wird erkennen, das diese ganzen Sprachregelungen keine Lösung sondern höchstens eine Verschlechterung gebracht haben. Und heute stehen dieselben

Leute, die falsche Konzepte und Sprachregelungen gebracht haben, vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Und wieder will man mit « furberie » die Wahrheit übertölpeln und die Realität übersehen. Manchmal kommt es mir vor, als würden verschiedene Doktoren am Bett eines Patienten stehen, die sich weder über die Diagnose noch über die Behandlung im klaren sind. Die Diagnose wollen sie nicht sehen, die Behandlung wollen sie nicht durchführen. Aber jetzt kommt ihnen die glänzende Idee: Der Patient hat Fieber, wir schreiben aber das Fieber nicht mehr auf die Fiebertabelle. Vielleicht überzeugt sich auch der Patient selber, daß es ihm zunehmend besser geht. Und das sind die Methoden, die man hier laufend betreibt: das Ignorieren, in der steten Hoffnung, daß diese maliziöse Schlaueheit die Krankheit überwinden könnte. Aber Sie wissen, daß der Patient selbst nicht von der eigenartigen Behandlung überzeugt ist. Allerdings werden Sie mir entgegenhalten: Nun, es sind ja Wundermedizinen da . . . ! Diese Wundermedizinen kleidet man in das sehr spannende Wort « Paket ». Ich persönlich muß sagen, daß ich den Ausdruck « Paket » hasse. Was heißt Paket? Es ist kein Weihnachtspaket, es ist überhaupt kein Paket. Es wäre viel gescheiter, man würde von Kompetenzübertragungen sprechen. Paket erinnert so an Dinge, für die man danken muß, für die man sich, möchte ich sagen, besonders verbunden fühlen muß . . .

Unterbrechung

JENNY (S.F.P.): Ich habe gesagt, daß der Ausdruck « Paket » mich nicht sehr erfreut. Das klingt nach Geschenken — aber ich sehe darin keine Geschenke. Man bräuchte gar nicht von Paketen zu sprechen, meine Herren vom

Regionalrat, weil diese ganzen Geschenke oder diese korrekten Übertragungen schon vor vielen Jahrzehnten geschehen hätten sollen, ganz einfach durch das berühmte Gesetz 1322 vom 26. November 1920, ein königliches Gesetz, wo der Art. 4 sagt: « Il Governo del Re è autorizzato a pubblicare nei territori annessi lo Statuto e le altre leggi del Regno e ad emanare le disposizioni necessarie per coordinarle con la legislazione vigente in quei territori ed in particolare con le loro autonomie provinciali e comunali. » Bitte, das ist 1920 schon gewesen. Wenn man heute noch das, was vor 46 Jahren schon ausdrücklich gesagt worden ist, als ein Weihnachtspaket oder Osterpaket, « Osterei » würde ich es maliziös nennen, ein Überraschungsosterei, bezeichnet, so entgeht man damit einer realistischen Betrachtung der Lage. Ich sage nun, man vertraut auf dieses Wundermittel. Und nun glaubt man, daß man die große, endgültige Lösung bekommen habe. Und nachdem dieses Wort « endgültig » immer wieder von einer bestimmten Seite betont wird, so erfüllt es mich auch rein als denkenden Menschen mit einem großen Mißtrauen. Was heißt « endgültige Lösung »? Wann gibt es die endgültige Lösung des Südtirolproblems? Da bin ich mit dem Herrn Präsidenten Dalvit vollkommen konform. Es gibt nicht die Lösung des Südtirolproblems — das hat er ja gesagt. Es gibt noch weniger die endgültige Lösung des Problems, weil jeder lebende Organismus ja nicht nach fixen Normen in seiner Entwicklung beschränkt werden kann. Und da eine organisch lebende Masse da ist, kann man nicht von endgültigen Lösungen sprechen. Aber es kommt mir bei dieser Sprachregelung der Verdacht, daß man da wiederum zum Trick der Fieberkurve greifen und einfach das Ende der Krankheit dekretieren möchte. Aber man pocht und redet von diesen endgültigen Ent-

scheidungen und ich frage mich und es fragen sich viele Südtiroler, ob man da nicht wieder einen Advokaten-trick bereit hat, um die Dinge wieder auf ein bestimmtes Geleise zu schieben. Wer nur auf Umwegen dieses sogenannte «Paket» kennt, weiß wie kompliziert, umständlich und fallenreich beinahe — auch für einen ganz unvoreingenommenen und durchaus ehrlichen Interpreten — dieses Paket ist. Ich glaube nicht, daß da auf Grund des Paketes von einer echten Autonomie für Südtirol gesprochen werden kann. Mir kommt es so vor, als wollte man wohl den Karren etwas flottmachen, aber gleichzeitig schmiedet man schon lange Stangen, in die Speichen des Karrens zu schieben, um ihn nach Wunsch prompt und jederzeit blockieren zu können. Was ist zum Beispiel — sagen wir es ganz offen hier, und ich finde es selbstverständlich, daß wir darüber reden — das verkappte Vetorecht in der Bilanz wert, das hier der neuen Autonomie zugeteilt werden soll? Sie wissen, wir behandeln unsere Bilanz sowieso schon mit Verspätung. Sie wissen daß mit diesem Vetorecht jegliches Kapitel angefochten werden kann. Jetzt stellen Sie sich vor, was da passiert! Wir werden im Jahre 1970 die Bilanz vom Jahr 1969 durch-exerzieren, weil es zwischen Einsprüchen der Minderheit und der Tätigkeit des sogenannten lokalen Verwaltungsgerichtshofes nie dazu kommen wird, daß diese Bilanz endlich angenommen werden kann. Und ich frage mich, was wird schließlich nach diesen endlosen Debatten, nach diesen endlosen Diskussionen geschehen? Da wird wahrscheinlich wie üblich der Innenminister als « deus ex machina » diese Bilanz genehmigen müssen. Es wird nichts anderes übrigbleiben; es ist, wie der Sozialist Ballardini es richtigerweise stets bezeichnet hat, eine « burletta » der Autonomie. Aber sehen Sie, das ist nur ein Teil der Voraussichten. Wir

könnten noch über die verschiedenen Punkte ausführlich und lange debattieren, kommen aber immer zum Schluß, daß das ganze so umständlich, so schwierig ist, daß es immer wieder zu neuen Kontroversen, zu neuen Debatten kommen muß, zu einer unendlichen Serie von dann letzten Endes auf nationaler Ebene geführten Auseinandersetzungen. Daß so etwas für ein demokratisches Zusammenleben verschiedener Volksgruppen nicht nützlich ist, das werden Sie hoffentlich zugeben. Ich frage mich dann: Was muß man als Regionalrat tun? Am besten, man kümmert sich gar nicht so sehr um das Zustandekommen einer politischen Mehrheit, sondern man fragt gleich die zuständige Kommission, wie sie eigentlich zu dieser Sache stehen wird. Dabei kürzt man die Demokratie ab, man vereinfacht sie ja, man weiß ungefähr, was sich dann abspielt. Und sehen Sie, dasselbe frage ich mich hinsichtlich des Prinzips der internationalen Verankerung. Man wird mir einwenden, es handle sich um Souveränitätsfragen; man wird also viele Dinge hervorheben, die bestimmt einen gewissen konkreten Wert haben. Aber man will doch nicht an der Fiktion weiterhin festhalten, daß das ganze ein inneritalienisches Problem sei, nachdem man erst bereit war, dieses Problem zu diskutieren, nachdem Österreich auf Grund außenpolitischer Verträge, die zum italienischen Friedensvertrag gehören, die Frage aufgerollt hat. Und Sie wissen, daß diese Fiktion heute noch vertreten wird, denn am 21. Februar ist in Wien eine Note der italienischen Regierung eingetroffen, in der die italienische Regierung drei Punkte präzise hervorhebt:

1. Der Gruber-Degasperi-Vertrag ist restlos erfüllt.
2. Das Paket ist eine Draufgabe hat mit dem

Gruber-Degasperi-Vertrag nichts zu tun).

3. Österreich soll auf die Dauer das Mandat aberkannt werden, sich weiterhin einzumischen.

Wenn Sie nun das lesen, sagen Sie mir, welcher Südtiroler zur Frage des Pakets noch Vertrauen haben soll! Sie wissen genau, daß damit alle Kompetenzen, die das Paket betreffen, nirgends mehr eingeklagt werden können. Und Sie wissen, daß das ja gar nicht so schlimm wäre; man könnte auch sagen: « Mein Gott, seien Sie doch nicht so kleinlich, seien Sie doch nicht so mißtrauisch! » Aber wenn jemand die Erfahrung der Vergangenheit kennt — und da brauche ich die Rede Ballardini's vom 12. Oktober 1960 über die Nichtdurchführung der Autonomie gar nicht mehr zu zitieren —, kann man diese Note, diese Einstellung der Zentralregierung nur mit Verwunderung, ja ich möchte sagen, wenn man ein Objekt dieser Angelegenheit ist, nur mit Schrecken zur Kenntnis nehmen. Aber man könnte noch einmal sagen: « Bitte, seien Sie doch nicht so kleinlich, Herr Jenny und Ihr Südtiroler! Geben Sie uns doch einen Vertrauensvorschuß! » Aber wie soll man politisch Vertrauensvorschüsse geben, wenn sie bisher nicht gerechtfertigt waren? Sehen Sie, man sollte — und das wird jedem von Ihnen so gehen — vielleicht auch ein bißchen den Geist betrachten, in welchem diese Verträge geschlossen werden sollen. Und da greife ich nur eines der untergeordneteren Probleme heraus, das allerdings eine gewisse politische Bedeutung hat: Sie wissen, daß die Zentralregierung in Rom in der Antwort an die Südtiroler Volkspartei unmißverständlich erklärt hat, daß an eine Möglichkeit, ausländische Fernsehsendungen zu empfangen, nicht gedacht wird. Man wird — dies steht wörtlich drinnen — weiter-

hin den aus Rom kommenden sogenannten « deutschen Probefernsehbetrieb » ausbauen « con la collaborazione di elementi locali ». Eine wunderschöne Angelegenheit — wobei man nie weiß, sind diese « elementi locali » die Amtsdienner, Portiere, oder diejenigen, die an den Sendungen teilnehmen. Sie werden sagen: « Ja, so wichtig ist das doch nicht. » Und ich sage: er ist sehr wichtig! Denn es offenbart sich in diesem einen Punkt eine Mentalität, die uns erschrecken muß. Ich habe selbst im Rundfunk lange Jahre in einer rein medizinischen Sendung mitgearbeitet und ich weiß, was die « collaborazione di elementi locali » bedeutet: sie haben überhaupt kein Mitspracherecht, sie sind nur Angeworbene. Aber in dieser Einstellung zum Fernsehproblem zeigt sich deutlich die Absicht, daß man nichts dulden will, was zur selbstverständlichen kulturellen und normalen Mitbeteiligung der Südtiroler an einem deutschsprachigen Raum förderlich sein könnte, daß man alles das unterbinden will, was zu einem kulturellen Austausch führen könnte. Und diese kleine — Sie werden vielleicht sagen « kleinliche » — Bemerkung, die ich mache, entwertet für mich weiß Gott wie viele Konzessionen, die in diesem Paket versprochen werden. Ich wiederhole noch einmal, daß in dieser Rundfunk- und Fernseheinstellung etwas zum Ausdruck kommt, was wir längst als überwunden geglaubt haben. Ich kann es noch präziser behaupten: Ich weiß, daß z.B. am Helm — das ist der Berg an der Grenze zwischen Österreich und Italien — die Österreicher eine Relaisstation errichtet haben, um Osttirol mit den österreichischen Fernsehsendungen zu versorgen, und daß man von italienischer Seite alles tut, um die Sendungen abzuschirmen! Ich habe ganz offen gesagt, wollte man in dieser Überlegung konsequent sein, müßte

man auch die Einfuhr deutscher Zeitungen oder das Abhören deutscher Rundfunksendungen beinahe unter Strafe stellen; das wäre die Einstellung, die man in solchen Fragen einnehmen müßte, wenn diese Leute den Mut hätten, wirklich zu sagen, was sie meinen.

Ich will jetzt noch kurz etwas streifen, was die Südtiroler Frage einbezieht. Diese ganze Entwicklung wäre vielleicht nicht so weit gekommen, wäre nicht in diese gefährlichen Bahnen hineingeschlittert, wenn die Führungskrise der SVP nicht offenbar wäre. Sie wissen, daß die Führungsschicht der SVP, die heute die Geschäfte führt, mit der Parole der echten Autonomie, der unmißverständlichen echten Autonomie ans Ruder gekommen ist. Aber Sie wissen auch, daß man leider — das wissen die Trentiner Mitglieder des Regionalausschusses am besten — diese Parole so oft vergessen oder verraten hat. Sie wissen, daß heute der Auszug der Südtiroler aus der Regionalregierung leider nur mehr ein Scheinauszug geworden ist, denn — und das weiß der Herr Präsident Dalvit — heute geschieht « de facto » ja nichts, was von der SVP nicht gewollt wird. Aber dies schafft wieder der SVP-Führung enorme Schwierigkeiten, weil, während sie glaubhaft machen muß, daß sie hier den Kampf maximal für die Forderung der echten Autonomie weiterführt, sie in Trient laufend Konzessionen machen muß. Und diese Konzessionen sind um so schwerwiegender und um so dramatischer geworden, seitdem Oppositionsparteien unter den Südtirolern aufgetreten sind. Und in dem Maße, in dem der Monopolanspruch auch nur eine Fiktion wird, muß sich die Führungsschicht, — wobei ich unterscheide zwischen Führungsschicht und dem sogenannten Parteifußvolk —, zumindest ein Teil dieser Führungsschicht, um so stärker an diese Krücken, die ihr besonders die DC

in letzter Zeit immer häufiger bietet, anlehnen. Aber das muß honoriert werden, auch in der Politik gibt es keine Geschenke. Und die Pakete müssen einen mit Mißtrauen erfüllen. Die DC glaubt, daß sie sich damit einen Einfluß auf die Südtiroler Geschäfte erkaufen kann, sie glaubt, daß sie damit eine Abhängigkeit der Südtiroler von ihr erreichen wird. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß heute der energischste Verfechter der Einheit der SVP, ihrer monolithischen Einheit, ja die DC ist, daß die Bestrebungen, die auch innerhalb der SVP bestehen — nämlich gewisse Fraktionierungen —, ignoriert werden. Man braucht nur die lokale Presse zu lesen, um zu wissen, wie man ängstlich bemüht ist, das nach außen hin zu verbergen, nicht aus Sympathie für die Südtiroler, sondern weil man damit die beste Möglichkeit sieht, auf parteipolitisch-klerikaler Ebene eine Verbindung herzustellen, die meiner Ansicht nach wesentliche Interessen der Südtiroler verletzt.

Und man redet jetzt von der Integration. Auf das Risiko hin, daß man mich als dumm betrachtet, muß ich gestehen, daß ich noch nicht begriffen habe, was man sich unter Integration vorstellt; das habe ich noch nicht begriffen — oder nur zu gut! Denn ich lebe seit 1924 hier und ich weiß, daß das, was man früher als Integration gepredigt hat, nichts anderes als eine gewaltsame Assimilation war. Und die heutigen Verfechter der Integration haben mir diesen Gedanken noch nicht ausreden können; sie haben mir noch nicht sagen können, worin sich die Integration des Jahres 1967 von der des Jahres 1937 unterscheidet. Wenn mir das jemand erklären könnte, wäre ich ihm wirklich dankbar.

Und jetzt komme ich noch zu einem Punkt, der sicherlich gerade die SVP-Führung betrifft: die Frage der Geheimhaltung. Ich

habe mich oft gefragt: Wer hat Interesse an der Geheimhaltung? Nur derjenige, der an und für sich in der Öffentlichkeit anders dastehen will, als er in Wirklichkeit ist. Nur derjenige, der etwas zu verbergen hat, nur derjenige, der seine Glaubwürdigkeit — die ja der Abgeordnete Kapfinger so entschieden gefordert hat, und da gebe ich ihm vollkommen recht — zu verlieren hat. Denn das ist das wesentliche: Wir Südtiroler, und ich glaube Italien ziemlich gut zu kennen, haben ja alles Interesse, daß man keine Geheimniskrämerei betreibt; wir haben jedes Interesse, daß unsere Probleme in die Öffentlichkeit getragen werden; wir haben jedes Interesse, daß die italienische Öffentlichkeit, die Jahrzehnte lang von einer konservativen, nationalistischen Presse getäuscht wurde, über Südtirol aufgeklärt wird, daß man ihr sagt, was die Südtiroler wollen, daß man alle Fehldeutungen, die gerade mit der Geheimhaltung geschehen, entkräftet. Und da frage ich mich, ob das nicht ein zu hoher Preis ist, den die SVP zahlt, um die Fiktion, einzige Vertreterin der Südtiroler zu sein, aufrechtzuerhalten. Ich möchte kurz formulieren: Die Soziale Fortschrittspartei erklärt durch mich, daß wir an dem sogenannten Abkommen weder in der Vorbereitung noch in der Diskussion noch in der Verantwortung je mitbeteiligt waren noch mitbeteiligt sind. Das muß hier festgestellt werden. Aber wir möchten auch sagen, daß wir uns nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, daß wir nicht nur in eine sterile Kritik hineinflüchten und sagen, es sei alles schlecht; wir glauben — und jetzt kommt gewissermaßen die logische Verbindung zu dem, was ich von Cesare Battisti zitiert habe —, daß die echte Autonomie Südtirols eine klare Plattform sein muß, unabhängig von Paketen, unabhängig von Konzessionen, die halb und halb gegeben werden, die mit juridi-

schen Schwierigkeiten und unendlichen bürokratischen Formalitäten verbunden sind. Ich darf noch einmal wiederholen, was Cesare Battisti damals gesagt hat: Nur die echte Autonomie der verschiedenen Volksgruppen ermöglicht eine selbständige Entwicklung derselben. Das sollte man erkennen, das sollte man noch in Erwägung ziehen. Deshalb ist unsere Position nicht die Position eines protestierenden Außenseiters, einer Partei, die, um der SVP Stimmen abzujagen, sich abseits stellt, sondern die weiß, daß nur mit konkreten politischen Überlegungen, und aus der Erkenntnis der gemeinsamen Geschichte des Trentino und Südtirols, eine friedliche Zukunft erreicht werden kann. Denn die Minderheitenprobleme *sind* schwierig. Sie wissen, es gibt keinen großen Spielraum: entweder Assimilation oder Respektierung und Toleranz. Spanien hat die eine Möglichkeit durchexerziert, hat sogar ein sehr nettes Büchlein darüber geschrieben, aber ich glaube nicht, daß es als Vorbild gelten kann. Auf der andern Seite werden dadurch klare Verhältnisse geschaffen und diese klaren Verhältnisse sind nur dann möglich, wenn man auch in Hinblick auf die europäische Entwicklung den Nationalstaat überwindet. Es gibt nichts anderes und es hat sich auch gezeigt, daß die Politiker in den letzten 50 Jahren, seien es nun die faschistischen oder die demokratischen Politiker, keine andere brauchbare Lösung gefunden haben. Und diese Haltung, die wir einnehmen und wissentlich und wollentlich an die Funktion und an die Aufgabe der Trentiner Sozialdemokraten von der Jahrhundertwende anknüpfen, die vertreten wir offen und klar, denn als Sozialdemokraten bekennen wir uns zur Demokratie und zur Freiheit und zur Achtung jeglicher Minderheit. In diesen Fragen gibt es keine Abkürzungswege, es gibt keine Möglichkeiten, dem zu entgehen.

Und nun muß ich auf ein Thema zu sprechen kommen, das schon behandelt worden ist und das ich am liebsten vermeiden würde; aber unsere Partei muß darüber auch etwas sagen: nämlich zu den Äußerungen, die die Vereinigte Sozialistische Partei Italiens zum Südtirolproblem gemacht hat. Wir haben sie mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Ich möchte hier absolut nicht polemisch werden, das ist nicht mein Sinn. Aber wir haben entschieden, uns in einem Kommuniqué von diesen Einstellungen klar zu distanzieren. Und wir wollen nicht den sterilen Streit antreten, wer die besseren Sozialisten sind: wir oder die anderen. Das ist nutzlos und ist ein Streit um des Kaisers Bart. Nur glauben wir nicht, daß diese Punkte einer sozialistischen Überzeugung entsprechen können. Ich habe mit Verwunderung diese Stellung zur Kenntnis genommen, um so mehr, als ja vor einem Jahr, glaube ich, der Abgeordnete Molignoni die Forderung nach der Trennung der beiden Provinzen gestellt hat. Und ich verstehe nicht, es übersteigt meinen normalen Hausverstand, warum die Forderungen, die vor einem Jahr bei unveränderter Situation gültig waren, nun verfälscht werden sollen. Ich will jetzt nicht im einzelnen damit polemisieren — das hat schon der Assessor Benedikter getan. Aber ich sage es offen, daß damit dem Gedanken der Sozialdemokratie Abbruch getan wird. Ich bin mir auch im klaren, daß viele Forderungen, die dieses Programm enthält, wenn man sie so liest unabhängig vom Südtirolproblem — also die Gleichheit aller Bürger, keine Bevormundung usw. —, durchaus richtig sind, aber « im Hause des Gehenkten soll man doch nicht vom Stricke reden », d.h. in Südtirol sind diese Forderungen zu wenig, in Südtirol kann man nicht, möchte ich sagen, theoretische Elemente zu einer allgemein gültigen Regel erheben, wenn

diese Regel ja jahrzehntelang einseitig überschritten worden ist. Das ist die Frage, die wir erheben. Ich kann es ja offen sagen, ich bin nicht zur sozialistischen Tagung hingegangen, weil ich das Dokument nicht rechtzeitig gesehen habe. Meine Partei, mein Vorstand hat beschlossen, daß wir nicht hingehen können, wenn wir nicht vorher über das Dokument Bescheid wissen. Es ist selbstverständlich, daß wir keine Verantwortungen teilen wollen, wenn wir nicht wissen, was gespielt wird. Ich habe aber mit großem Vergnügen einer privaten Einladung am folgenden Tag des On. Ferri Folge geleistet, habe mit ihm gesprochen und habe diese Einwände, die ich hier mache, auch konkret erhoben und ihm offen gesagt: «Sicherlich, manches ist theoretisch richtig, aber gemessen an der Südtiroler Vergangenheit, an der Südtiroler Realität kannst du mich nicht überzeugen, daß die Forderung einfach des « bilinguismo » unsere Forderung ist, denn im Namen des « bilinguismo » hat man ja ganz andere Sachen gemacht. Der « bilinguismo » allein ist es nicht, was wir erstreben. Der Schutz der Minorität, den wir als Sozialdemokraten vertreten — das steht in den Programmen der Sozialistischen Internationale —, der Schutz jeglicher Minderheit rassischer, politischer, religiöser Art, verpflichtet uns, nach Instrumenten zu suchen, die für diese Minderheit wirksam sind. Wir können als Soziale Fortschrittspartei nicht aus demagogischen Gründen sondern nur aus Überzeugungsgründen hinausgehen und diese Grundsätze, die ihr da erhoben habt, unseren Leuten gegenüber vertreten. Nicht aus demagogischen — ich wiederhole es noch einmal — und nicht aus wahltechnischen Gründen, sondern aus Überzeugungsgründen. Es hat keinen Sinn hier die Polemik zu erweitern, ich will das nicht tun; ich hoffe nur — und ich habe im Abg. Ferri einen sehr net-

ten und freundlichen « interlocutore » gefunden —, daß das stimmen möge, was er gesagt hat; nämlich daß das nur ein Ausgangspunkt sei. Ich habe gesagt: das ist ein schiefer Ausgangspunkt, aber wir wollen hoffen, daß er überwunden werde. Denn auf dieser Basis kann man nicht jene Einheit wiederherstellen, die besonders die Sozialdemokraten unabhängig von ihrer Volksgruppenzugehörigkeit entfalten müßten, um für Südtirol zu wirken. Ich fürchte auch — ich sage es ganz offen —, daß auch dieser Beitrag nicht mithelfen wird, die demokratische Entwicklung der Südtiroler zu fördern. Ganz typisch ist ja die Reaktion eines Teiles der Südtiroler Führung, die an und für sich nicht nur dem Abgeordneten Benedikter in den Rücken gesprungen ist, sondern hinterher noch versucht hat, seine Erklärungen als « persönliche » Erklärungen abzuwerten. Man sieht, wie weit schon die Verwirrung der Geister in dieser Führung geht, wenn man glaubt, durch wahltaktische oder weiß Gott welche Überlegungen diese Grundsatzfragen zu vermeiden oder zu ignorieren. Und es wäre — ich bedauere hier öffentlich darüber sprechen zu müssen — falsch gewesen, wenn auch wir, als verantwortliche Südtiroler Partei, zu diesen Fragen nicht Stellung genommen hätten, und wir müssen abschließend sagen: Dieser Weg ist nicht der gangbare, ist nicht der richtige, er führt zu neuerlichen Verschärfungen, er führt zu einer Abwertung des sozialdemokratischen Gedankens, was wir nicht wünschen und nicht wollen.

Ich will noch abschließend sagen: Auch ich habe mich damals geweigert, den Landesraumordnungsplan in die Diskussion hineinzunehmen, weil ich glaube, daß man nicht mit dem Landesraumordnungsplan gegen die Autonomiebestrebungen der Südtiroler argumentieren kann. Auch müßte man als Verfechter der De-

mokratie — und die Sozialdemokraten oder Sozialisten sind in diesem Sinne die Verfechter der Demokratie « par excellence » — anerkennen, daß der Raumordnungsplan eine Angelegenheit ist, die die Provinz Bozen betrifft und die eben nach den politischen Verhältnissen, die in der Provinz Bozen bestehen, geordnet werden kann. Das ist eine Frage, die uns betrifft, da können wir dann streiten mit der SVP und mit allen Leuten, die im Landtag vertreten sind. Aber wir brauchen keine « Schutzheiligen », um in diesem Falle unsere Entwicklung zu bestimmen oder zu verfälschen, auch wenn sie manchmal zum Vorteil vielleicht der Südtiroler Sozialdemokraten sein könnte. Das muß der Südtiroler Landtag in eigener Verantwortung, ohne Einflüsse von außen, beschließen. Ich möchte auch hier, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, ganz offen sagen, daß das keineswegs eine Mißachtung des demokratischen Rechtes weder der italienischen sozialistischen Genossen ist, noch überhaupt der italienischen Minderheit. Sie soll nach demokratischem Spielraum ihre Entwicklungsmöglichkeit haben. Das ist klar und das soll zum Ausdruck gebracht werden.

Ich glaube, ich bin somit mit meinen Ausführungen zu Ende. Wir sind der Meinung — und ich betone es noch einmal —, daß unsere Vorschläge, unsere Kritik, die aber zu diesen Vorschlägen führt, ein echter gangbarer Weg sein kann, der jegliche Radikalisierung ausschließt und ein durchaus friedliches Beisammensein der hier lebenden Völker ermöglicht, in der Hoffnung, daß der Geist, der diese Lösung herbeiführt, auch eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen möge und auch zu einem besseren, friedlichen Nebeneinanderleben der europäischen Völker führen möge.

(Signor Presidente! Signore e Signori!

Seguo con un crescente senso di delusione ed amarezza, la qui aperta discussione sul Sudtirolo, estesa finora per la gran parte a dissertazioni che rientrano nel quadro del bilancio. Personalmente, ritengo che di idee concrete sul problema altoatesino ne siano state esposte pochine e che in merito al tema, trattato preminentemente su piano politico, si siano sparate frasi a vuoto, per tacere poi sulla grandinata di insulti dei fanfaroni e dei tangheri infarciti di idee fasciste. Diversi oratori hanno sfiorato il nocciolo della questione sudtirolese, ma pochi hanno avuto l'ardire di parlare dei pregiudizi e dei tabù che in effetti tale nocciolo racchiude in se.

Ora, a mio avviso, ci sarebbe da chiamare in causa un numero piuttosto significativo di consiglieri regionali, allo scopo di portare un certo ordine nelle idee, fornite le dovute chiarificazioni ed avanzare proposte, anziché restarsene a guardare, quali oziosi spettatori, a quelle decisioni cui sono subordinati, per il futuro, il nostro destino, la nostra esistenza. Pertanto a nome e su incarico del mio Partito Social-Progressista, tenterò una argomentazione basata su fatti e non su parole.

Non posso esimermi dal far rimarcare al Signor Presidente Dalvit come proprio lui, presiedendo a questa discussione, ne abbia trattato il nocciolo, che verte sul problema del Sudtirolo, fuorviandola dal giusto binario. Quanto dichiarato in queste cinque facciate, Signor Presidente, è piuttosto irrilevante. Dalla sua perfetta esposizione emerge in sostanza che lei e la Giunta non potete o non volete prodigarvi molto alla soluzione del problema. È mai possibile, mi chiedo, che il Presidente della Giunta Regionale, che la Giunta stessa, non possano esercitare maggiore influenza in un problema che tocca specificatamente la Regione? Ancora l'anno scorso, mi sembra, ho qua-

lificato il suo predecessore, consigliere Odorizzi, quale becchino dell'autonomia sudtirolese, ed ancora oggi sono dell'avviso che egli abbia agito scientemente con un sistema ben calcolato e che non sia l'unico ad averlo fatto. Di contro, cosa fa lei, Signor Presidente, e che fa la Giunta Regionale nella circostanza? Secondo me poco, e quel poco, in forma confusoria e priva di coordinamento. Lei parla di « coerenza costante » ma io non ne vedo traccia nella realtà di fatto, in quelle risoluzioni cioè, di fondamentale importanza che la Giunta dovrebbe prendere anche su questo scottante problema. È curioso che in un momento nel quale a Roma — in seno al Governo — si stanno praticamente decidendo le sorti della Regione e si sta propriamente parlando Signor Presidente, togliendole lo scanno di sotto, è strano, dicevo, che i suoi argomenti si limitino ad una alzata di spalle, al « prendere conoscenza » che le cose vanno appunto così come devono andare, anche senza un'attiva partecipazione della Giunta. Vien fatto di dire che lei guarda all'operato che ci colpisce in qualcosa di vitale, senza scomporsi minimamente. Lei sa che io non sono molto portato a difendere la Regione e documenterò le mie ulteriori esposizioni assai validamente. Io vedo nell'ambito della Regione un certo qual pericolo per noi Sudtirolesi, pericolo che si manifesta in maniera sempre più evidente.

Qual significato attribuire al fatto che a Roma si sottovalutino tanto i diritti, l'autonomia della sussistente Regione, se non quello che, se già adesso, nel quadro delle decisioni relative al nostro problema, i Trentini rappresentanti pur sempre in misura determinante in seno al Governo, vengono tenuti in così scarsa considerazione, tale negativa situazione assumerà proporzioni ancora maggiori allorché si tratterà di difendere i poteri del Sud-

tirolo nell'ambito dell'autonomia. Ed in merito vorrei aggiungere: nessuno, in questo dibattito, ha fatto finora un chiaro ed energico accenno alle responsabilità del Governo. Liti-ghiamo fra noi, polemizziamo, ma non siamo in grado di rinfacciare esplicitamente al Governo la sua noncuranza e nemmeno di sottoporgli chiare e recise alternative. E lei parla di « una disponibilità ad ogni soluzione ». Ciò mi suona, francamente, come una beffa, poiché, un Ente quale la Regione, non può, qualora intenda agire concretamente e qualora si sente forte dei diritti che gli competono quale organo riconosciuto dallo Stato, dichiararsi « disponibile ad ogni soluzione ». Ciò è inammissibile in quanto noi qui non siamo un club di chiacchieroni ma un Ente legislativo, il cui compito è di far palese a chi di dovere la volontà della nostra gente e di esserne portavoce sempre ed ovunque ciò sia necessario. Per questo, malgrado io intenda illustrare ulteriormente in senso critico il complessivo operato della Regione, avanzo di diritto la richiesta ed esigo che i voleri della Regione vengano rappresentati ed espressi in seno al Governo, presso gli organi competenti. E lei, Presidente Dalvit, è proposto a fare il portavoce, lei è la persona che deve prenderne atto e procedere in merito. Anche, qualora, lei e la Giunta foste del parere di non avere alcuna influenza sulle decisioni del Governo relative al problema altoatesino, vale a dire se non vi riteneste in grado di spuntarla, dovrete comunque, avvalendovi di tutti i mezzi a disposizione, dare battaglia e far tuonare attraverso le vostre parole la voce della protesta e della riprovazione a proposito dell'evolversi di questa situazione nella quale, a quanto sembra, la Regione viene assolutamente ignorata. Se lei, poi mi obietta che le nostre voci sono destinate a cadere nel vuoto, ebbene questo non ci esime dalla responsabilità di

esprimere le ragioni cui teniamo, di esternare quali soluzioni ci prospettiamo e quali richieste abbiamo da sottoporre in merito. Per qual motivo non si procede in tal senso? Credo che lei lo scorso autunno abbia accennato una volta a qualcosa e dato lettura di una missiva privata. Quanto intercorso fra Roma e la Giunta Regionale sarebbe tutto qui? È davvero troppo poco! Non è a questo che si limita l'erigersi a portavoce della nostra gente, e pertanto non possiamo accettarlo! Ora mi dico: « Se lei si ripropone di appoggiare il complessivo organo regionale sostendone le ragioni con le stesse parole e lo stesso frasario qui trascritto, questo suo atteggiamento nei confronti del nostro problema, unitamente a quello della Giunta, pone decisamente in dubbio e smentisce clamorosamente un suo reale interessamento nei confronti del nostro problema. Ma evidentemente lei non crede già più all'ipotetica realtà di una Regione unitaria. E proprio tale ipotetica speranza in una Regione unitaria, lo sappiamo tutti, ed il sistema con il quale è stata alimentata — e questa è una delle precise accuse sollevate dal mio partito — ha propriamente avvelenato, sin dal 1948, ed in misura sempre crescente, i rapporti fra le due Province ed è causa precipua del distacco ognor maggiore fra la nostra popolazione, L'ho già detto una volta e vorrei ribadirlo; certamente il Signor De Gasperi progettando e trovando questa soluzione, non ha agito, come qualche volta si asserisce, in « malafede »; forse aveva sperato o creduto di poter mitigare i dissidi etnici che affliggono questa Regione — non solo dal 1918, ma ancor da prima — e di poter così aprire la strada ad una soluzione su scala europea. Dico « forse » poiché se mai egli dovesse averci veramente creduto, il suo proponimento, il suo sogno, sono stati in tal guisa frantumati, e proprio da coloro che avrebbero

dovuto collaborare all'affermazione di tale proponimento, più precisamente dal suo Partito, Signor Presidente, la D.C. Senza dubbio, si può dire che anche nella cerchia sudtirolese vi siano stati e vi sono tuttora elementi interessati a sfruttare questi persistenti dissidi. Ma motivo di riprovazione sono soprattutto coloro i quali, fin dall'istituzione di questa Regione unitaria, hanno avuto praticamente carta bianca nella politica della nostra Regione e che secondo noi, vale a dire secondo il Partito Social-Progressista, hanno fatto uso raramente o magari niente affatto delle forze e dei mezzi in loro mano per indurre i Trentini ed i Sudtirolesi a cooperare costruttivamente, ed hanno invece abusato del loro potere esercitandolo in senso unilaterale sulle parti politicamente più deboli. La politica può essere naturalmente svolta in vari modi: può tendere alla realizzazione di compiti gravosi, al conseguimento di mete importanti; può essere però anche concepita quale arma per assurgere a locali posizioni di potere, o quale mezzo per estendere maggiormente determinate posizioni di privilegio; essa può essere concepita pure come mezzo per il raggiungimento di fini esclusivamente di politica di partito o campanilismo, vale a dire una specie di « sacro egoismo » minore. Ed è proprio questo sistema del « sacro egoismo » che, come si può constatare, è stato adottato da vent'anni a questa parte dalla D.C. e ciò contro ogni senso di raziocinio ed inoltre — cosa per noi assai più grave — contro ogni logica prospettiva di natura storica e contro ogni giustificazione. Lei come tutti noi, sa quanto sia difficile riguadagnarsi la fiducia di quella rilevante minoranza etnica che fino al 1945 fu esposta a vessazioni di ogni genere e ad un intenso processo di assimilazione; una minoranza che in quel periodo venne intenzionalmente spinta in una situazione economica, poli-

tica e sociale degradante; riguadagnarla, dicevo, ad uno Stato che finora l'ha così bistrattata. Credo che siano cose queste di capitale importanza per noi. Sarebbe stato un compito di rilevanza storica colmare quel solco che la sfiducia ha scavato negli animi e, per incrementare lo sviluppo democratico di questa minoranza, appoggiarla, infonderle rinnovata fiducia e credibilità nelle istituzioni.

Non posso fare a meno di ribadire che questo sarebbe stato compito dei Trentini che questi fatti li conoscevano. I Trentini che hanno vissuto per quasi seicento anni nello Stato degli Asburgo, in uno Stato cioè plurinazionale, sapevano molto bene come stessero le cose ed in che modo fossero insorti nel frattempo questi dissidi di natura nazionale, come pure sapevano in che modo tali contrasti potessero venire eliminati e come riguadagnare la fiducia dell'altra parte. A mio avviso essi sarebbero stati i più qualificati allo scopo poiché, come si suol dire, il vicino è più addentro nei fatti dell'altro vicino che non nei propri, ed in questo caso appunto i Trentini, avrebbero meglio di tutti gli altri Italiani potuto dire una parola sullo sviluppo della situazione in Tirolo, quel Tirolo che una volta si estendeva da Kufstein a Borghetto. Più di una volta mi sono augurato — con ciò mi creda non intendo fare della retorica — che un qualche consigliere regionale si prendesse la briga di visitare il « Museo del Risorgimento » per rendersi edotto sui fatti del passato, poiché credo e penso che da una più approfondita cognizione di quel passato e della storia ad esso legata, ci si arricchirebbe di preziose nozioni utili alla trattazione dei problemi futuri, nonché di quelli attuali. E non si tratta di storia ormai sorpassata — come tanto spesso vien ripetuto — poiché in quei trascorsi storici si rispecchiano ancora e sempre i rapporti che hanno legato Trentini e Sud-

tirolese, i loro antagonismi, come pure le loro comunanze di intenti.

Mi consenta d'inserire brevemente in questo quadro anche qualcosa di attuale: Proprio quest'anno è stato commemorato, qui da noi, ma in particolare a Trento, un grande patriota trentino: Cesare Battisti. Desidero subito premettere: non intendo servirmi del nome di Battisti per convalidare polemiche dichiarazioni; lungi da me una tale idea che screditerebbe la sua figura. Comunque, allorché si considera la vita di quell'uomo — e proprio in questi giorni ho letto un interessante libro su di lui scritto dal noto giornalista austriaco Klaus Gatterer — si possono trarre da quella vita tante e tante cognizioni che, se non utili ai problemi odierni, tuttavia potrebbero esserlo al fine di approfondire i motivi del contrasto fra Trentini e Sudtirolesi. Solo Battisti è noto alla gran massa, e solo per l'irredentista e martire Battisti si fanno rullare i tamburi. Credo — ma ritengo che i socialisti italiani, i socialisti trentini, lo sappiano meglio di me — che Battisti unitamente al suo Partito, sia stato colui che con maggior risolutezza e per la prima volta abbia dibattuto sul problema dell'autonomia del Trentino. Fu l'autonomista Battisti che negli innumerevoli discorsi e nelle sue concrete iniziative rivendicò ancora ed ancora l'autonomia del Trentino. Fu il suo Partito a difendere sempre e dovunque tale rivendicazione dal malanimo della borghesia trentina e da quello delle sfere nobili. Posso in breve ancora ricordare che nel settembre del 1897 — l'ho rilevato da questo libro — durante il primo congresso che riunì, su piano locale, i socialisti trentini vennero enunciati quei principi che due anni più tardi sarebbero stati accettati a Brno in Moravia dai socialisti austriaci. Cosa si rivendicava allora? Fra l'altro, la trasformazione dell'Austria, di quello Stato plurinazionale, in

una Nazione democratica, in uno Stato federale; venne rivendicata l'abolizione di ogni privilegio nazionale etc... A parlarne furono in particolare Cesare Battisti ed il suo compagno di lotta Antonio Buchez. L'11 ottobre 1899 Battisti tenne a Trento il seguente discorso: « Nel vicino Tirolo regna dispotica la borghesia, la quale è intollerante sino alla minaccia, all'uso della lingua italiana e tale minaccia incombe anche sulle più remote zone montane della nostra Regione. Inoltre essa borghesia, ostacola qualsiasi possibilità di sviluppo economico nel Trentino in quanto ci tutela al pari di lattanti, impedisce la libera amministrazione e ci dissangua ».

Quel discorso non ebbe, allora, grandi ripercussioni. Lei sa che i partiti conservatori non tennero in alcun conto le aspirazioni autonomistiche e fecero di tutto per reprimere gli sforzi del Partito Socialista Trentino. Sempre con spirito idealistico — questo va detto per inciso — Battisti lottò per una vera e propria libertà culturale del Trentino —, adoperandosi a fondo per ottenere l'edificazione di un'università italiana a Trieste e furono quelle lotte che lo portarono, allora, per la prima volta, ad un incontro con De Gasperi, il quale peraltro non volle impegnarsi in quel problema. E voi sapete che se nel 1901 ad Innsbruck i professori italiani non ottennero cattedre parallele, ciò si deve alla cocciutaggine, alla ristrettezza di vedute dei cosiddetti circoli nazionali tedeschi, alle sfere dei conservatori, nonché ai tumulti studenteschi. E per di più il Governo regionale tirolese ed il Governo centrale in Vienna, pensarono bene, allora, di sottrarsi al problema con delle concessioni meschine quanto artificiose. Ed aggiungo — senza con ciò voler fare della polemica, ma semplicemente sottolineando un importante dato di fatto — che Battisti, sempre nel 1912, disse: « Per

il problema dell'autonomia mi affido all'azione dei rappresentanti del popolo, e ritengo di non sbagliare, in quanto, non in seno alla borghesia ma nel proletariato tedesco potremmo trovare i sinceri propugnatori dell'autonomia trentina. La questione dell'autonomia del Trentino non verrà mai archiviata». — Ed alla Dieta tirolese di Innsbruck, nella seduta del 6 novembre 1913, dichiarò ancora: « Soltanto una amministrazione autonoma risolleverà le sorti dell'economia trentina e porrà fine ai contrasti nazionali ». (Desidero dare particolare rilievo a questa frase, della quale, in seguito, farò ancora uso) « Ciò non tornerà a profitto solo del Trentino e Tirolo ma dell'intero Stato ». E più tardi — il 26 luglio 1912, cioè due anni avanti lo scoppio della prima guerra mondiale — sempre alla Dieta tirolese disse: « Noi socialisti, il mio compagno Abram ed io, non abbiamo qui discusso di sloveni e tedeschi, ma del Tirolo e del Trentino, due territori facilmente disgiungibili, dato che il lembo di terra concesso dalla natura alla popolazione italiana è nettamente diviso da quello della popolazione tedesca. Il nostro problema, è, tra le tante questioni nazionali che gravitano in Austria, il più facile da risolvere ». Ho voluto citare qui questi passi per dimostrare — e ciò interesserà i socialisti italiani — (più tardi riparerò anche della loro presa di posizione nella trattazione del problema) — che questo uomo fu più che un irredentista, qualunque sia stata più tardi la conclusione — vorrei dire di un rinnegamento — che egli non sconfessò e per il quale pagò con la propria vita. Mi rendo conto — ovviamente — che la storia in questi ultimi cinquanta anni ha subito una svolta, che nel firmamento politico sono sorti nuovi astri, che anche nel nostro territorio, dal punto di vista politico-demografico, parecchio è successo, ma i meriti riconosciuti univer-

salmente al Battisti, in relazione ai contrasti nazionali nel Trentino-Sudtirolo, nel cosiddetto Tirolo Unito, fra Trentini e Sudtirolesi o Tirolesi, quei riconoscimenti sono sotto molti aspetti validi ancor oggi e si dovrebbero proprio ricordare allorché si affrontano questi problemi. Quei riconoscimenti ci dimostrano che una leale convivenza, quale tutti ci auspichiamo, fra i diversi gruppi nazionali — e non si tenti di attribuirmi un orientamento di natura antitrentinistica, mi ribellerei energicamente — una leale convivenza dicevo, sarebbe possibile. Ma proprio quelle parole, quella lotta condotta dal partito socialista trentino, ci dimostrano come tale convivenza sia possibile solo qualora si possa contare su una massima tolleranza reciproca, sulla liberalità e su di una vera autonomia amministrativa dei diversi gruppi nazionali. Obiettivamente parlando, dobbiamo dire — e qui sta il punto decisivo — che il Governo a Roma ed anche quello regionale non vogliono assolutamente far proprie tali teorie e che si tenta, con una certa malizia e con « furberia », guardando ad esse con costante diffidenza, di porre sotto una diversa luce, di falsare e frenare le aspirazioni autonomistiche dei Sudtirolesi. Non si sarebbe potuto, nel 1948, ripagare con un atto di generosità tutto il male subito dai Sudtirolesi ad opera del regime fascista, concedendo l'autonomia al Sudtirolo? Non sarebbe stato possibile, traendo insegnamento dalle parole del Battisti, aiutare i Sudtirolesi ad uscire dal loro retrico stato economico e sociale? Temo che — particolarmente a Roma — non si sia mai voluto prendere atto di tutto questo e penso che neppure la Regione abbia mai seguito seriamente la questione. Al contrario, per accaparrare l'avversario utile al proprio fine politico, ci si è addirittura adoperati ad eliminare una sfera di dirigenti sudtirolesi, veramente corretta e degna di

fede. Son cose di ieri queste, in relazione alle quali posso ad sempio ricordarvi come si è agito nei confronti della lettera del Perassi e simili, vale a dire in che modo si è abusato della fiducia concessa a priori da Sudtirolesi niente affatto estremisti. Io trovo che ancor oggi, in special modo a Roma — e tale constatazione, credetemi, è triste e dolorosa — la politica sudtirolese in seno al Governo italiano si possa caratterizzare in quel motto, per la verità un po' sciocco ma autentico, che a suo tempo un piccolo uomo politico — non ricordo chi fosse, ma non ha importanza — pronunciò cinicamente « Sorridere e tener duro ». Si è ricorsi ad ogni sorta di scappatoie e di precetti e si è praticata in questi ultimi venti anni ciò che potrebbe definirsi la cura sintomatica di una malattia della quale non è mai stata fatta una giusta diagnosi; si è solo tentato di mitigarlo questo male, concedendo parzialmente qualcosa salvo poi a voler fare marcia indietro per riprendersi — come in effetti è avvenuto — quel qualcosa concesso; si è poi tentato, ripeto, di falsare la questione. È necessario che io citi quanto detto da Klaus Gatterer in un articolo del 1.3.1967: « Proprio nella storia del Trentino e del Tirolo, abbiamo pronti degli esempi atti ad insegnare come, per quanto rilevanti possano essere le concessioni, sia comunque possibile, in un arco di tempo più o meno lungo, cadere in letargo. Nell'articolo il Gatterer ha inserito anche una citazione del Battisti, che mi riservo di esporre più avanti. E badate bene, tutte queste sono una sorta di cura dei sintomi. È questo il quesito al quale dobbiamo dedicarci, poiché è determinante ai fini della nostra vita e della nostra esistenza e su questo punto, contrariamente a quanto espresso qualche volta dal Dr. Volgger, riconosco ai Trentini il diritto di dire la loro parola in merito. Dobbiamo pur interessarcene in

qualche modo, dobbiamo pur chiederci: « Che accade? Che si fa? Cosa possiamo intraprendere? Come impostare tutta la faccenda? » Voi dovrete saperlo senza che io debba ribadirlo per esteso che questo metodo di cura dei sintomi è consistito esclusivamente in uno sfoggio di dialettica; infatti è sempre di somma importanza illustrare una faccenda con un uso linguistico adattato al proprio tornaconto. Si è detto: « Va tutto benissimo, i Sudtirolesi sono contenti dell'autonomia salvo qualche caso isolato, tutto il resto è frutto di voci che si infiltrano dall'esterno; l'accordo di Parigi è stato mantenuto etc. etc. ». Se oggi si considera la realtà alla luce dei fatti — e credo che ognuno di noi, vuoi che viva a Trento vuoi che viva a Bolzano, sia in grado di poterlo fare — non si potrà non riconoscere come tutte queste verbose allocuzioni non abbiano approdato a nulla o al massimo ad un peggioramento della situazione. Ed oggi, quelle stesse persone che si sono avvalse di tutta quella dialettica si trovano a rimirare i cocci della loro politica. Ciò malgrado ancora una volta si tenta « con furbia » di travisare la verità ed ignorare la realtà dei fatti. Alle volte ho la impressione come se diversi medici si trovassero al capezzale di un paziente senza essersi in chiaro sulla diagnosi né sul trattamento da applicare. Le diagnosi non vogliono formularla, né vogliono procedere alle cure. Ma ecco l'idea luminosa: Il paziente ha la febbre, ma se tralasciamo di riportare la temperatura sull'apposita tabella può darsi che anche il malato si convinca di essere in via di guarigione. E questi sono i metodi di uso corrente; l'ignorare cioè, nella speranza costante che con tali furbeschi maneggi si possa vincere la malattia. Ma voi sapete che il paziente stesso non è convinto di questo singolare trattamento terapeutico. Adesso però ci sono le medicine miracolose! Queste medi-

cine miracolose si compendiano in quella parola tanto avvincente che è il « Pacchetto ». Personalmente devo dire che detesto questo termine. Cosa significa « Pacchetto »? Non si tratta infatti di un pacchetto natalizio, ed in sostanza non si tratta affatto di un pacchetto. Sarebbe più assennato parlare di passaggio di competenze. « Pacchetto » fa pensare a qualcosa per cui si debba ringraziare, per cui, vorrei dire, si debba particolare riconoscenza a qualcuno!

(Interruzione)

JENNY (S.F.P.): *Ho detto che il termine « Pacchetto » non mi piace, esso mi sa di regalo — ma io non ci vedo nulla di simile, non sarebbe neppure il caso di parlare di pacchetti, signori miei, poiché a tutti questi regali o a queste giuste concessioni si sarebbe dovuto giungere già diverse decine di anni fa, e molto semplicemente mediante la famosa legge 1322 del 26 novembre 1920 con la quale, all'art. 4 si dice: « Il Governo del Re è autorizzato a pubblicare nei territori annessi, lo Statuto e le altre leggi del Regno ed a emanare le disposizioni necessarie per coordinarle con la legislazione vigente in quei territori ed in particolare con le loro autonomie provinciali e comunali ». Dunque, questa legge, se non vi dispiace risale al 1920. E se quanto esplicitamente consentito già quarantasei anni orsono, viene oggi qualificato come fosse un « pacchetto natalizio o pasquale — uovo pasquale a sorpresa lo definirei un po' malignamente — ebbene, si vuol rifuggire da quella che è la realistica visione delle cose. E così dunque si confida assurdamente in questo mezzo miracoloso e si crede di aver con esso risolto definitivamente il problema. E poiché questo « definitivamente » viene, da una determinata cerchia, ancora e sempre messo in rilievo, quale buon-*

pensante mi sento pervadere da un profondo senso di diffidenza. Cosa vuol dire « soluzione definitiva »? Quando si potrà giungere ad una definitiva soluzione del problema sudtirolese? Su questo interrogativo concordo perfettamente con il Presidente Dalvit; non esiste soluzione al problema, egli lo ha ben detto. Tanto meno esiste una soluzione definitiva poiché non si può circoscrivere l'evoluzione di ogni organismo vivente entro schemi fissi che ne condizionino lo sviluppo. E siccome qui si tratta di tutta un'organica massa vivente non si può già parlare di soluzione definitiva. Ma mi viene il sospetto che tutta la dialettica di cui si è fatto uso sottintendesse la intenzione di ricorrere nuovamente al trucco sul diagramma della febbre per diagnosticare semplicemente la fine della malattia. Comunque si batte e si blatera su questa conclusiva risoluzione, ed io mi chiedo — e con me se lo chiedono parecchi Sudtirolesi — se non vi sia sotto nuovamente un intrigo legale per incanalare le cose in una precisa direzione. Chi conosce anche solo indirettamente questo cosiddetto « Pacchetto », sa quanto esso sia complicato, formale e, stavo per dire pieno di tranelli anche per chi voglia giudicarlo con assoluta schiettezza e del tutto obiettivamente. Non credo che basandoci su questo « Pacchetto » si possa parlare di una vera autonomia per il Sudtirolo. Mi dà l'impressione che si vorrebbe sì rimettere un po' in sesto la carretta ma che, contemporaneamente si stiano già architettando i cosiddetti bastoni che messi tra le ruote consentano, volendo, di bloccare il carro prontamente e in qualsiasi momento. Ad esempio, che valore può avere nel bilancio — diciamolo francamente, e trovo più che naturale parlarne — quella parvenza del diritto di veto che dovrebbe venire assegnato con la nuova autonomia? Voi sapete che, voglia o no, noi trattiamo sempre

con ritardo il capitolo bilancio, e sapete altresì che con questo diritto di veto può venire impugnato qualunque capitolo. Figuratevi un po' che cosa accadrà ora! Accadrà che nel 1970 discuteremo ancora il bilancio del 1969 poiché fra le proteste della minoranza e l'opera di controllo del Tribunale di Giustizia Amministrativa non si arriverà mai a far sì che quel bilancio venga una buona volta accettato. Ed io mi chiedo: « Quale sarà alla fine il risultato di quei lunghi dibattiti, di quelle interminabili discussioni? » Probabilmente, come di consueto, il bilancio dovrà approvarlo quale « *deux ex machina* » il Ministro degli Interni. Non resterà proprio altra scelta. Ha veramente ragione il socialista Ballardini il quale ha sempre definito questa autonomia una « *burletta* ». Ma tutto ciò è solo una esposizione parziale delle future prospettive. Si potrebbe continuare a tempo indefinito a discutere in lungo ed in largo sui diversi punti, per giungere poi alla conclusione che il tutto è talmente complicato, talmente irto di difficoltà tanto da sollevare via via sempre nuove controversie, tanto da costringere a sempre nuovi dibattiti, ad una interminabile serie di contrasti che finiscono con lo sfociare alla fine in campo nazionale. Che una situazione del genere non giovi ad una pacifica convivenza fra i diversi gruppi etnici, spero lo vorrete ammettere. Or dunque mi chiedo: Cosa deve fare, come deve agire un Consiglio Regionale? La miglior cosa sarebbe non preoccuparsi eccessivamente per il conseguimento di una maggioranza politica e chiedere invece alla proposta commissione che posizione intenda finalmente prendere nella vicenda. In tal modo si riduce l'iter della democrazia, lo si semplifica e si sa approssimativamente che cosa bolla in pentola. E badate bene, la stessa domanda me la pongo in merito ai principi dello ancoraggio internazionale. Mi si obietterà che

trattasi di questioni che rientrano nel campo del diritto della sovranità; si porranno cioè in rilievo cose che hanno indubbiamente un certo concreto valore. Non si vorrà mica persistere nell'illusione che il tutto sia un problema a carattere interno, considerato che ci si è mostrati disposti a discuterlo solo dopo che l'Austria, in base agli accordi di politica estera che rientrano nel trattato italiano di pace, ha sollevato la questione. E voi sapete come, ancor oggi, si coltivi tale illusione, visto che il 21 febbraio è pervenuta a Vienna una nota del Governo italiano nella quale vengono messi in rilievo tre punti precisi:

1. L'accordo Gruber-De Gasperi è stato fedelmente rispettato.
2. Il « *Pacchetto* » è un sovrappiù (non ha nulla a che fare con l'accordo Gruber-De Gasperi).
3. Deve essere stabilmente invalidato il mandato che conferiva all'Austria facoltà di ingerenza.

Ora ditemi un po' quale Sudtirolese, dopo aver letto questo, può ancora nutrire fiducia nel « *Pacchetto* »? Voi sapete esattamente che in relazione alle competenze concernenti il pacchetto ciò significa non poter più elevare e inoltrare una qualsiasi protesta in merito. Secondo voi questo non sarebbe poi la fine del mondo: potreste financo dirmi: « Dio mio, non sia così esageratamente minuzioso né così diffidente ». Ma qualora si sia consapevoli delle passate esperienze — e qui non occorre neppure più che citi il discorso tenuto il 12 ottobre 1960 dal Ballardini sulla mancata attuazione delle norme che regolano l'autonomia — e qualora si sia, oserei dire, parte in causa, non si può che guardare a quelle precisazioni del Governo con stupore e spavento. E qui mi :

potrebbe di bel nuovo obiettare: « Ma via signor Jenny, lei ed i suoi sudtirolesi, non siate per favore così meticolosi e pedanti! Ci conceda, almeno in parte, la sua fiducia! » Ma come si può in politica concedere fiducia a priori, qualora essa sia stata fino al momento mal riposta? Vedete, Signori, — e questa penso sia una considerazione comune ad ognuno di voi — si dovrebbe forse considerare anche lo spirito che ha animato la stipulazione di tali accordi. E qui vi cito quale esempio uno dei problemi minori, ma che riveste comunque una certa importanza politica. Voi sapete che il Governo di Roma, rispondendo alla S.V.P. Tirolese ha, in maniera inequivocabile, dichiarato che non è prevista la possibilità di un impianto per la ricezione televisiva dei programmi esteri. Si procederà — è detto testualmente — a sviluppare ulteriormente i cosiddetti programmi sperimentali tedeschi, trasmessi da Roma, e vi si procederà con la « collaborazione di elementi locali ». Una prospettiva meravigliosa, in merito alla quale si continua ad ignorare se per elementi locali si intendano i funzionari, gli uscieri o coloro che partecipano alle trasmissioni. Mi si obietterà: « Ma ciò non è poi così importante! » A mia volta rispondo: « È invece molto importante, poiché questo fatto rivela una mentalità che deve suonarci a mò di campanello d'allarme. Io stesso ho collaborato per anni ad una trasmissione televisiva che trattava puramente la scienza medica e so pertanto cosa significhi « collaborazione di elementi locali ». Essi non hanno assolutamente voce in capitolo, sono semplicemente degli assoldati. Comunque sia, questa presa di posizione nei confronti del problema televisivo denota chiaramente l'intenzione che nulla si vorrà tollerare di quanto potrebbe giovare al programma, nell'ambito della lingua tedesca, una regolare

compartecipazione, intesa in senso culturale, dei Sudtirolesi, denota che si vuole impedire tutto ciò che potrebbe condurre ad un fattivo scambio culturale. E questa mia lieve osservazione — che voi forse definirete pedantesca — svalorza ai miei occhi Dio sa quante di quelle concessioni che ci vengono promesse nel famoso Pacchetto. Torno a ripetere che un tale atteggiamento, in relazione alla faccenda radio-televisiva, riporta a galla qualcosa che da tempo ritenevamo superato. Posso essere ancor più esplicito: mi risulta, per esempio, che sul Monte Elmo posto al confine fra l'Austria e l'Italia, gli austriaci hanno installato un ripetitore per consentire la visione dei programmi austriaci nel Tirolo orientale, e che da parte italiana si fa, premeditatamente, di tutto per schermare quelle ricezioni. Io ho detto apertamente che, tanto per restare coerenti a tale considerazione si dovrebbe, a rigor di logica, rendere passibile di pena anche l'importazione in Italia di giornali tedeschi e l'ascolto di trasmissioni radiofoniche in quella lingua. Questo sarebbe l'atteggiamento adeguato a tali circostanze, sempre che questa gente avesse il coraggio di dire ciò che pensa. Ed ora voglio accennare ancora brevemente a qualcosa cui è collegato il problema del Sudtirolo. Forse tale sviluppo della situazione non avrebbe preso questa piega, non sarebbe scivolato su questo pericoloso binario, qualora la crisi direttiva in seno alla S.V.P. non fosse così evidente. Voi sapete che la classe dirigente della S.V.P. che conduce i negoziati, è giunta ad avere in mano le redini facendo leva sulla parola d'ordine « autonomia vera » intesa inequivocabilmente come tale. Ma voi sapete altresì, — ed ancora meglio lo sanno i membri trentini della Giunta Regionale, che purtroppo questa parola d'ordine la si è ripetutamente dimenticata o tradita. Voi sapete come oggi l'uscita dei Sudtirolesi

dal governo regionale sia divenuta purtroppo solo una questione di apparenze poiché — e questo il Presidente Dalvit lo sa « de facto » — oggi come oggi nulla succede che non sia voluto dalla S.V.P. Comunque ciò crea anche enormi difficoltà ai dirigenti della S.V.P., poiché mentre essi devono rendere credibile che la loro lotta tesa allo sviluppo di una vera autonomia continua strenuamente, devono pure, a getto continuo, fare concessioni a Trento. E tali concessioni sono diventate tanto più pesanti, tanto più drammatiche, da quando fra i Sudtirolesi sono apparsi sulla scena i partiti di opposizione. E quanto più l'accampato diritto di monopolio sta diventando un'illusione tanto più la sfera dirigente — e ciò dicendo intendo fare una netta distinzione fra la sfera dirigente e quella che nel partito è la cosiddetta fanteria — tanto più dicevo dunque la sfera dirigente, per lo meno parte di essa, deve servirsi delle stampelle che in special modo la D.C. le sta offrendo in questi ultimi tempi sempre più frequentemente. Ma ciò si paga, ciò va retribuito poiché anche nella politica vale la contropartita. È giocoforza pertanto guardare al «Pacchetto» con diffidenza. La D.C. crede con esso di acquisire il diritto di influire sui negoziati, crede con ciò di poter aggiogare i Sudtirolesi al proprio carro. Che attualmente il più convinto propugnatore della unità della S.V.P., della sua unità monopolistica, sia la D.C. e che le aspirazioni che si coltivano, anche in seno alla S.V.P., da determinati gruppi vengano ignorate è il cosiddetto segreto di Pulcinella. Basta scorrere la stampa locale per sapere con quanta scrupolosità ci si adoperi dall'esterno per dissimulare il tutto e non certo per simpatia verso i Sudtirolesi, bensì perché ciò dovrebbe offrire la migliore possibilità di stabilire un legame su base di una politica clericale e di partito, il che a

mio avviso lederebbe gli interessi essenziali del Sudtirolo.

Ed ora si sta parlando dell'integrazione. A costo di sembrare stupido devo ammettere che non ho ancora capito cosa si intenda per integrazione; non ne ho afferrato il concetto — o forse chissà l'ho afferrato anche troppo bene! Si dà il caso che io viva qui fin dal 1924 e pertanto so che ciò che una volta si esaltava pubblicamente come integrazione, altro non era che un violento sistema di assimilazione. E gli attuali propugnatori dell'integrazionismo non sono ancora riusciti a farmi cambiare idea; non sono stati finora in grado di spiegarmi in che cosa si differenzi l'integrazione del 1937 da quella del 1967. Se qualcuno ci riuscisse gliene sarei veramente grato.

Ed ora ecco un punto che riguarda senza dubbio i dirigenti della S.V.P. La questione della segretezza. Mi sono spesso chiesto: « Chi può avere interesse alla segretezza se non colui che, di per sé, vuol dimostrare all'opinione pubblica quello che in realtà non è? Soltanto colui che ha qualcosa da nascondere, solo colui che ha credito da perdere, quel credito che il Consigliere Kapfinger — al quale do in questo caso perfettamente ragione — ha rivendicato con tanta fermezza. L'importante è questo: noi Sudtirolesi — ed io credo di conoscere l'Italia abbastanza bene — abbiamo tutto l'interesse affinché i nostri problemi siano resi di pubblico dominio, abbiamo tutto l'interesse affinché gli Italiani, ingannati per decine di anni da una stampa conservatrice e nazionalistica, siano resi edotti sulla situazione del Sudtirolo, che si dica loro cosa in realtà rivendicano i Sudtirolesi; l'importante è che si confutino tutte quelle errate interpretazioni la cui causa va ricercata proprio nell'occultamento della verità. E qui mi chiedo se il prezzo che la S.V.P. deve pagare per conservare l'illusione di essere

l'unica rappresentante dei Sudtirolesi non sia troppo alto. Desidero ora fare una breve precisazione: Quale portavoce del Partito Progressista Sociale dichiaro che noi non partecipiamo né mai abbiamo partecipato sia alle trattative preliminari, sia alla discussione, sia alla responsabilità del cosiddetto « Accordo ». Questo era d'uopo puntualizzarlo. Devo però aggiungere che non intendiamo ritirarci in un angolino, né intendiamo rifugiarci in una sterile critica dicendo che nulla va per il giusto verso; noi crediamo — e ciò a rigor di logica si riallaccia per così dire a quanto ha citato il Battisti — che la vera autonomia del Sudtirolo debba essere, in senso figurativo, una limpida piattaforma non vincolata a Pacchetti né a concessioni date metà a metà e che sono sempre connesse ad interminabili formalità burocratiche e ad ogni sorta di ostacoli giuridici. Consentitemi di ripetere quanto Cesare Battisti disse a suo tempo: « Solo con la vera autonomia dei diversi gruppi etnici si potrà conseguire un indipendente sviluppo economico e sociale ». Di questo bisognerebbe prendere atto e porlo sempre più in evidenza. Perciò il nostro non è l'atteggiamento di Outsiders protestatari, di un partito il quale pur di indebolire la posizione politica della S.V.P. si tiene in disparte, bensì l'atteggiamento di un partito consapevole che ad un futuro pacifico si può giungere solo attraverso ben concrete valutazioni politiche e traendo insegnamento dalle vicende storiche che hanno accumulato ed accomunano Trentino e Sudtirolo. Poiché voi sapete che il problema delle minoranze è gravoso e che le alternative per risolverlo sono minime: o l'assimilazione oppure rispetto e tolleranza. In Spagna è stata messa in atto la prima alternativa ed è stato addirittura stampato un simpatico libretto in merito, ma io non credo che ci si possa avvalere di un tale esem-

pio. D'altro canto in tal modo vengono creati rapporti ben definiti i quali sono appunto possibili sempreché anche in considerazione di un futuro sviluppo in campo europeo, si riesca a superare il pensiero dello Stato nazionale. No, non vi sono altre alternative, e lo si è potuto constatare negli ultimi 50 anni durante i quali gli uomini politici, vuoi fascisti che democratici, non sono riusciti a trovare alcun'altra valida soluzione. E questo atteggiamento, che ricalca volutamente e scientemente quelle che furono le funzioni ed i compiti dei socialdemocratici trentini a cavallo del secolo, questo nostro atteggiamento, ripeto, lo manterremo apertamente poiché, quali socialdemocratici siamo fautori della democrazia, della libertà e del rispetto di ogni minoranza. Per giungere alla soluzione di questi problemi non esistono scorciatoie, né sussiste alcuna possibilità di sottrarsi.

Ed ora devo toccare un argomento che è già stato trattato; lo eviterei più che volentieri, ma anche il nostro partito ha qualcosa da puntualizzare in merito a quanto espresso dal P.S.U. sul problema del Sudtirolo. Di tali dichiarazioni abbiamo preso atto con stupore. Non intendo assolutamente polemizzare; lungi da me l'idea. Comunque abbiamo deciso di manifestare attraverso un comunicato un nostro netto distanziamento da quelle che sono le idee del P.S.U. Non intendiamo, con ciò, dare la stura ad una sterile controversia sul chi sia il migliore: se noi o quegli altri socialisti. Non gioverebbe a nulla, significherebbe solo fare una questione di lana caprina. Molto più semplicemente noi riteniamo che simili punti di vista non si conformino a quelle che devono essere le convinzioni socialiste. Come ho già detto ho preso atto con stupore di tale atteggiamento, tanto più che già un anno fa, mi sembra, il Deputato Molignoni ha reclamato la divisione

delle due Province. Non comprendo proprio — evidentemente ciò esula dalla mia normale capacità interpretativa — perché le rivendicazioni ritenute valide in analoga situazione, fino ad un anno fa, vengano ora ritrattate. Non voglio polemizzare entrando nei particolari, dato che lo ha già fatto l'Assessore Benedikter. Comunque dico apertamente che in tal modo si smantellano gli ideali della socialdemocrazia. Mi è altresì chiaro che parecchie delle richieste contenute in questo programma se le si guarda semplicemente così, senza connetterle al problema del Sudtirolo nella sua complessità — dunque eguaglianza per tutti i cittadini, niente tutela etc. — sono del tutto giuste ma, « in casa dell'impiccato, si sa, non si deve parlare di corda » vale a dire che per il Sudtirolo tali richieste non bastano, che non si può, di quelli che vorrei definire elementi teorici fare una regola quando poi di questa regola si è unilateralmente abusato per decenni. È questa la questione che noi mettiamo in tavola. Posso e voglio dirlo apertamente, non mi sono recato al congresso socialista perché non avevo ancor preso opportuna visione del documento. Il mio partito, la mia presidenza, aveva deciso che non si dovesse partecipare al congresso se prima non si fosse informati sul contenuto del documento. È sottinteso che non intendiamo dividere le responsabilità se non sappiamo che cosa bolla in pentola. Con sommo piacere ho però aderito, il giorno dopo, all'invito fattomi in forma privata dall'Onorevole Ferri e gli ho parlato apertamente sollevando le stesse concrete obiezioni che sto qui esponendo; gli ho detto esplicitamente: « Senza dubbio qualcosa in teoria è giusta, ma se la commisuriamo al passato del Sudtirolo alla concreta realtà del problema, non vorrei certo convincermi che quanto noi esigiamo si limiti semplicemente al « bilinguismo », considerato poi che in nome

del « bilinguismo » si sono già fatte cose di tutt'altro genere. Non è solo a quello che tendiamo, che rivendichiamo ». La tutela della minoranza, che noi socialdemocratici ci siamo assunta — ciò è riportato sui programmi dell'Internazionale Socialista, la difesa di ogni minoranza sia essa razziale, politica o religiosa ci impegna alla ricerca di mezzi che a questa minoranza possano giovare. Noi quale Partito Progressista Sociale potremmo accettare i principi che qui sostenete, solo qualora essi rispecchiassero veramente i nostri intendimenti e non per motivi demagogici, e difenderli questi principi presso la nostra gente. Non per motivi demagogici — lo ripeto ancora — né per motivi di carattere elettorale, bensì soltanto perché ideologicamente convinti della loro validità. Non ha senso allargare la polemica, non voglio proprio farlo. Spero solo — e nel Deputato Ferri ho trovato un garbato e simpatico « interlocutore » — sia vero quanto da lui asserito e cioè che questo sarebbe solo il punto di partenza; gli ho fatto presente che come punto di partenza lascia piuttosto a desiderare ma che si spera possa venire superato. Perché su tale base non si può ricostruire un'unità per il conseguimento della quale è toccato, in special modo ai socialdemocratici — indipendentemente dalla loro appartenenza etnica — di spianare la strada verso iniziative efficaci per il Sudtirolo. Comunque, francamente detto, temo che neanche questo contributo sarà sufficiente a favorire lo sviluppo democratico dei Sudtirolesi. Del tutto tipica è la reazione di una parte della sfera dirigente sudtirolese, la quale, di per sé non si è limitata a colpire alle spalle il Consigliere Benedikter ma ha tentato in seguito anche di screditare le sue dichiarazioni definendole « personali ». Da ciò emerge sino a qual punto sia giunta la confusione mentale in campo dirigente, se in seno ad esso si crede

di poter, mediante tattiche elettorali o Dio sa quali altre riflessioni, evitare o ignorare questi problemi di fondo. E sarebbe stato un errore — mi rincresce di doverlo qui dire apertamente — se, quale partito responsabile sudtirolese, non avessimo anche noi preso posizione in questo problema e dobbiamo dire a conclusione: « Non è questa la strada da percorrere, non è questa la strada giusta; essa conduce a nuovi inasprimenti, conduce alla svalorizzazione dei concetti socialdemocratici, cose queste che non auspichiamo né vogliamo.

E prima di concludere definitivamente voglio ancora dire: « Anch'io mi sono a suo tempo rifiutato di includere nel dibattito l'argomento sul piano di coordinamento territoriale perché credo che non si possa utilizzare questo piano come valida argomentazione contro le aspirazioni autonomistiche sudtirolesi. Bisognerebbe altresì riconoscere, quali propugnatori della democrazia — ed i socialdemocratici o socialisti lo sono « per eccellenza » — che il piano di coordinamento è una faccenda che riguarda la Provincia di Bolzano, e che la messa a punto di tale faccenda è subordinata alla situazione politica sussistente nella nostra Provincia. È una questione questa che riguarda noi e per la quale ci troveremo a bisticciare con la S.V.P. e con tutta quella gente che ha i propri rappresentanti in seno al Consiglio Provinciale. Ma a noi, caso mai, non servirebbero « Patroni » per sostenere o falsare le nostre argomentazioni sullo sviluppo del piano, anche se ciò potrebbe alle volte forse tornare a vantaggio dei socialdemocratici sudtirolesi. È il Consiglio Provinciale Sudtirolese che sotto la propria responsabilità e senza influssi dall'esterno, deve decidere sulla faccenda. Anche qui, onde evitare qualsiasi malinteso, desidero dire apertamente che questo non vuole essere, un atteggiamento di dispregio né da parte della

destra democratica, né dei colleghi socialisti italiani e tanto meno della minoranza italiana. La faccenda, secondo il libero gioco delle forze democratiche, deve avere le sue possibilità di sviluppo. Ciò è evidente e deve essere posto in rilievo.

E credo con questo di aver concluso le mie argomentazioni. Noi riteniamo — lo ribadisco ancora una volta — che i nostri intendimenti, la nostra critica, che si riporta peraltro a quelle proposte, possano rendere percorribile quella strada che, escludendo qualsiasi forma di radicalizzazione, offra la possibilità di una pacifica coesistenza fra le popolazioni locali, nella speranza inoltre, che lo spirito che si accompagnerà a questa soluzione possa consentire anche di realizzare un miglior ordinamento sociale e condurci pure ad una convivenza migliore e pacifica dei popoli europei.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, on. consiglieri, è questa la diciannovesima volta dalla istituzione della Regione che il Consiglio regionale si accinge all'esame del principale documento di attività dell'Ente. È vero, ed è con questa nota di sapore anagrafico, on. Presidente, che lei ci ha invitato alla meditazione. Diciannove anni, non possiamo fare a meno di constatarlo. La nostra Regione ha 19 anni, e lei ha fatto molto bene a metterlo in evidenza, dal momento che tanto volentieri si perdona ai minorenni. E che la nostra, on. Presidente, sia una Regione in minigonna ce lo ha confermato lei nell'ultima delle 72 pagine in cui la sua relazione si condensa, là dove afferma inevitabilmente per la nostra autonomia una strutturazione diversa nell'assetto giuridico e costituzionale, che non potrà mutare

il fondamento di essa per la sua fedeltà agli ideali della libera democrazia e del rispetto della persona umana. Lei se la ricorda la danza del mappamondo, on. Presidente, il pianto disperato di Chaplin dittatore, allorché quel suo giocattolo stupendo gli si frantuma in mano? Ecco, la nostra Regione è un tantino così. E che valgono, allora io mi son chiesto, on. Presidente, che valgono le sue pagine, le sue molte lunghe pagine irte di cifre? Che valgono, mi son chiesto, le sue leggi che dice in parte eseguite e in parte ancora da farsi? Che valgono quando le ore spese nella lunga lettura, on. Presidente, di quella sua relazione, non riescono purtroppo a cancellare in noi i brevi istanti dedicati alle vittime innocenti e talora inconsapevoli di chi, come lei afferma, ha punteggiato di esplosioni e di sangue la vita regionale? Ed è forse allora attività legislativa la nostra, on. Presidente, attività legislativa per quanto meditata, seria, proficua, che possa conferire a noi pure, a lei, alla sua Giunta, innocenza e colpevolezza? Io mi sento tranquillamente nella posizione di negarlo, perché questo è il fallimento di una politica e degli istituti che essa doveva interpretare. Il problema dell'Alto Adige ha aspetti poliedrici, così ha scritto un tempo non tanto lontano il cons. Molignoni. Ha aspetti poliedrici, ed era il cons. Molignoni della *belle époque*, il cons. Molignoni prima maniera, quando imperversava ancora il cancan. Dopo, la vicenda si è mutata, e anch'egli si è dovuto adeguare a nuovi ritmi, al valzer viennese. L'unificazione sopraggiunta lo ha portato più volte ormai a mutare passo. In effetti, se qualcosa vi è di poliedrico, vorrei affermare, nella nostra vicenda altoatesina, questo non è tanto il problema, cons. Molignoni, quanto piuttosto di uomini che al problema si sono accostati per analizzarlo, per studiarlo. E così non ha più senso l'altra affermazione sua, alla

prima conseguente: è difficile perciò dire qualche cosa di nuovo. No, cons. Molignoni, non è difficile, il trasformismo è sempre stato privilegio di certo pensiero socialista. E, pertanto, fin che c'è vita io son convinto che ci sia ancora speranza, magari al prossimo bilancio. Caso mai tornerà nuovamente l'on. Ferri a confermare la coerenza della sua filosofia altoatesina. Ed anche in ciò, vede, vi è l'indice di quel disfacimento; ci è dato anche in questo cogliere la misura del fallimento, in questa ricerca postuma di una mitica unità entro cui ricondurre il partito unificato più che mai su questo tema bicipite. Fallimento d'uomini, dicevo prima, ed è evidente che, conseguenza di tale fallimento, sia anche il fallimento delle idee, il fallimento di ideali. E lei, on. Presidente della Giunta, questa realtà pensa e crede di trascendere con il mito di una strutturazione diversa; lei ha teorizzato e ipotizzato la strutturazione diversa. Ma diversa in che cosa, di grazia? Germania est, Germania ovest, nel cuore dell'Europa; zona A, zona B, nel cuore dell'Adriatico; due Coree, due Cine, due Vietnam. Ecco, in questa divisione è il simbolo di questo mondo nato dal secondo conflitto combattuto, come si disse, in nome della libertà dei popoli. E poi? E poi le divisioni, le cortine, i muri, il sipario. Così a Gorizia il confine dentro un cimitero a separare i morti; a Berlino un muro dentro la città a separare i vivi. E non ci siamo accorti noi, tutti presi a contemplare i muri, i sipari in casa d'altri, le cortine altrui, non ci siamo accorti noi che lo steccato si alzava in casa nostra. Ecco la sua strutturazione diversa. È in questo che si può cogliere, a questa matrice, a queste origini, uno steccato duplice. Badi bene on. Presidente della Giunta, uno steccato duplice a separare innanzitutto e prima i trentini dai comuni mistilingui, un tempo, dalla provincia di Bolzano ora; a separare in Alto Adige uo-

mini, famiglie, dai due gruppi, che vi hanno convissuto e che vi convivono. Irreale, allora, me lo consenta, questo suo convincimento che nuove formule abbiano a rinnovare ciò che nelle vecchie mai non c'era stato: la fedeltà cioè agli ideali della libera democrazia e del rispetto della persona umana. Eccoli, on. Presidente, eccoli i suoi miti, questi suoi due ultimi miti, eccoli. E quanto alla maggioranza che governa la provincia di Bolzano, essa non è politica, cioè modificabile attraverso la discussione e la polemica politico-ideologica, bensì etnica, cioè di pura forza, dunque in sé non democratica. Badi bene, on. Presidente, questa è prosa maschia, dovuta a persona che porta responsabilità in Giunta a Bolzano. E poiché io l'ho definita, mi son permesso, mi son arbitrato di definirla prosa maschia, debbo precisare subito che appartiene essa ad una donna. Debbo precisarlo, perché non vorrei che lei immediatamente pensasse al cons. Malignoni o al cons. Bertorelle. No, è prosa maschia, dico. Ed ora le parole, le parole dure, spietate, che lasciano in noi non so se sbigottimento o gelo, parole comunque che vanno profondamente meditate. « Basta vedere l'insofferenza, l'odio, il disprezzo, con il quale sono trattati dai membri della S.V.P. i due consiglieri di lingua tedesca che appartengono ad altri partiti ». Di che sono colpevoli, on. Presidente? Dico sul piano politico, di che sono colpevoli? Di nulla o di poco, perlomeno se ci riferiamo al più giovane dei due. Professa egli, me ne sono accorto, uno strano socialismo epiletico che cura sempre di più con le supposte acquistate nella Apoteke di Volgger. Se ne è accorto perfino il sen. Berlanda che nel suo recente intervento, al di là di una politica del dispetto, ebbe a riconoscere, come disse, che alle tesi della S.V.P. si allineano i sentimenti dei socialdemocratici di lingua tedesca. Né deve trarci in

inganno, penso, l'accusa rinnovata sempre, perché mutuata dai socialisti di nostra lingua, di casa nostra, e rivolta alla S.V.P., l'accusa cioè di conservatorismo, di un conservatorismo politico e sociale. Ma cosa domanda in definitiva di diverso il cons. Jenny? Lo abbiamo sentito appena in questi attimi; nulla egli domanda di diverso. Infatti egli accusa i conservatori semmai di aver chiesto e ottenuto troppo poco. Con Saragat, afferma, si stava meglio, io voglio allora il pacchetto, l'ancoraggio, l'autonomia, in formato Saragat. E se conservatorismo razziale allora è quello rinfacciato alla S.V.P., il suo di diverso in definitiva cos'è? Perché odiarlo, se questa è la situazione politica, allora io mi domando? E l'altro, l'altro esponente di forza politica diversa ma di origine etnica altoatesina, l'altro, l'anziano, quale colpa politica avanza? Anche di lui mi son posto il problema. Vanta forse la colpa di essere un gentiluomo, o quella non piuttosto di averci quotidianamente dimostrato il significato vero, umano, civile e valido che nasce dall'incontro di due civiltà, di due culture, diventate una, per quella sintesi meravigliosa che soltanto lo spirito sa compiere, proclamare ed affermare? È forse questa, io mi son chiesto, la sua maggior colpa sul piano politico? Il Sudtirolo può vantare nella sua storia molti eroi, ma non tutti i sudtirolesi sono degli eroi. Così il nostro Peter nazionale, che per sua divisa ormai da tempo ha assunto l'aureo silenzio, così il nostro Peter nazionale ebbe a dire una volta, non tanto tempo fa in una conferenza all'estero, e questo disse riferendosi all'assessore Raffener. Eppure, io dico, c'è voluto dell'eroismo allora, dell'eroismo certamente dimesso, non magniloquente, ma eroismo sempre, per rompere un cerchio di egoismi, per scegliere coscientemente un posto ove combattere le più belle battaglie che si ispirano agli ideali umani, rari, rari tanto, pur-

troppo, ho capito fino a questo momento, tra gli amici del nostro Peter nazionale. E che si pagano, si pagano appunto con l'insofferenza, l'odio, il disprezzo. Ma, se ci guardiamo attorno debbo concludere tristemente che questa merce non è che manchi anche in casa nostra, purtroppo. Il Presidente della Giunta regionale un giorno ha detto ai giornalisti: non si può giudicare da quello che fa Raffeiner o della sua assiduità. Del resto è noto che non c'è alcun accordo politico alla base della sua presenza in Giunta, e tutti sanno come vi è entrato. Con piena dignità, direi io, vi è entrato. Con piena dignità, anche se lo hanno proposto e sostenuto e votato le minoranze, anche se la Giunta non lo aveva proposto. Con piena dignità è entrato. Ma tutto questo, allora, tutto questo merita effettivamente insofferenza, odio, disprezzo? Ecco, questi sono gli steccati, non solo posti allora e purtroppo tra di noi e loro, ma anche all'interno della loro stessa umanità, della gente loro. Ed è strano, on. Presidente, è strano come l'aula di Montecitorio così sorda e grigia, allorché si dibattono i bilanci dello Stato, diventi all'improvviso ciarlieria, eloquente, popolata, allorché dell'Alto Adige si discute. È strano, e più strano ancora, me lo creda, me lo consenta, on. Presidente, più strano ancora è constatare come dai banchi della S.V.P. tutto si sa, tutto si conosce o perlomeno si finge di conoscere e sapere su Tolomei. Dall'altra parte invece non si conosce Fichte e il mitus del ventesimo secolo. Alla sinistra poi, sia essa di osservanza moscovita o pechinese, non ha importanza, il cordone ombelicale dell'ignoranza storica e della faziosità politica si snoda di banco in banco, su fino alla pancina etnica dell'on. Vaia o del sen. Sand. Così Lussu, il sen. Lussu, può affermare fra i padri della patria quando parla del problema altoatesino. Fu allora, e si rivolgeva ai banchi della S.V.P.,

fu allora che io gli dissi che se Cesare Battisti non fosse stato fucilato e non fosse neppure caduto nelle mani degli ufficiali austriaci e fosse sopravvissuto alla guerra, con ogni probabilità non avremmo avuto i confini al Brennero ma a Salorno. Per fortuna, cons. Jenny, c'è qui lei a sostenerci, c'è qui lei e c'è anche il suo centro di lettura, e dopo quanto ho letto io sono certo che lei non vorrà far mancare al sen. Lussu quel suo libro appunto dedicato a Cesare Battisti. La fotografia in prima pagina, ho visto, è quella estremamente ributtante dell'impiccagione, e non, badi bene, per la corda che nell'ultimo strappo riesce a turbare un istante la serenità di quel volto d'uomo, ma per il ghigno ributtante, direi, del boia e di quanti attorno a lui e con lui in quel momento si sentono giustizieri ed indici. Quella, badi bene, cons. Jenny, è la prima di una lunga serie di fotografie in cui si è immortalato l'ultima aberrante e disumana sevizia, apportata dagli stessi uomini che lo circondavano a quel corpo ormai senza vita. In l'Italia barbara, l'Italia fra le due guerre non ha mai permesso che quei documenti venissero pubblicati, non lo ha permesso in nome della civiltà e in nome anche della comprensione. I noi trentini, noi generazioni giovani del Trentino, sapesse quanto siamo riconoscenti ai nostri padri per il silenzio talvolta e per la discrezione sempre usata, allorché sfogliavano con noi le pagine della nostra storia! Lo mandi, con Jenny, quel suo libro al sen. Lussu, lo mandi tanto più che lei è abilitato pienamente a farlo. A tergo di quella fotografia sono riportate con raffinatezza, direi, tutta teutonica i ringraziamenti dell'autore alla figlia dell'impiccato. Io mandi al sen. Lussu il libro. Lei si ricordi che questo può indubbiamente fare, perché l'unico consigliere di questa Regione che mi spinse il libro su Cesare Battisti che la Regione ci aveva distribuito, lei solo lo respinse

mittente. Forse mi son chiesto perché s'era sentito offeso nella sua natura etnica; allora forse, ma oggi non più, dal momento che lei i libri su Cesare Battisti li vende e li vende anche a noi italiani. Il suo spirito evidentemente si deve essere acquietato. Ma non è questo il motivo molto probabilmente, il motivo è un altro, e va ricercato nel fatto che a lei piace, probabilmente, l'impiccagione secondo Gatterer. Ecco, in definitiva, perché li vende. E accanto a lei, a provvedere alla bisogna, per fornire notizie storiche sui fatti del primo dopoguerra, penso debba intervenire anche la federazione bolzanina del partito comunista. Anche essa, penso con in omaggio l'espistolario cioè degli scritti politici di Cesare Battisti, raccolti a cura di Paolo Alatri e di Monteleone, storici e l'uno e l'altro, serissimi e l'uno e l'altro, marxisti e l'uno e l'altro, professore universitario il primo; ex deputato, attuale deputato meglio ancora, professore di liceo il secondo. Penso che avranno anch'essi ringraziato a piè pagina la figlia del martire trentino, dopo di che hanno epurato le lettere del padre di tutti gli accenni e richiami al confine del Brennero, ed hanno epurato anche taluno dei suoi discorsi e dei suoi scritti che a questo confine . . .

AGOSTINI (P.L.I.): Purgato!

PREVE CECCON (M.S.I.): No, non posso dir « purgato », se no pensano che abbiamo dato l'olio, è troppo presto. Taluno degli scritti suoi, politici. Poi, per completare la opera hanno riportato apocrifa una affermazione, che andava bene per le loro tesi politiche, per le loro tesi masochiste. In definitiva quindi non mi meraviglia affatto l'affermazione rilasciata, nella recente conferenza stampa: « Non senza importanza appare inoltre l'opportunità

di rimuovere i simboli del fascismo, la cui esistenza offende quotidianamente la grande maggioranza degli italiani e provoca una impressione falsa negli ospiti di altre nazioni ». Non senza importanza quindi la rimozione dei simboli fascisti, che non sono — è qui il problema —, non sono, si badi bene, la Lancia, la Montecatini, la Magnesio, non sono le Acciaierie, no, sono i monumenti. Provate a chiedere che si attui una preferenza all'interno del pacchetto su questi simboli da rimuovere, perché non lo chiedete? Provate. Fabbriche o monumenti? Ma tant'è vedete, ormai neanche questo argomento ha più importanza. Se si epura per motivi politici il pensiero di Battisti da chi invoca chissà quali eredità di affetti, si può rimuovere benissimo anche il marmo che lo ricorda. Solo, state attenti, cari colleghi, che anche l'epurazione risponde perfettamente ad una sua logica, una logica spietata, che tutto stritola. La politica italiana del resto ne fa ampiamente testo, ce lo dimostra. La politica di questo ventennio, nato dall'epurazione questo dimostra. La prima sul piano politico è stata l'estrema destra, totalitaria, si è detto; poi son giunte le mezze ali, conservatori si disse, dei monarchici e dei liberali. Poi i marxisti pretesero dalla D.C. l'epurazione interna. L'ostracismo cioè alla destra del partito. L'epurazione ha una sua logica anche in Alto Adige. Prima i fascisti, non noi, il collega Mitolo o il sottoscritto che vi parla, no, ma Odorizzi, che la crisi dell'istituto aveva evitato con i voti nostri. Questa è la tesi dell'on. Scotoni. Poi fu la volta dei simboli del fascismo. Si giustificarono a questo titolo le prime ondate di attentati dei dinamitardi. Ed ora? Ora arriva il bello, l'eredità dei Tolomei non sono io, non più io spalanco le porte all'italianità che sale, ma i socialisti. Ecco la logica dell'epurazione. E perché i socialisti? Ma perché anch'essi sono incappati in un problema che

non ammette visioni unilaterali, e se un significato hanno le notti lunghe, vegliate a tavolino dal cons. Molignoni, come ebbe a dichiararci ieri, esso significato si identifica nell'esigenza di tutelare in qualche modo anche la vita del gruppo etnico italiano. E questa tutela non significa offesa di diritti altrui, anche se per garantirla si deve necessariamente urtare contro impostazioni e visioni ed esigenze manifestate da altri, ma che, se accolte, sarebbero senz'altro essenziali alla vita del gruppo etnico italiano e sarebbero soprattutto contrarie alla giustizia e sarebbero soprattutto contrarie e contro lo Stato, perché anche lo Stato, mi sia consentito, ha una sua vita.

Il cons. Molignoni ha detto un giorno: possiamo dire che la sostituzione di un contatto diretto con lo Stato, senza inutili diaframmi e senza l'interposizione di cornici ormai fossilizzate, non può che contribuire ad una più chiara assunzione di responsabilità da parte di tutti. Non parlo evidentemente io in questo momento delle cornici fossilizzate, perché il cons. Molignoni su esse ha mutato idea, ma del diaframma sì posso parlare. Esso, se ben ricordo, era costituito dai trentini. Togliamoli di mezzo i trentini. Ma lo Stato? Ha pur da esistere lo Stato, e non si pretende, badate bene, dati i tempi, che esso posseda come il Colleonio un triplice segno della viril possanza. No, non lo si pretende, ma che sia giusto sì. E quando il Presidente della Giunta regionale teme il radicalizzarsi di una situazione in cui la forza e non la ragione potrebbe affacciarsi come unico rimedio, dimentica che non entro questi termini lo Stato quando è tale si pone e va ricondotto e si attua, ma si attua e si riconduce nel diritto. E tutte le azioni politiche sotto di esso si riconducono. Così, un tempo, si poté dire che non v'era intenzione alcuna di dare quelle garanzie di perpetuità del germane-

simo nella Regione atesina. Un tempo, come vi richiedeva il Verband, mentre ora ci si chiede come conciliare quella richiesta ripresentata nuovamente, quella richiesta, con le esigenze di vita e di sviluppo di chi a quel mondo non appartiene, ma con il quale deve necessariamente vivere, deve crescere, deve operare, deve produrre. E non appena, a modo vostro, queste esigenze intendete porre, automaticamente diventate dei fascisti, il che del resto sta a rivestire di luce diversa, cons. Molignoni, anche il fascismo. E allora andiamoci piano con le epurazioni, perché anch'esse posseggono una logica: oggi come oggi il simbolo fascista è diventato lei, lo abbiamo sentito dal cons. Benedikter, è diventato lei cons. Molignoni e io le auguro di stare attento ai botti, di più non posso augurarle. Del resto, di ben più grandi botti il suo partito ci ha abituati e ce ne ha offerti all'ultimo dibattito alla Camera. Perché, on. Presidente della Giunta, l'altra cosa strana è questa: tra i banchi del Parlamento prospera il Dienertalent, almeno da parte di certe forze politiche, quasi a contrappuntare i convincimenti che colpe e misfatti parlino soltanto la lingua italiana. L'on. di Primio al riguardo, del suo partito, cons. Molignoni, in un ampio intervento di politica estera, ha sostenuto che l'Italia sconfitta nulla aveva da sperare al Brennero, mentre l'Austria da un punto di vista giuridico poteva benissimo sostenere che, avendo subito soppresso nazista nel 1938, non poteva essere chiamata a rispondere delle tragedie e delle follie della guerra hitleriana. Anche all'on. di Primio un libro, cons. Molignoni. Un libro che è di uno storico inglese, badi bene, è di scuola laburista, insospettato quindi. Non uno storico codino come se ne sogliono trovare fra la gente che la pensa magari come il sottoscritto, e l'opera intera sulla scuola laburista, come indagine storica, come metodo sto-

rico, è impostata. Il titolo: L'Anschluss. Dice: « La filosofia dell'Anschluss aveva subito sensibili alti e bassi nei vent'anni di vita della repubblica austriaca; nel novembre 1918 i sei milioni e mezzo di austriaci di lingua tedesca, eredi impoveriti di quell'antico impero comprendente 50 milioni di cittadini di razze diverse, che era stato formalmente smembrato a Versailles, dichiararono apertamente di essere parte integrante della repubblica tedesca al di là della frontiera settentrionale! Per i socialisti austriaci come Renner e Bauer, che a quel tempo erano a capo del governo di Vienna, ciò aveva un fondamento ideologico quanto diplomatico » E continua: « Nel 1919 il Paese fu costretto col trattato di S. Germano ad abbandonare il nome di Austria germanica, che aveva scelto, ed a chiamarsi semplicemente Austria; lo stesso trattato ribadì il veto a L'Anschluss già espresso a Versalia e impose che la repubblica rimanesse indipendente, a meno che e fino a che la società delle nazioni non decidesse altrimenti ». E conclude: « Come la benedizione di Innitzer aveva contribuito a far accettare l'imminente plebiscito fin nei più remoti villaggi di montagna che potessero vantare la presenza di un sacerdote cattolico, così ora l'appoggio più misurato di Karl Renner lo rese accettabile nelle cellule delle fabbriche e nelle case operaie della città. Per l'austriaco normale l'Anschluss cominciava ora ad assumere la fisionomia non soltanto di un fatto storico individuale, ma di un avvenimento quasi santificato dalla benedizione congiunta dei due avversari che, assai di rado, si erano trovati d'accordo su qualcosa. Perciò, quando il 10 aprile 1938 furono vuotate le urne, non fu una sorpresa l'annuncio che vi era una maggioranza del 99,73% a favore di Hitler; secondo i dati ufficiali, dei 4.484.000 elettori, 4.453.000 ave-

vano votato sì e soltanto 11.929 no, mentre altri 5.776 audaci avevano danneggiato le rispettive schede ».

Ecco, cons. Malignoni, questi esattamente sono i limiti del soppruso nazista, patito dall'Austria. Chiesa e socialisti uniti, per che cosa? Per il requiem im rot, weiss, rot. Uniti a spalancare le porte ad Hitler, come del resto, badi bene, era avvenuto in Italia: socialisti e chiesa avevano già spalancato le porte al fascismo, a Mussolini. Non solo quindi in Parlamento si sposa la tesi di un fascismo cattivo, a cui attribuire anche il crimine delle opzioni, ma si sostiene pure la tesi di un'Austria buona, di un'Austria nazista suo malgrado e contro la sua volontà. Si cita da parte di tutti gli uomini politici della sinistra l'on. Volgger, presente sempre in Parlamento. Egli è qui, oppure egli si trova negli uffici del suo partito a stendere la relazione che ci leggerà domani, ma è qui raramente, con quella forza e quella intensità con la quale è presente invece nel Parlamento nazionale, quando di lui gli uomini politici italiani dicono che era rinchiuso in un campo di concentramento nazista. E si dimentica in quel preciso istante i molti e i molti e i molti che, in divisa nazista, magari in quel momento, guarda caso, facevano la guardia al campo in cui era rinchiuso l'on. Volgger. Dienertalent, tanto Dienertalent, ed esiste una variante ad esso, purtroppo, esiste una variante dovuta alla parte democristiana. Appartiene al sen. Omnibus. Il sen. Omnibus, esperto di problemi altoatesini, non per nulla egli fu per lungo tempo presidente dell'atesina. Ancora oggi io mi domando cosa mai volesse dimostrare il sen. Omnibus con il suo intervento. Eran giornate calde, il Presidente del Consiglio chiedeva alle Camere in quel momento fiducia, chiedeva l'autorizzazione a condurre trattative con uno stato straniero. Tutti, tutti in quel mo-

mento portavano il loro contributo alla soluzione del problema. Vediamo, mi son detto, vediamo questo diaframma trentino, questo diaframma democristiano come si comporta. Da lui, da lui finalmente, mi son detto, nasceranno soluzioni, verranno suggerimenti, germigneranno idee. E in realtà ancor oggi io mi domando quale sia il significato morale e politico del suo intervento. Contrappone egli innanzitutto i due irredentismi, quello trentino illuminato, quello altoatesino un tantino troppo baricadero. E le sue tesi, badate bene, le sue argomentazioni, egli le sostiene con le testimonianze d'alto nome, d'alto lignaggio. Così i mallevadori, per quanto attiene la storia del Trentino irredentista egli li coglie tutti tra i liberali, per quanto attiene la storia del Trentino nel primo dopoguerra egli li assume tutti dai socialisti. Di uomini suoi neppure l'ombra, neanche un cenno. E questo mi pare sia veramente sintomatico, e mi son chiesto allora se proprio da simile posizione, impostazione, potevano sorgere idee, suggerimenti e indirizzi che esprimessero il pensiero della D.C. di Trento. E tralascio in questo momento le citazioni d'ordine storico che, in quanto tali, avrebbero perlomeno l'obbligo di rispettare l'anagrafe della storia, le tralascio, perché costituiscono esse il 95% del lungo intervento. Mi accontento invece della impostazione. Eccola: esisteva un irredentismo trentino, e che cosa esso fosse ce lo dice un patriota di profonda fede, Scipio Sighele: «Vi è una concezione storico-sentimentale dell'irredentismo, che consiste nel credere che esso sia quel partito o quella tendenza che vuol far subito la guerra all'Austria per riavere Trento e Trieste. Questo, lo affermo, non il mio irredentismo, il mio è difendere la nazionalità italiana delle province irredente, che è minacciata di soppressione e di assorbimento, di difenderla perché a poco a poco non sparisca,

come già in parte è avvenuto e va dolorosamente avvenendo, difenderla perché noi possiamo ancora ritrovare intatte di lingua e di fede italiana quelle province nel giorno in cui i fatti immancabili consentiranno che tornino a noi». E commenta l'on. senatore: «Un sentimento così nobile e fermo ci colpisce ancor oggi, ma non colpisce solo chi parla italiano; anche chi ha dietro di sé mille anni di storia e di civiltà tedesca ragiona in questi termini, ed è ciò che accade nei migliori sudtirolesi, nei più responsabili. Ma vi sono, nella massa naturalmente, anche forme irresponsabili, aberranti, di chi per perseguire analoghi fini si organizza nel terrorismo incivile e disumano». Ecco, questa io direi è la tesi ancor valida e riesumata della coscienza nazionale positiva, che era tipica del partito popolare anteguerra. Basta saper attendere, basta saper aspettare. I fatti immancabili, come diceva Sighele, appunto perché tali non mancheranno mai nella storia. E le forme irresponsabili, aberranti dei terroristi, somigliano tanto con questa impostazione, mi sembra di capire, all'intemperanza di quello strano uomo idealista che si chiamava Daniele Manin, il quale al grido «non vogliamo che l'Austria diventi più buona, vogliamo che l'Austria se ne vada», anche a quell'epoca, badate un po', s'era messo a fare il dinamitardo, anticipando i tempi. Secondo questa tesi allora bisogna scegliere il pacchetto innanzitutto, e quindi trarremo gli auspici. È vero, on. Presidente, che essi trovano garanti in chi coinnesta il tenero virgulto altoatesino al tronco ben più robusto delle frontiere europee così come sono sorte dal secondo conflitto mondiale. Io però, guardi, non mi fido, non mi fido perché gli antirevisionisti d'oggi appartengono ai revisionisti di ieri. S'era spenta da poco infatti l'eco della seconda guerra mondiale che già qualcuno s'era recato a Belgrado per barattare

Gorizia con Trieste, attuando in tal modo il primo processo di revisione alle frontiere, posto in atto nell'Europa inquieta all'indomani del conflitto. Naturalmente tutto questo avveniva a danno nostro ed anche questo rientra purtroppo nella logica dei fatti, rientra nella logica della tradizione, e perciò diffido.

In quanto a lei, on. Presidente della Giunta, non so perché abbia ritenuto di voler porre in essere un dilemma. Dice: il problema dell'Alto Adige da troppo tempo, ormai, costituisce uno dei temi fondamentali del nostro lavoro. Da troppo tempo; da troppo tempo uno dei temi fondamentali. Allora direi che è conosciuto, direi che lo si è sviscerato, analizzato, direi che si sono approfonditi idee, opinioni, direi che si sono offerte impostazioni. Se ne saranno formulati indirizzi e prospettive, però, malgrado questo, lei invita egualmente alla discussione. Affinché, dice, il dibattito politico sullo stesso consenta a noi, che qui operiamo, di chiarire i rispettivi punti di vista. Ne ha intesi lei di punti di vista, ne ha sentiti punti di vista. Neppure i socialisti han detto qualcosa che a noi serva. E mi spiego. L'orientamento del P.S.U. scaturirà con chiarezza al fine di determinare una svolta positiva degli indirizzi degli altri partiti democratici in vista del raggiungimento di un accordo definitivo. Così, esattamente così il sottoscritto ha letto in un comunicato anteconvegno. L'orientamento quindi scaturito con chiarezza, come l'acqua limpida che scaturisce da una sorgente, e a qual fine tale scaturigine? Al fine di determinare, si badi bene, una svolta. E anche questo è un po' il pallino della svolta che domina il centro-sinistra, una svolta storica, mi immagino, anche questa. E a chi si offre questa svolta? Molto umilmente i socialisti dicono che la offrono agli altri partiti, perché ritrovino anch'essi gli indirizzi democratici. Quindi, in definitiva, il

loro incontro, la loro giornata di studio l'han fatta per noi, non per loro, ed io di questo sinceramente li ringrazio. Mi permetto però in questo istante di osservare che il pacchetto è una cosa e la conferenza stampa è un'altra cosa, completamente diversa. Mi permetto di ribadire che il pacchetto contempla concessioni, mentre la conferenza stampa esprime tutt'al più desideri. Ora, è perfettamente inutile dirci cosa si vorrebbe, in nome di una fratellanza universale, mentre si nasconde ciò che il Governo ha dato, ha già concesso, ha già promesso. In questo caso si fanno, mi rincresce dirlo, soltanto petizioni di principio. Non le fa purtroppo invece in questo settore la S.V.P., come non lo fa il governo del nord Tirolo, come non lo fa il governo di Vienna, i quali non tengono conferenze stampa, ma ingoiano pacchetti, masticano pacchetti. Per quanto attiene i rapporti-doveri di governo invece i socialisti hanno sì creato un fatto nuovo. Tra le molte e gravi debolezze dell'on. Moro un solo punto fermo s'era sempre inteso sostenere, quello di affermare come le concessioni nuove nulla avessero a che vedere con gli accordi di Parigi. È un atto libero e sovrano che l'Italia si riserva di compiere, non essendovi in alcun modo tenuta: queste son state le parole del capo del Governo al Parlamento.

Che avviene alla conferenza stampa socialista? Domanda: La possibilità di ricorso alla corte dell'Aia va riferita all'accordo di Parigi o anche al pacchetto? Risposta: Anche al pacchetto, considerato come una attuazione dell'accordo di Parigi. Questa impostazione contraddice poi con quella assunta dal nostro ministro degli esteri. Fu quando l'on. Paietta, impressionato dall'eloquente silenzio dell'on. Fanfani durante tutta la discussione sull'Alto Adige chiese di deferire alla commissione esteri il pacchetto per la sua analisi, fu allora che

si sentì rispondere dal titolare della Farnesina: la Commissione dei 19 si è occupata di un problema interno. È la prima volta che un partito su cui pesa l'onore e l'onere di una partecipazione al Governo, si permette di assumere su problemi di politica estera pubblicamente e in contrasto con il pensiero ufficiale del Capo del Governo e del Ministro degli esteri, un atteggiamento di sconfessione, che costituirà ovviamente per la controparte, un governo straniero, un paese straniero, il motivo per rimescolare nuovamente tutte le carte, per avanzare ancora nuove richieste. Io non dico che tale agire è irrituale, dico solo che è scorretto per il Governo e lesivo per la Nazione, ed è in mezzo a queste confusioni che il Presidente della Giunta sente un clima nuovo, avverte un clima nuovo, in cui idee nuove, fatti, ipotesi, prima assopiti ed ora desti, sembrano gravare sul problema sino ad impedirne, comunque a ritardarne di certo la soluzione. Precisa a tal riguardo l'on. Presidente della Giunta: « Parlo delle resipiscenze e delle ostilità che si manifestano in ambienti di lingua tedesca, non meno che dei timori che si avanzano nei settori di lingua italiana, che fino a poco tempo fa sembravano imputarci come colpa l'appello alla meditazione e alla prudenza ». Ostilità e timori quindi, ecco i due poli entro cui girano, mi par d'aver capito, le constatazioni proposte all'on. Consiglio da parte del Presidente della Giunta. Timori ovviamente italici e ostilità ovviamente altoatesine. E lei, on. Presidente della Giunta, in questo momento, lei non sente alcun timore? Se c'è un uomo qui dentro che dovrebbe sentire in sé vivo il senso del timore, quell'uomo, on. Presidente, è lei. Non ha mai sentito quale sia il peso che lei porta, forse suo malgrado, in tutta questa nostra disgraziata faccenda, umana e politica. Non un gesto di ribellione da parte sua, mai; non un atteggiamento di fer-

mezza da parte sua, mai; non un gesto di protesta da parte sua, mai. « Procuratore di Moro » l'ha voluto definire il cons. Corsini la volta scorsa. Certo è, on. Presidente, che un uomo come lei questo governo se lo è dovuto fare in Val Gardena. Non so se la sua vocazione sia una vocazione crepuscolare. Io vi ho pensato tante volte. Di sicuro invece lei come uomo appare l'uomo necessario ad una morte indolore di questi nostri istituti regionali. Ma forse non crede o non ha creduto mai ad una funzione di questo istituto? o ci ha creduto forse? Anche per lei le parole dell'ecclesiaste « neque frigidus, neque calidus »; io non l'ho mai sentita entusiasinarsi od adirarsi. Sono parole terribili, perché bisogna a un certo momento trovare la forza di credere e di operare, di credere ed operare in qualche cosa, altrimenti si realizza la parola del profeta « ed io ti rigettero dalla mia bocca ». Qualcosa sì, on. Presidente, qualcosa da parte sua ci doveva essere, anche nell'atto stesso in cui respingeva la nostra mozione di sfiducia. Qualcosa ci doveva pur essere in difesa di questa Regione o in difesa degli interessi e dei diritti di coloro che rappresentano le popolazioni in questa assemblea. E non doveva certo rassegnarsi a liquidare così, senza neppure il merito di ciò che ha fatto o di ciò che non ha fatto, questo nostro istituto. E poi lei avverte dell'ostilità. Ostilità, dice, e di che tipo, e di chi questa ostilità? Riguarda sul piano interno innanzitutto talune concessioni giuridiche, messe a garanzia dell'esistenza del gruppo linguistico italiano. E sono facilmente superabili queste ostilità, basta chiedere a Roma altre sub-sub-delucidazioni, che saranno seguite immediatamente da altre sub-sub-concessioni, perché questo è il tragico destino di questa nostra vicenda. Il gatto è nel sacco, ha proclamato l'altro ieri un membro del direttorio allargato della S.V.P.

È vero, solo che aspettano a dargli la botta in testa e ad annegarlo! C'è tempo, il gatto è nel sacco e non hanno fretta.

AGOSTINI (P.L.I.): Speriamo che sia Moro il gatto e non noi!

PREVE CECCON (M.S.I.): Sul piano internazionale invece le ostilità, penso abbiano per tema l'ancoraggio. Ed anche qui è questione soltanto di tempo, on. Presidente, ed è Vienna a decidere o, meglio, sarà Innsbruck a decidere. A che servono i contatti, le riunioni tra altoatesini e i politici di Vienna e del Tirolo? Servono soltanto per far dire ai rappresentanti della S.V.P. ciò che all'Austria piace che sia detto e che dir non vuole essa stessa, e cioè che la vertenza non si può chiudere, perché le garanzie non sono ancora efficienti e sufficienti. Ma se c'è cosa assurda in tutta questa assurda vicenda essa la si coglie nella cosiddetta « quietanza liberatoria ». Parto anche questo, immagino, della fervida fantasia dell'on. Moro. A tal riguardo l'on. Luzzato ebbe a dire durante la recente discussione: « L'on. de Gasperi a suo tempo ottenne una quietanza liberatoria, sia dal ministro degli esteri della repubblica austriaca, sia dai rappresentanti dei partiti politici della provincia di Bolzano. Quella quietanza liberatoria ebbe un semplice valore politico, tanto è vero che successivamente i problemi si posero egualmente ed oggi esistono ». Siamo una volta ancora, mi pare, nel campo delle petizioni di principio, e prima di questa quietanza liberatoria non se ne ebbe un'altra, forse più importante, perché certamente non richiesta, e non l'ha rilasciata quella quietanza liberatoria Adolfo Hitler? Eppure il problema si è ripresentato, il problema è sorto, perché nella storia come nella politica, che è anche la realiz-

zazione della storia, evidentemente nulla permane immutato, nulla è eterno. E allora è logico ed evidente che anche quando si parla di quietanze liberatorie, prima che il gallo canti per la terza volta, qualche cosa di nuovo indubbiamente sarà avvenuto. Ed i ripensamenti? L'on. Presidente della Giunta ha parlato di ripensamenti. A questo punto è lecito domandarsi chi soffre di ripensamenti, chi soffre di ripensamenti all'interno del partito della D.C.? Allorché lei fa cenno, on. Presidente, agli ambienti italiani, a quali ambienti si riferisce nella sua relazione, e da chi sono interpretati questi ambienti italiani? L'on. Berloff a tal riguardo ha detto: « Indietro, on. colleghi, non possiamo tornare, non dobbiamo invitare il governo a rivedere ciò che ha fatto con cuore e con saggezza in questo periodo, fermarsi sarebbe rivedere, fermarsi sarebbe tornare indietro ». Per il parlamentare minoritario allora l'unico imperativo categorico evidentemente è quello dell'acceleratore, e allora non ha titubanze, non ha preoccupazioni. Nell'azione di governo egli asserisce che esistono cuore e saggezza. Cosa si richiede di più da un Governo? Io avrei voluto naturalmente conoscere il fondamento di questa certezza, dove l'on. Berloff la ancorava. Mi sono letto attentamente il suo lungo discorso pronunziato di recente in Parlamento, ma una sola cosa, on. Presidente, posso dire: l'on. Berloff è come l'on. Moro, non si capisce cosa voglia dire, però l'on. Moro le cose che non si devono capire le dice perlomeno in italiano. E allora le titubanze appartengono a qualcun altro che non fa parte del suo partito, può darsi. Disse in quell'occasione l'on. Berloff: « Non è mai stato vergognoso, e respingo decisamente questa valutazione espressa ieri da un oratore del movimento sociale italiano, il modo con il quale il gruppo di lingua italiana è stato rappresentato nella

Giunta provinciale di Bolzano ». A queste parole, scandite nell'aula di Montecitorio, ha fatto seguito non molto tempo dopo quest'altra affermazione: « La minoranza italiana in Consiglio provinciale deve avere un peso e gli assessori in Giunta devono contare qualche cosa. Gli assessori italiani sono stati trattati dalla controparte con molta cortesia e buona volontà e basta, non hanno mai potuto concordare un programma legislativo comune, proiettato nel futuro, non è stato mai possibile raggiungere un accordo comune ». Sempre di parole maschie, on. Presidente si tratta. In altri termini, ci si è accorti che in politica bisogna contare qualcosa per determinare qualcosa. E invece? E invece si sono incontrate . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Ma sono parole maschie soltanto; vedremo le azioni se sono maschie o femmine.

PREVE CECCON (M.S.I.): Ecco, e arriviamo a quelle, bravissimo, e arriviamo a quelle. Bisogna contare qualche cosa in politica per fare qualche cosa. E invece? Invece si è incontrata cortesia e basta, si è incontrato lo charme e basta, stanza dei bottoni niente, esclusi dalla possibilità di creare programmi; non si è protagonisti di una politica, ma si è soltanto oggetti della politica altrui. E questo, con tanti saluti allora della parità dei gruppi. Parole maschie, ho detto, parole maschie, cons. Molignoni, alle quali possiamo contrapporre la impostazione socialista, che è sua, cons. Molignoni. E che cosa avremmo risposto alla pubblica opinione, sempre più convinta sul piano pratico, che una modesta partecipazione è da preferire ad una chiassosa opposizione. Io non voglio, cons. Molignoni, io non voglio soffermarmi a quello strano concetto espresso sulla

opposizione chiassosa, non voglio. Dico solo, badi bene, che preferisco il chiasso scatenato all'ultimo momento da chi sente il peso di non contare nulla, piuttosto che il silenzio di chi non conta nulla e confida perché non lo si sappia in giro sulla discrezione di chi conta.

E allora in ciò va ricercato il dramma della nostra autonomia. Quale fosse ce lo aveva detto del resto il dott. Magnago fino dal 1959, ce lo aveva confidato al congresso del suo partito, allorché ebbe a dire: « È un grave e fatale errore il credere che nel Sudtirolo il comune viene bene amministrato quando il suo capo è soltanto un buon amministratore; ciò può forse bastare in tutto il mondo ma non in Alto Adige; il sindaco, i membri della giunta, i consiglieri comunali, devono, accanto alle succitate doti, possedere anche una chiara impostazione etnica ». Se queste allora erano le tesi, non vedo perché non si dovessero applicare anche in provincia. Del resto non dobbiamo dimenticare qui dentro che per puro caso non abbiamo una anagrafe etnica, fondata con legge regionale in cui dovevano i genitori, l'autorità, al momento della nascita dei loro figli, iscrivere i figli stessi dichiarando essi a quale gruppo etnico appartenevano. E questo è ancora un indice della mentalità che si è condotta ed applicata nel tentativo di attuare una politica che non possiamo accogliere ed accettare in questa nostra terra. Ed ecco allora ieri la tesi nuova, io l'ho sentita la tesi nuova. I fatti. Lei reclama i fatti. Ecco la tesi nuova, cons. Molignoni, l'ho sentita avanzare. Si è parlato di misure riparatrici contenute all'interno dei patti di Parigi, e si è parlato di misure autonomistiche varate per l'insieme dell'intera popolazione residente qui. Allora debbo pensare che non è mai troppo tardi, debbo pensare che fino al momento in cui il pacchetto non si apre saremo sempre capaci di ricercare soluzioni nuove e di

proporre nuove argomentazioni. L'assessore Menapace mi stupisce di anno in anno per la progressione continua dei suoi ritrovati; essa non è certamente oggi quello che fu all'inizio di questa legislatura. Veramente non è mai troppo tardi nella ricerca di metodi e di soluzioni nuove. Però, badi bene, anche queste che cosa sono in definitiva? Sono petizioni di principio, sono confinate nella pura astrazione, sono teoremi filosofici, non servono a nulla per risolvere il problema, perché è sulle cose pratiche, sulla vita quotidiana di ogni giorno che bisogna avere il coraggio di intrattenere il colloquio, il discorso. Che cosa importa parlare a un certo momento di diritto alla occupazione secondo una particolare proporzionale etnica dei posti negli impieghi pubblici! E quando tutti i posti saranno occupati, tutti, uno dopo l'altro, ed esiste per essi l'immobilità per chi li occupa; quanto tempo passerà ancora prima che si possano tenere concorsi in Alto Adige? Dovremmo attendere che si svuotino tutti i posti, perché le nuove generazioni trovino le stesse fonti di lavoro? Ma la vita è dinamismo, non si può imporre per decreto-legge l'esistenza di due gruppi chiusi. Il cons. Menapace ieri quando parlava, giustamente diceva e proclamava che il gruppo etnico tedesco non deve chiudersi in sé stesso. E allorché affacciava le ipotesi di tutela del gruppo etnico italiano, che cosa faceva? Erigeva una chiusura solida, invalicabile, attorno al gruppo etnico italiano, il quale rifiuta di essere gruppo. Noi non siamo gruppo, siamo popolo, noi non siamo minoranza. E allora bisogna avere il coraggio di proclamare che se esiste una minoranza quella è individuata e individuabile, e bisogna tutelarla, secondo il diritto, ma non si possono erigere steccati. Quando voi farneticate dei problemi della scuola, della duplicità dell'ordinamento, questa è l'offesa più grande che si possa fare

ad uno stato che si rispetti: l'unità dell'ordinamento è l'indice primo della esistenza di uno stato. Ammettiamo che qui esistano due ordinamenti, ma che cosa volete che interessi al figlio del ferroviere trasferito in quel momento da Verona e che viene a studiare a Bolzano! Egli deve essere garantito di trovare lo stesso ordinamento che ha lasciato nella sua città, non si può pensare di codificare cose diverse per cittadini dello stesso Stato. Il problema nasce proprio dall'affrontare la politica delle cose. E noi invece quanti anni abbiamo perduto alla ricerca dei teoremi, dell'integrazione, dell'assimilazione, della convivenza; abbiamo discusso di tutto e di tutti, e non sappiamo ancora comprenderci tra di noi, proprio perché siamo falliti nella politica delle cose. Politica delle cose, che ha bisogno per manifestarsi di una conoscenza da parte nostra.

Prendiamo un tema a caso: politica amministrativa, le competenze alla Provincia, e come le esercita, con chi le esercita? Con i carabinieri, no evidentemente. Con chi? Con i vigili urbani? E le licenze dei taxi chi le concede, la Provincia? E a chi andranno? E come sarà tutelata la parità di tutti i cittadini? Sono tutti problemi minuti che sfuggono forse all'attenzione di ciascuno di noi, perduto alla ricerca di astratti concetti, mentre costituiscono essi la vita di ogni giorno per la gente che qui abita. Ma o vorrei chiedere all'assessore Menapace quando di questi problemi parla, vorrei chiedere se essa li ha posti nella sua diuturna fatica di assessore, se essa li ha posti realmente all'interno della Giunta, se essa ha con i suoi colleghi dibattuto, parlato, cercato una soluzione, o se pure li ha portati questi suoi problemi all'interno del suo partito per fare le solite cene e colazioni di lavoro, con il risultato della distruzione della Regione senza sapere ancora che cosa metteremo al suo posto. È un

errore tragico, un errore politico di vastissima importanza, quello di squalificare gli istituti giuridici e gli istituti politici quando non si ha ancora pronto il ricambio e quando soprattutto forse non si ha nemmeno la forza politica per provocare il rinnovamento; è un suicidio politico agire in questa maniera, e noi abbiamo assistito in sedici anni di vita regionale al perpetrarsi quotidiano di questo suicidio. E come li ha definiti lei, on. Presidente della Giunta, questi atteggiamenti nuovi? Come lo ha definito questo rimeditare? Li ha definiti manifestazioni di uno spirito, che rimane ancorato a sentimenti di un nazionalismo che appartiene irrimediabilmente al passato. Ed eccola di fronte a questa amara constatazione, affidarsi anche lei alle capaci braccia di un protettore. Il suo discorso, verso il finire della relazione politica, corre su un doppio binario. Corre su un doppio binario, perché si sposa a concetti e tesi, che lei del resto ha voluto cortesemente citare, a concetti e tesi del vescovo di Bolzano e Bressanone. Anche lei afferma che non è possibile trovare la soluzione; anche lei afferma che la soluzione è dentro ciascuno di noi, anche lei proclama l'esigenza della buona fede, della comprensione, della carità. O Dio, guardi, non sono concetti che si sposano alla politica, ma io voglio metterli sul suo terreno, voglio introdurmi di forza nei suoi panni, voglio fare miei questi concetti, anche se sono profondamente convinto che a nulla valgono in politica. Ed è il suo il discorso di un padre spirituale, on. Presidente, il quale ha affermato, e lei non ce le ha citate queste frasi, ha affermato: « Non è evidentemente di mia competenza decidere se una convenzione politica vada bene o meno, se una garanzia richiesta sia esagerata, sufficiente o insufficiente ». On. Presidente, è su queste tesi che io non posso scendere, è su questa

impostazione che io non posso seguire l'illustre personaggio che l'ha avanzata. Noi abbiamo il diritto, di fronte ad un problema così vasto e così umanamente tragico come il nostro, di conoscere quelli che sono i pensieri anche della Chiesa. Abbiamo il diritto di saperlo, perché è già avvenuto, altre volte lo ci si è detto; io non ho sentito parole capaci di chiarire le mie idee su quella che è la separazione etnica; io non ho sentito esprimere concetti sulla accettabilità o meno di una politica che perpetui la separazione dei gruppi e che non faciliti l'inserimento della vita comune. Altra volta per motivi ben diversi e più gravi lo si è fatto, on. Presidente della Giunta. Lo si è fatto, allorché nel mese di febbraio del 1936 i vescovi tedeschi, riuniti nella annuale conferenza di Fulda, dichiararono « la razza, la terra, il sangue, il popolo, sono beni naturali, preziosi, creati da Dio e affidati da Lui a noi tedeschi ». E il cardinale Faulhaber dichiarava in una sua predica dal pulpito di Monaco nel 1936: « Il sangue e la razza hanno contribuito a plasma-re la storia tedesca ». E su questa scia, su questo binario, on. Presidente, il bollettino del clero riproduceva, dovuto alla penna del vicario generale della diocesi di Wisburg nel 1937 queste parole: « Un sacerdote che insegna a disprezzare i concetti del sangue, della terra, della razza, non soltanto si espone ad attacchi politici e persecuzioni legali, ma commette anche un'infrazione teologica e contro la sua chiesa. Queste parole descrivono infatti doni divini, particolarmente preziosi, che costituiscono la premessa naturale per ogni bene soprannaturale. Infatti se siamo cristiani e cattolici lo siamo in primo luogo perché la provvidenza divina ci ha fatti nascere nelle nostre famiglie, nel nostro ambiente, nella nostra patria, nella nostra razza. Dobbiamo aiutare il popolo a

includere nella sua Weltanschauung religiosa questi concetti che gli vengono presentati con tanto entusiasmo dalla autorità politica ». On. Presidente, abbiamo il diritto di sapere se gli istituti giuridici che andremo a creare sono o non sono in grado di attuare una determinata politica, abbiamo il diritto di saperlo da parte anche di chi regge le sorti spirituali di questa terra. Perché non vorremmo che qualcuno potesse, Dio non voglia, me lo auguro, ma le vie del Signore sono infinite, non vorremmo che qualcuno un giorno potesse cadere prigioniero anch'egli della cultura. L'abbiamo tutti sperimentata la cultura, anche sul piano dello spirito, e allora noi di lingua italiana abbiamo il diritto di conoscere sul problema della conservazione etnica il pensiero della nostra diocesi altoatesina.

E per concludere, on. Presidente, mi sento in grado anche di affermare che noi trentini abbiamo un altro compito da assolvere, ed è quello di respingere il quadro di questa autonomia. Noi non sappiamo che farcene di una Regione se essa non ha da funzionare nella piena potestà delle sue attribuzioni. Non dobbiamo prenderci in giro l'un l'altro, non dobbiamo ritrovarci nel giorno di Pasqua o di Natale a scambiarci gli auguri in due sedute regionali, ma dobbiamo pretendere che la Regione, se ha da esistere, abbia un suo particolare significato, abbia una sua pienezza, altrimenti la rifiutiamo. E la rifiutiamo anche perché è tempo ed ora che certe affermazioni sulla nostra gente, on. Presidente, non si debbano più sentire risuonare all'interno del Parlamento italiano. L'on. Vaja ha detto: « Certamente quell'accordo — parlava dei patti di Parigi —, aveva lo scopo, penso che per chiarezza sia utile approfondire la questione, aveva lo scopo di capovolgere la situazione. E rappresentava senz'altro, mi sia perdonata l'espressione, una poco

idonea furberia politica, se infine la nostra popolazione, — questi sono i fatti —, era costretta a dipendere nelle questioni più importanti della sua vita, dalla buona o cattiva volontà della maggioranza trentina che, e questo è un dato di fatto, incassava in verità i maggiori frutti del dispositivo autonomistico ». Ma non è, vede, che mi preoccupi la posizione così scortamente polemica, ingenerosa, insincera, dell'on. Vaja su quello che era stato il comportamento dei trentini in questa Regione che deve morire, ma mi interessa invece il richiamo, l'eco, che nel Parlamento italiano da tante forze politiche si è voluto fare a simili impostazioni. Il sen. Scoccimarro, seguendo le impostazioni altoatesine, al Senato ha affermato: « Ma nel Trentino-Alto Adige essa — parlava dell'indempienza degli accordi di Parigi — assumeva una particolare importanza e gravità per un duplice motivo; in quella Regione esiste una diversità di struttura economica e di interessi fra le due Province di Bolzano e di Trento per cui la mancata realizzazione dell'autonomia altoatesina significava, in definitiva, assicurare all'attività regionale la prevalenza dell'interesse dei trentini a danno della provincia di Bolzano ».

È tempo ed è gran tempo che queste bugie storiche, che queste bugie politiche vengano accantonate e distrutte. Ecco perché io protesto quando lei, on. Presidente, è stato zitto in questi anni travagliati della nostra esistenza, perché in tutti i modi, per scopi politici che ben conosciamo, si è cercato da parte di determinati ambienti di colpire i trentini, quali sfruttatori. Noi facevamo gli sfruttatori di professione, soprattutto dopo la chiusura attuata dalla legge Merlin, sfruttatori di professione i trentini. E queste tesi così, di mano in mano, sono 19 anni che battono i banchi del Parlamento.

Per quanto riguarda invece, on. Presiden-

te, l'esigenza di ascoltare i rappresentanti eletti delle popolazioni locali, io debbo significarle la mia perplessità. Da lungo tempo avremmo dovuto essere convocati a Roma, da lungo tempo, perché in questo momento governo tirolese, governo austriaco, S.V.P., penso il partito socialista, discutono di concessioni, parlano di attuazioni nuove e di riforme dello statuto autonomistico, mentre le altre parti politiche ne sono costantemente escluse. Io non vorrei che allorché l'on. Presidente del Consiglio afferma e conferma che i rappresentanti delle popolazioni locali saranno ascoltati prima della attuazione delle riforme, io non vorrei che intendesse dire che saranno ascoltati i rappresentanti di queste popolazioni, eletti al Parlamento nazionale. Già è avvenuto, già lo si è fatto. Vorrei che per l'avvenire di questa Regione non si dovesse ripetere quello che già è accaduto. Tutte le forze politiche qui dentro rappresentate, tutte, debbono essere ascoltate, e non si può escludere il problema con una delle solite furberie di cui sono tanto abili e capaci i nostri uomini politici. A parte il fatto che, allorché noi andremo a Roma per essere interpellati, ci troveremo davanti ad un dato di fatto ormai incontrovertibile, contro il quale non si potrà più neppure intervenire, ci troveremo messi di fronte ad una situazione già concretizzata; noi saremo chiamati per prendere visione di cose già decise, noi non saremo intesi sugli effetti delle concessioni, nessuno chiederà niente a noi sul come si potrebbero affrontare o prospettare determinate soluzioni. Noi vedremo il pacchetto, diranno: Signori, questi dopo lunghi, lunghi accordi sono i frutti della nostra fatica, state tranquilli, lo Stato esiste, ci sono ordinamenti giuridici nuovi, c'è la possibilità di ricorso, il veto, e tutto resterà come se non ci avessero interpellati. Pertanto anche questo gioco delle parti, on. Presidente, mi

sento di proclamare che è essenzialmente immorale e contro questa impostazione penso che fosse suo dovere protestare fermamente e far sentire la sua voce.

Io concludo il mio dire, on. Presidente, con il constatare come esso sia caduto in un momento in cui tutto è in crisi in Italia: crisi degli ordinamenti, crisi del parlamento, crisi dei partiti, crisi economica, crisi morale. Il Capo dello Stato disse: « Lo Stato soffre di una crisi etico-politica ». Non mi sembra che nella concezione marxista ci sia lo stato etico, ma mi ha fatto tanto piacere apprendere dal Capo dello Stato che la crisi che attraversa questo Stato è una crisi etico-politica. Ed è evidente allora che non se ne possano non portare le conseguenze anche nel nostro più ristretto ambito regionale, è ovvio allora che nella crisi generale dello Stato anche questa crisi particolare della Regione si inserisca, come si inseriranno le crisi destinate a colpire le altre regioni italiane.

Voglio solo dirle, ed ho finito, on. Presidente, voglio solo dirle che le sue parole sapevano tanto di cuore dolce, io mi aspettavo di sentire il sapore del ginepro allorché parlava, ma il sapore del ginepro non lo ha avuto. Il ginepro evidentemente è destinato tutt'al più oggi a restare in nome di qualche buon frate, ma non a caratterizzare una capacità polemica o operativa di un uomo politico. Tanti anni fa, noi non eravamo ancor nati, un grande scrittore aveva composto un suo romanzo, entrato a far parte della commedia umana, il romanzo aveva per titolo « Illusioni perdute »; anche la sua relazione, on. Presidente, ne costituisce una sintesi meravigliosa.

PRESIDENTE: La seduta è tolta, viene rinviata a domani alle ore 10.

(Ore 17.55).